Parlamentsdienste

Services du Parlement

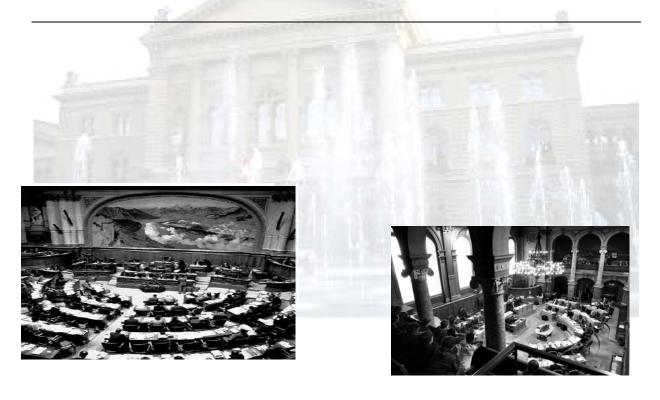
Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament



Dokumentationsdienst 3003 Bern Tel. 031 322 97 44 Fax 031 322 82 97 doc@parl.admin.ch

98.009 Massnahmen zur Verbesserung der Effizienz und der Rechtsstaatlichkeit in der Strafverfolgung. Gesetzesänderungen



98.009 - Geschäft des Bundesrates.

Texte français

Massnahmen zur Verbesserung der Effizienz und der Rechtsstaatlichkeit in der Strafverfolgung. Gesetzesänderungen

Zusammenfassung der Beratungen

Stand der Beratung Erledigt

Botschaft vom 28. Januar 1998 über die Änderung des Strafgesetzbuches, der Bundesstraftrechtspflege und des Verwaltungsstrafrechtsgesetzes (Massnahmen zur Verbesserung der Effizienz und der Rechtsstaatlichkeit in der Strafverfolgung) (BBI 1998 1529)

Chronologie:

07.10.1998 SR Die Eintretensdebatte wird unterbrochen; Fortsetzung in der Wintersession.

Vorlage 1

Schweizerisches Strafgesetzbuch (Schaffung neuer Verkehrskompetenzen des Bundes in den Bereichen organisiertes Verbrechen und Wirtschaftskriminalität)

Chronologie:

01.12.1998 SR Beschluss abweichend vom Entwurf des Bundesrates.

10.06.1999 NR Abweichend.

28.09.1999 SR Abweichend.

07.12.1999 NR Zustimmung.

22.12.1999 SR Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen.

22.12.1999 NR Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen.

14.01.2000 Bundesblatt 2000 70; Ablauf der Referendumsfrist: 20. April 2000

Amtliche Sammlung des Bundesrechts 2001 3071

Vorlage 2

Bundesgesetz über die Bundesstrafrechtspflege

Chronologie:

01.12.1998 SR Beschluss abweichend vom Entwurf des Bundesrates.

10.06.1999 NR Zustimmung.

22.12.1999 SR Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen.

22.12.1999 NR Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen.

14.01.2000 Bundesblatt 2000 76; Ablauf der Referendumsfrist: 20. April 2000

Amtliche Sammlung des Bundesrechts 2001 3308

Vorlage 3

Bundesgesetz über das Verwaltungsstrafrecht

Chronologie:

01.12.1998 SR Beschluss nach Entwurf des Bundesrates.

10.06.1999 NR Zustimmung.

22.12.1999 SR Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen.

22.12.1999 NR Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen.

14.01.2000 Bundesblatt 2000 83; Ablauf der Referendumsfrist: 20. April 2000

Amtliche Sammlung des Bundesrechts 2000 2141

Amtliches Bulletin - die Wortprotokolle

Zuständig

Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)

Behandelnde Kommissionen Kommission

Kommission für Rechtsfragen NR (RK-NR)

Antrag: Differenzbereinigung

Kommission für Rechtsfragen SR (RK-SR)

Antrag: Eintreten

Konnexe Geschäfte	<u>93.062</u>	
Deskriptoren	Gerichtliche Untersuchung; Bundesanwaltschaft; Bundesamt für Polizel; Bundesstrafrechtspflege; Aufgabenteilung; Bund; Organisiertes Verbrechen; Wirtschaftsstrafrecht; freie Schlagwörter: Effizienzvorlage, f4;	
_		ਪੈ Home

98.009 - Geschäft des Bundesrates.

Massnahmen zur Verbesserung der Effizienz und der Rechtsstaatlichkeit in der Strafverfolgung. Gesetzesänderungen

Texte français

Zusammenfassung der Beratungen

Stand der Beratung Erledigt

Botschaft vom 28. Januar 1998 über die Änderung des Strafgesetzbuches, der Bundesstraftrechtspflege und des Verwaltungsstrafrechtsgesetzes (Massnahmen zur Verbesserung der Effizienz und der Rechtsstaatlichkeit in der Strafverfolgung) (BBI 1998 1529)

Chronologie:

07.10.1998 SR Die Eintretensdebatte wird unterbrochen; Fortsetzung in der Wintersession.

Vorlage 1

Schweizerisches Strafgesetzbuch (Schaffung neuer Verkehrskompetenzen des Bundes in den Bereichen organisiertes Verbrechen und Wirtschaftskriminalität)

Chronologie:

01.12.1998 SR Beschluss abweichend vom Entwurf des Bundesrates.

10.06.1999 NR Abweichend.

28.09.1999 SR Abweichend.

07.12.1999 NR Zustimmung.

22.12.1999 SR Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen.

22.12.1999 NR Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen.

14.01.2000 Bundesblatt 2000 70; Ablauf der Referendumsfrist: 20. April 2000

Amtliche Sammlung des Bundesrechts 2001 3071

Vorlage 2

Bundesgesetz über die Bundesstrafrechtspflege

Chronologie:

01.12.1998 SR Beschluss abweichend vom Entwurf des Bundesrates.

10.06.1999 NR Zustimmung.

22.12.1999 SR Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen.

22.12.1999 NR Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen.

14.01.2000 Bundesblatt 2000 76; Ablauf der Referendumsfrist: 20. April 2000

Amtliche Sammlung des Bundesrechts 2001 3308

Vorlage 3

Bundesgesetz über das Verwaltungsstrafrecht

Chronologie:

01.12.1998 SR Beschluss nach Entwurf des Bundesrates.

10.06.1999 NR Zustimmung.

22.12.1999 SR Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen.

22.12.1999 NR Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen.

14.01.2000 Bundesblatt 2000 83; Ablauf der Referendumsfrist: 20. April 2000

Amtliche Sammlung des Bundesrechts 2000 2141

Amtliches Bulletin - die Wortprotokolle

Zuständig Behandelnde Kommissionen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)

Kommission für Rechtsfragen NR (RK-NR)

Antrag: Differenzbereinigung

Kommission für Rechtsfragen SR (RK-SR)

Antrag: Eintreten

Konnexe Geschäfte	93.062	
Deskriptoren	Gerichtliche Untersuchung; Bundesanwaltschaft; Bundesamt für Polizei; Bundesstrafrechtspflege; Aufgabenteilung; Bund; Organisiertes Verbrechen; Wirtschaftsstrafrecht; freie Schlagwörter: Effizienzvorlage, f4;	
		िदी Home

98.009 - Zusammenfassung

<u>Uebersicht</u>

98.009 Massnahmen zur Verbesserung der Effizienz und der Rechtsstaatlichkeit in der Strafverfolgung. Gesetzesänderungen

Botschaft vom 28. Januar 1998 über die Änderung des Strafgesetzbuches, der Bundesstraftrechtspflege und des Verwaltungsstrafrechtsgesetzes (Massnahmen zur Verbesserung der Effizienz und der Rechtsstaatlichkeit in der Strafverfolgung) (BBI 1998 1529)

Ausgangslage

Diese Vorlage besteht aus mehreren Teilen, die aber alle das gleiche Ziel verfolgen: die Verbesserung der Effizienz und der Rechtsstaatlichkeit in der Strafverfolgung. Hauptsächlicher Auslöser für diese Massnahmen sind neue Formen der Kriminalität, namentlich das organisierte Verbrechen, die Geldwäscherei sowie bestimmte Arten von Wirtschaftskriminalität. Diesen Deliktsformen gemein sind eine hohe Komplexität und ihr Kantons- und Landesgrenzen überschreitender Charakter. Vorab diese Eigenschaften rufen nach stärkerer Koordination, ja nach einer zentralen Leitung des Verfahrens. Dieses Bedürfnis ist um so grösser, als besonders kleinere Kantone bei derartigen umfangreichen Straftaten bald an ihre Kapazitätsgrenzen stossen können.

Um die Strafverfolgung bei komplexen und grossräumig angelegten Verbrechen zu verbessern, sollen dem Bund auf diesem Gebiet zusätzliche Kompetenzen eingeräumt werden. So soll die Bundesanwaltschaft unter bestimmten Voraussetzungen auf dem Gebiet der organisierten Kriminalität und der Wirtschaftskriminalität, anstelle der Kantone, ein gerichtspolizeiliches Ermittlungsverfahren eröffnen und so für die betreffende Tat die Bundesgerichtsbarkeit begründen können. Nach Abschluss der Ermittlungen und nach durchgeführter eidgenössischer Voruntersuchung soll der Fall an das nach den üblichen Gerichtsstandsbestimmungen zuständige kantonale Gericht zur Beurteilung delegiert werden können. Diesfalls vertritt aber der Bundesanwalt die Anklage vor dem kantonalen Gericht.

Durch diese neuen Verfahrenskompetenzen erhält das polizeiliche Ermittlungsverfahren auf Bundesebene zusätzliche Bedeutung. Dies lässt es geboten erscheinen, die heute noch erheblich eingeschränkten Rechte der Beschuldigten und ihrer Verteidiger in dieser Verfahrensphase den rechtsstaatlichen Standards anzugleichen, wie sie bereits für das Stadium der Voruntersuchung in der Bundesstrafrechtspflege verwirklicht sind. Konkret betreffen die Verbesserungen insbesondere das Haftrecht und die Beteiligung der Beschuldigten bzw. ihrer Verteidiger an der Beweiserhebung.

Im gleichen Zuge soll die Bundesstrafrechtspflege diverse Verbesserungen erfahren, die ursprünglich im Rahmen der Vorlage über die Entflechtung der Bundesanwaltschaft vorgesehen waren. Da die entsprechende Botschaft von 1993 im Parlament und bei zugezogenen Experten auf starke Kritik stiess, wurde deren materielle Weiterbehandlung eingestellt. Die unbestrittenen Teile jener Vorlage (93.062) sollen nun aber im Rahmen des vorliegenden Gesetzgebungspakets verwirklicht werden. Dies betrifft namentlich die Aufsicht über die Bundesanwaltschaft, die gegenüber heute einen verstärkten justiziellen Charakter aufweisen soll. Hinzu kommen Anpassungen im Hinblick auf die beabsichtigte Trennung zwischen der Bundesanwaltschaft und der präventiven Polizei.

Schliesslich soll im Verwaltungsstrafrecht eine bewährte Praxis verankert werden, für die aber, wie das Bundesgericht bemängelte, die gesetzliche Grundlage fehlt. Dabei handelt es sich um die Möglichkeit der Bundesbehörden, Verwaltungsstrafsachen des Bundes an die ordentlichen Strafverfolgungsbehörden zu delegieren, wenn diese bereits gegen dieselben Täter Ermittlungen wegen Delikten des gemeinen Strafrechts führen.

Verhandlungen

Vorlage 1

Schweizerisches Strafgesetzbuch (Schaffung neuer Verkehrskompetenzen des Bundes in den Bereichen organisiertes Verbrechen und Wirtschaftskriminalität)

01.12.1998 SR Beschluss abweichend vom Entwurf des Bundesrates.

10.06.1999 NR Abweichend.

28.09.1999 SR Abweichend.

07.12.1999 NR Zustimmung.

22.12.1999 SR Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen. (41:0)

22.12.1999 NR Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen. (172:1)

Vorlage 2

Bundesgesetz über die Bundesstrafrechtspflege

01.12.1998 SR Beschluss abweichend vom Entwurf des Bundesrates.

10.06.1999 NR Zustimmung.

22.12.1999 SR Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen. (41:0)

22.12.1999 NR Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen. (173:0)

Vorlage C

Bundesgesetz über das Verwaltungsstrafrecht

01.12.1998 SR Beschluss nach Entwurf des Bundesrates.

10.06.1999 NR Zustimmung.

22.12.1999 SR Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen. (39:0)

22.12.1999 NR Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen. (176:0)

Im **Ständerat** gab vor allem Artikel 340^{bis} des StGB zu reden. Demnach soll die Bundesanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren eröffnen können, wenn die strafbaren Handlungen ganz oder teilweise im Ausland oder in mehreren Kantonen begangen wurden. Eine Minderheit der Rechtskommission, angeführt von Dick Marty (R, TI), plädierte dafür, dass der Bund bei solch komplexen Fällen zwingend tätig werden müsse. Es brauche eine klare Regelung, um der vom organisierten Verbrechen ausgehenden Bedrohung wirksam zu begegnen. Mit föderalistischen Kompromisslösungen komme man nicht weiter. Der Rat entschied sich mit 25 zu 11 Stimmen für ein fakultatives Eingreifen der Bundesanwaltschaft.

Der Nationalrat beschloss gemäss Antrag der Kommission, dass das organisierte Verbrechen obligatorisch der Bundesgerichtsbarkeit untersteht, falls gewisse Voraussetzungen erfüllt sind. Damit soll eine Rosinenpickerei der Bundesanwaltschaft verhindert werden, die bei einer Kann-Vorschrift versucht sein könnte, nur die interessanten Fälle an sich zu reissen. Hingegen soll bei Wirtschaftskriminalität die Bundesanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren nur auf Antrag der kantonalen Strafverfolgungsbehörden einleiten können.

Der **Ständerat** folgte seiner Kommission und hielt somit eine Differenz betreffend die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantonen in der Strafverfolgung der Wirtschaftskriminalität und beim organisierten Verbrechen aufrecht. Die Kommission folgte im Grundsatz dem Nationalrat, schlug jedoch im Detail präzisere Abgrenzungskriterien vor.

Der **Nationalrat** stimmte der Fassung der Kleinen Kammer zu. Demnach befasst sich die Bundesanwaltschaft obligatorisch mit den Verbrechen in den Bereichen organisiertes Verbrechen und Wirtschaftskriminalität.

98.009 - Note de synthèse

<u>Résumé</u>

98.009 Mesures tendant à l'amélioration de l'efficacité et de la légalité dans la poursuite pénale. Modification de lois

Message du 28 janvier 1998 concernant la modification du code pénal suisse, de la loi fédérale sur la procédure pénale et de la loi fédérale sur le droit pénal administratif (Mesures tendant à l'amélioration de l'efficacité et de la légalité dans la poursuite pénale) (FF 1998 1253)

Situation initiale

Ce projet se compose de plusieurs parties, qui ont néanmoins toutes le même but: l'amélioration de l'efficacité et de la légalité dans la poursuite pénale. Ces mesures ont été principalement suscitées par l'apparition de nouvelles formes de criminalité, dont, en particulier, le crime organisé, le blanchiment d'argent, ainsi que certains types de criminalité économique. Le point commun de ce genre de délits est leur grande complexité et leur caractère international et intercantonal. Ce sont essentiellement ces éléments qui exigent une coordination accrue, voire une conduite centralisée de la procédure. Ces exigences sont d'autant plus importantes pour les petits cantons qui peuvent assez rapidement se sentir acculés, lorsqu'ils sont confrontés à de telles infractions.

Afin d'améliorer la poursuite pénale des crimes complexes aux implications étendues, il convient d'attribuer en ce domaine des compétences complémentaires à la Confédération. Ainsi, en cas de crime organisé et de criminalité organisée, le ministère public de la Confédération doit pouvoir ouvrir, à certaines conditions, une procédure d'investigation en lieu et place des cantons et créer la juridiction fédérale pour l'infraction considérée. A la fin des investigations et après l'instruction préparatoire, la cause peut être déléguée pour jugement aux tribunaux du canton compétent selon les règles ordinaires en matière de for. Dans ce cas, toutefois, il appartient au procureur général de la Confédération de soutenir l'accusation devant le tribunal du canton.

La procédure d'investigation sur le plan fédéral acquiert une importance complémentaire du fait de ces nouvelles compétences de procédure. Il importe désormais de faire correspondre au standard juridique les droits encore fortement restreints du prévenu et de son défenseur dans cette phase de la procédure, comme cela a déjà été réalisé dans la procédure pénale fédérale pour l'instruction préparatoire. Concrètement, les améliorations visent essentiellement la réglementation de l'arrestation, ainsi que de la participation du prévenu et de son défenseur à l'administration des preuves.

La procédure pénale fédérale doit par la même occasion connaître diverses améliorations qui étaient initialement prévues dans le cadre du projet tendant à la dissociation des fonctions du procureur général de la Confédération. Le message y relatif de 1993 ayant suscité de vives critiques de la part du Parlement et des experts consultés, la poursuite des travaux de fond relatifs à ce projet avait été suspendue. On retrouve toutefois les parties non contestées de ce projet (93.062) dans le présent ensemble de dispositions législatives. Ainsi la surveillance à exercer sur le Ministère public présentera-t-elle un caractère judiciaire renforcé par rapport à la situation actuelle. S'y ajoutent des adaptations rendues nécessaires par la future séparation du Ministère public de la Confédération et de la police préventive.

Enfin, il y a lieu de prévoir dans la loi une pratique éprouvée en droit pénal administratif, pratique dont le Tribunal fédéral déplorait l'absence de base légale. Les autorités fédérales doivent pouvoir transmettre des affaires relevant du droit pénal administratif fédéral aux autorités de poursuite pénales ordinaires, lorsque celles-ci conduisent déjà des recherches contre le même auteur en raison de délits de droit commun.

Délibérations

Projet 1

Code pénal suisse (Institution de nouvelles compétences de procédure en faveur de la Confédération dans les domaines du crime organisé et de la criminalité économique)

01-12-1998 CE Décision modifiant le projet du Conseil fédéral.

10-06-1999 CN Divergences.

28-09-1999 CE Divergences.

07-12-1999 CN Adhésion.

22-12-1999 CE La loi est adoptée en votation finale. (41:0)

22-12-1999 CN La loi est adoptée en votation finale. (172:1)

Projet 2

Loi fédérale sur la procédure pénale

01-12-1998 CE Décision modifiant le projet du Conseil fédéral.

10-06-1999 CN Adhésion.

22-12-1999 CE La loi est adoptée en votation finale. (41:0)

22-12-1999 CN La loi est adoptée en votation finale. (173:0)

Projet 3

Loi fédérale sur le droit pénal administratif

01-12-1998 CE Décision conforme au projet du Conseil fédéral.

10-06-1999 CN Adhésion.

22-12-1999 CE La loi est adoptée en votation finale. (39:0)

22-12-1999 CN La loi est adoptée en votation finale. (176:0)

Au Conseil des Etats, c'est surtout l'art. 340^{bis} du Code pénal suisse qui donné lieu à discussion. L'article stipule que le Ministère public doit pouvoir ouvrir une procédure d'enquête quand les actes délictueux ont été commis entièrement ou partiellement à l'étranger ou dans plusieurs cantons. Une minorité de la Commission des affaires juridiques, menée par Dick Marty (R, TI), a plaidé en faveur d'un changement par lequel c'est obligatoirement la Confédération qui interviendrait dans les cas aussi complexes: une réglementation claire s'impose pour affronter efficacement la menace que constitue la criminalité organisée car, toujours d'après Dick Marty, les solutions de compromis respectant le fédéralisme ne permettent pas d'avancer. Le Conseil des Etats a décidé par 25 voix contre 11 une intervention facultative du Ministère public de la Confédération. Le Conseil national a décidé, suivant la proposition de la commission, que la criminalité organisée relèverait obligatoirement de la juridiction fédérale au cas où certaines conditions étaient remplies. Ces dernières doivent empêcher que le Ministère public ne se livre à une sélection des cas - comme le permettrait une formulation potestative du texte - pour ne garder que les cas intéressants. En revanche, le Ministère public ne doit pouvoir lancer une procédure d'enquête en matière de criminalité économique que sur proposition des autorités cantonales de poursuite pénale.

Le **Conseil des Etats** a suivi sa commission et a maintenu une divergence concernant la répartition des compétences entre la Confédération et les cantons dans la poursuite pénale de la criminalité économique et du crime organisé. La Commission a suivi le Conseil national quant au principe tout en proposant dans le détail des critères plus précis de délimitation des compétences.

Finalement, le **Conseil national** s'est satisfait du texte tel qu'il est ressorti du Conseil des Etats. Le Ministère public de la Confédération sera à l'avenir responsable de la saisie des actes punissables en matière de crime organisé et de criminalité économique.

Massnahmen zur Verbesserung der Effizienz und der Rechtsstaatlichkeit in der Strafverfolgung. Gesetzesänderungen

S

Mesures tendant à l'amélioration de l'efficacité et de la légalité dans la poursuite pénale. Modification de lois

Botschaft und Gesetzentwürfe vom 28. Januar 1998 (BBI 1998 1529) Message et projets de loi du 28 janvier 1998 (FF 1998 1253)

Brunner Christiane (S, GE), rapporteuse: Notre commission s'est réunie à quatre reprises pour débattre de cet objet. Nous avons été secondés par des représentants de l'Office fédéral de la justice et du Ministère public de la Confédération, à chacune de nos séances. Après avoir voté, à l'unanimité, l'entrée en matière, nous avons procédé à l'audition d'un représentant de la Conférence des chefs des départements cantonaux de justice et police et de représentants de sa commission pour la criminalité organisée et la criminalité conomique, d'un représentant de la Conférence des autorités de poursuite pénale, de la procureure générale de la Confédération et du président de la Chambre d'accusation du Tribunal fédéral.

Il est particulièrement difficile, dans le domaine de la criminalité la plus grave, de trouver un équilibre entre l'efficacité et la légalité dans la poursuite pénale. Lorsque de graves délits et des peines sévères sont en jeu dans la procédure, une défense du prévenu conçue conformément aux principes de l'Etat de droit est tout particulièrement nécessaire. Il convient alors de prévoir la poursuite des infractions encore plus efficacement, tout en garantissant en même temps la légalité de la procédure. La présente révision tente de satisfaire à ces exigences qui sont parfois contradictoires.

Le projet du Conseil fédéral est subdivisé en trois projets d'arrêtés fédéraux.

Le premier projet découle de la volonté du Conseil fédéral d'améliorer la poursuite pénale des crimes complexes aux larges implications, caractérisés par leur forme transfronta-lière et internationale, par leur complexité et par l'opacité de leur structure. Le Conseil fédéral estime que la place financière suisse est vraisemblablement exploitée dans des proportions importantes pour des opérations de blanchiment d'argent. Il précise que, cette infraction mise à part, l'influence en Suisse d'organisations mafieuses reste dans des proportions limitées. Les affaires Werner K. Rey, Peter Krüger, European Kings Club, nous ont par ailleurs appris que nous devions aussi compter sur l'existence dans notre pays d'une criminalité économique complexe et vaste.

De l'avis du Conseil fédéral, le faible nombre de jugements qui interviennent à l'heure actuelle en Suisse sous la prévention de crimes tels que blanchiment d'argent, cas complexes de criminalité économique, criminalité organisée, ne doit pas être interprété comme l'inexistence d'une telle criminalité, ni comme une inadéquation du droit pénal matériel. Cet état de fait doit être interprété comme la nécessité de renforcer la coordination, tant sur le plan national que sur le plan international, en d'autres termes de combler les lacunes en mattière de poursuites pénales.

En vertu du droit actuel, la poursuite de ces crimes relève de la seule compétence des cantons. Le Conseil fédéral souligne que cette législation s'avère incompatible avec la réalité: 1. parce que les délinquants jouissent d'une extrême mobilité, alors que la poursuite pénale est encore largement conçue dans le cadre cantonal. La loi sur les Offices centraux de police criminelle de la Confédération permet certes à la Confédération de coordonner l'activité des autorités cantonales, c'est-à-dire d'agir à l'arrière-plan, mais elle ne lui permet pas d'agir au front. Le concordat sur l'entraide judiciaire et la collaboration intercantonale en matière pénale appelle une procédure d'entraide judiciaire intercantonale lourde, longue et coûteuse:

 pour des motifs budgétaires, les petits cantons ne peuvent se doter des moyens nécessaires à une poursuite efficace de ce type de criminalité.

En mai 1996, le Conseil fédéral avait déjà approuvé un avantprojet relatif à de telles mesures. Les résultats de la procédure de consultation l'ont cependant amené à renoncer à une partie de son projet, consistant en l'institution de nouvelles compétences d'investigation en faveur du Ministère public de la Confédération, car une forte opposition avait été motivée par le refus de voir la Confédération s'arroger la compétence de poursuites pénales en cours de procédure. Un compromis s'est dessiné. A défaut de traiter une affaire du début à la fin, la Confédération doit au moins se charger de l'instruction préliminaire, et soutenir l'accusation devant le tribunal cantonal. Le projet d'article 340bis du Code pénal suisse, qui nous est soumis aujourd'hui, constitue en quelque sorte le reflet de ce compromis, tout en allant plus loin que l'institution de compétence d'investigation au Ministère public de la Confédération, puisqu'il fonde la juridiction fédérale.

M. Koller, conseiller fédéral, a laissé entendre aux membres de la commission que ce compromis, qui se matérialise par une formulation potestative, doit être perçu comme ayant une valeur transitoire, c'est-à-dire qu'il doit être perçu comme une solution provisoire, dans l'attente de la création d'un tribunal pénal fédéral de première instance. Ce projet de loi adopté par notre commission ne remet pas en question fondamentalement le système fédéralise de la poursuite pénale. La nouveauté la plus importante en matière d'organisation est l'institution de compétence d'investigation en faveur de la Confédération, pour l'élucidation des cas difficiles de criminalité organisée, de criminalité économique, c'est-à-dire de criminalité complète. Les cantons qui, eu égard à leurs ressources limitées, arrivent parfois au bout de leurs possibilités dans le traitement de ces affaires pourraient ainsi être déchargés.

Le deuxième projet concerne l'amélioration de la légalité dans la poursuite pénale. Si la Confédération reprend de nouvelles tâches substantielles dans la poursuite pénale, l'organisation de la justice et les droits de la défense doivent être portés à un niveau optimal. Il s'agit de prendre en compte qu'une importance particulière est attribuée à la procédure d'investigation du Ministère public de la Confédération, et cela précisément dans les domaines de la criminalité organisée et de la criminalité économique.

C'est la raison pour laquelle, dans cette phase de la procédure, le projet prévoit que les droits du prévenu seront améliorés. Durant la procédure d'investigation, les prévenus auront à l'avenir à peu près les mêmes droits que ceux qui leur sont accordés dans l'instruction préparatoire. Ils pourront ainsi participer plus activement à la procédure; ils auront en principe le droit d'accès au dossier, le droit de s'entretenir librement avec leur défenseur et d'être présents lors des auditions. A certaines conditions, ils auront le droit à l'assistance d'un avocat d'office durant la procédure d'investigation.

Avec le troisième projet, le Conseil fédéral propose de créer une base légale claire pour une pratique éprouvée en droit administratif. Il s'agit de la possibilité, pour les autorités fédérales, de déléguer des affaires de droit pénal administratif fédéral aux autorités de poursuite pénale ordinaires, lorsque celles-ci conduisent déjà des investigations contre les mêmes auteurs pour des délits relevant du droit pénal commun. Il s'agit d'une mesure destinée à améliorer l'économie de la procédure.

En conclusion et pour l'ensemble des trois projets, le Conseil fédéral a bien saisi les problèmes en jeu. Dans un souci d'efficacité et de légalité, il nous a proposé de bonnes solutions. Tout au plus peut-on regretter qu'il ne soit pas possible de mettre déjà en oeuvre le Tribunal fédéral de première instance, mais les motifs exposés à cet égard par le Conseil fédéral sont pertinents.

Le projet dont nous discutons aujourd'hui pourra certainement contribuer à résoudre les gros problèmes auxquels nous confrontent la criminalité organisée et la criminalité économique.

C'est dans ce sens-là que notre commission, à l'unanimité, vous propose d'entrer en matière sur les trois projets.

Marty Dick (R, TI): L'amélioration de l'efficacité et de la légalité dans la poursuite pénale, voilà un programme ambitieux. Indiscutablement, l'exigence d'une intervention dans ce domaine se fait sentir depuis bien longtemps. Permettez-moi cependant de vous dire que les projets qui nous sont soumis sont assez modestes.

Le véritable point crucial de ce message est l'article 340bis du Code pénal. La solution que nous allons choisir, celle de la majorité ou celle de la minorité, déterminera la véritable portée de cette réforme. C'est pour cette raison que je développerai ce point dans ce débat d'entrée en matière. Cela me permettra d'être plus bref par la suite.

Je suis prêt à voter l'entrée en matière, mais je ne voterai pas la révision du Code pénal dans la version de la majorité.

Je vais essayer de vous expliquer les raisons de ce choix. Sur la base d'une évaluation financière très approximative et tout à fait discutable, on a écarté la proposition soutenue par la minorité. Un seul et unique argument: «C'est trop cher!» nous a-t-on dit, sans qu'aucune analyse coût/bénéfice n'ait même seulement été envisagée. Le pays qui, ces jours encore, une fois de plus, a été classé comme le plus riche au monde s'apprête ainsi à refuser de se doter des moyens les plus rationnels et les plus efficaces pour lutter contre l'un des dangers les plus menaçant, pour de prétendues raisons financières. Une fois de plus, on préfère cette chère politique des petits pas, une approche assez prisée sous cette coupole, et qui - je le reconnais bien volontiers - a quelquefois donné des résultats. Cette démarche me paraît cependant absolument inadéquate dans le domaine qui nous occupe et qui surtout doit nous préoccuper.

On ne peut pas imaginer combattre une criminalité – et il s'agit ici uniquement de la grande criminalité, et non pas de celle que nous pouvons voir aux alentours du Palais fédéral – qui évolue et qui s'adapte à une vitesse vertigineuse, en la poursuivant à petits pas.

La criminalité organisée, la criminalité économique et les trafics internationaux illicites en tout genre sont considérés aujourd'hui comme des dangers parmi les plus graves et comme les plus grands défis pour nos démocraties. Le tout récent rapport de la Commission d'étude pour les questions stratégiques, la commission Brunner, est particulièrement clair à ce sujet. Permettez-moi d'en citer juste un passage, je le citerai dans sa traduction allemande. La commission consacre un chapitre au crime organisé – et cela me paraît significatif – où on lit entre autres:

«Im übrigen übt das organisierte Verbrechen Einfluss auf die öffentliche Hand aus – Verwaltung, Justiz, Polizei – und beeinflusst die Wirtschaft; Stichwort: Investition von schmutzigem Geld in Unternehmen.»

Ecoutez bien, c'est un point important: «Die Schweiz ist für diese Kreise wegen der Lücke unseres föderalistischen Systems attraktiv.» Et ça devient encore plus intéressant: «Die bestehende Diskrepanz zwischen den Mitteln für die Abwehr des organisierten Verbrechens und jenen für die klassische militärische Verteidigung ist besonders bemerkenswert. Man muss sich der realen Gefahren bewusst sein; Experten meinen, die organisierte Kriminalität könnte bald einmal zu einer der grössten globalen Bedrohungen werden.» C'est absolument éloquent.

Dans ce rapport, commandé par le Département fédéral de la défense, de la protection de la population et des sports, je le rappelle, on mentionne expressément la disproportion des moyens mis à disposition pour la lutte contre la grande criminalité par rapport à ceux alloués à la défense militaire. La consultation des comptes de l'Etat et certaines décisions toutes récentes de notre Conseil ne peuvent d'ailleurs que confirmer et accentuer ce fait. En ce moment même, de l'autre côté de la coupole, on est en train de voter 1,3 milliard de

francs pour le DDPS. Voilà, en dépit de ce qu'on dit et écrit dans des rapports officiels commandés par le Gouvernement, que le seul argument pour combattre la proposition de la minorité est aujourd'hui de nature financière. Peu importe que cette solution – et cela me paraît important – ait le soutien convaincu des cantons et de nombreux experts.

Avec le système en vigueur aujourd'hui, la plupart des infractions pénales sont soumises à la juridiction cantonale. Les exceptions sont prévues à l'article 340 du Code pénal qui établit quelles sont les infractions soumises à la juridiction fédérale. Il s'agit de crimes ou de délits commis par ou contre des personnes ayant un statut particulier ou qui portent atteinte aux intérêts de la Confédération. La fausse monnaie ou l'usage criminel d'explosifs sont aujourd'hui déjà des infractions soumises entièrement à la juridiction fédérale. L'organisation criminelle ou la traite des êtres humains, par contre, relève de la juridiction cantonale. Ce n'est qu'un exemple parmi tant d'autres qui témoigne de l'important retard des codes, du Code pénal dans ce cas, par rapport à l'évolution de la réalité.

Eh bien, je crois que notre devoir de législateur est d'essayer de combler ces retards. On propose aujourd'hui d'être plus efficace et de s'adapter à l'évolution de la criminalité. C'est non seulement louable, c'est surtout nécessaire et urgent. Ce n'est donc pas le but qui est en discussion, mais bien les moyens proposés.

La solution de la majorité de la commission, dans l'esprit de la fameuse philosophie des petits pas et du non moins fameux compromis helvétique — cette fois-ci pas compromis avec les cantons, mais simplement avec le porte-monnaie — consiste à introduire une espèce de système à la carte, une sorte de self-service pour le Ministère public de la Confédération, je cite ce qu'on vous propose: «Le Ministère public de la Confédération peut ouvrir une procédure d'investigation si», les conditions sont indiquées aux lettres a, b et c de l'article 340bis du Code pénal. Les définitions de crimes, soit dit en passant, ne sont nullement contestées. Il s'agit — et on ne parle que de cela aujourd'hui — des formes les plus graves et les plus complexes de la criminalité. Cette ouverture d'investigation fonde la juridiction fédérale, comme le précise expressément l'alinéa 2 de ce même article.

Ce qui signifie que le ou la procureure de la Confédération pourra décider librement et arbitrairement s'il ou si elle va ouvrir ou non une procédure, vu qu'aucun critère n'est indiqué spécifiant cette «Kann-Vorschrift», s'il ou si elle va laisser ou non ce cas à la compétence des cantons. C'est donc le système de la formule potestative et celui qui «peut» peut aussi ne pas le faire. Ce sera la bagarre assurée, surtout lorsqu'il y aura un compte en banque bien garni susceptible d'être confisqué au profit de l'Etat. Le projet de motion de la commission sur la participation à la saisie des biens est d'ailleurs bien plus qu'un indice du potentiel de conflictualité qui existe dans ce domaine. Ce partage de compétence au bon vouloir du magistrat fédéral est inacceptable. Il est contraire à la sécurité du droit, car il crée des incertitudes dans un domaine où il ne peut et où il ne doit y avoir que clarté, rationalité et efficacité. Il crée aussi l'arbitraire car, selon le bon vouloir du procureur de la Confédération, le prévenu sera soumis à la loi sur la procédure pénale fédérale ou à un des vingt-six codes cantonaux de procédure.

Pourquoi ne pas simplement et clairement dire que les graves infractions décrites à l'article 340bis – ce sont les cas les plus graves, les plus complexes, la criminalité internationale – relèvent de la juridiction fédérale? C'est la question que j'ai bien évidemment posée. On m'a répondu que cela coûterait bien plus de 100 millions de francs, et que ce n'était donc tout bonnement pas proposable.

A ce sujet et à celui de l'estimation faite un peu au pifomètre, j'ai au moins trois objections:

 Nous avons entendu tout à l'heure que cette solution était soutenue par les cantons, et que c'est celle qui aurait provoqué le plus grand soulagement pour les finances cantonales. Pourquoi continue-t-on à raisonner en vase clos, chacun avec sa petite comptabilité, sans avoir une vision globale pour l'ensemble de la collectivité publique, d'autant plus que le citoyen contribuable est toujours le même? Cela serait d'autant plus facile à faire que l'on est en train de revoir l'ensemble de l'édifice de la péréquation financière entre la Confédération et les cantons. En fait, ces 100 millions de francs sont déjà dépensés aujourd'hui dans les différents cantons, chacun dans son coin. Pourquoi les enquêteurs de Genève ne seraient-ils pas compétents dans des procédures — je le rappelle — internationales qui ont aussi des attaches avec d'autres cantons?

Entre parenthèses, a-t-on calculé les coûts, aujourd'hui déjà, des conflits de compétence entre les cantons pour les cas complexes de criminalité intercantonale et internationale?

2. Dans le calcul, on ne tient nullement compte du fait qu'une poursuite efficace, organisée sur le plan fédéral, contre la criminalité internationale conduira nécessairement à de plus grands succès, et donc à d'importantes saisies de biens et d'argent d'origine criminelle. En fait, on ne parle que des coûts et on ignore complètement les bénéfices, et il s'agit de bénéfices très importants.

3. A l'actif d'une telle solution, celle de la minorité et des cantons, on oublie complètement de considérer les bénéfices qui en découleraient pour notre économie, pour notre place financière, pour notre image, et pourtant nous devrions désormais savoir ce que peut valoir l'image. Les organes étrangers de répression de la grande criminalité sont toujours étonnés – je dirais surtout déroutés – par le fait que, même pour les cas les plus graves, l'interlocuteur suisse compétent est une fois à Genève, une fois à Schwytz, une fois à Bellinzone, une fois à Bâle, une fois à Herisau.

Je conclus en répétant qu'en réalité on n'a pas fait, on n'a pas voulu faire une véritable analyse des coûts et bénéfices des deux solutions possibles. Je veux bien admettre qu'une simple proposition de minorité présentée par un Dick Marty quelconque ne mérite pas nécessairement pareille attention. Il convient alors de rappeler que la proposition de minorité est en réalité celle voulue par les cantons, et les experts l'ont clairement réaffirmé dans une lettre du 21 août 1998 sur laquelle je reviendrai plus tard.

Les cantons, je crois, ont très bien compris qu'à la globalisation de la criminalité, il convenait de donner finalement une réponse forte et moderne. Ils sont désormais conscients qu'un fédéralisme mal compris ne pouvait faire que le jeu de la grande criminalité. Notre histoire démontre bien que chaque fois que le danger s'est fait sentir, on a su concentrer nos efforts. La menace pour l'intégrité de notre pays se faisant sentir, les cantons ont su, naguère, remettre l'essentiel de leur compétence militaire dans les mains de la Confédération. Aujourd'hui, nous avons un autre genre de menace, mais une menace sérieuse, et alors qu'on est au sommet de notre bien-être, on dit qu'on n'a pas d'argent pour combattre cette menace. Bientôt, on nous demandera quelque centaines de millions de francs pour acheter de nouveaux chars d'assaut qu'on n'utilisera jamais et qu'on transformera après quelque temps en vieux fer, car, une fois de plus, on se sera aperçu qu'on s'est trompé d'ennemi.

Präsident: Ich schlage Ihnen vor, hier die Beratung dieses Geschäftes zu unterbrechen und es auf die Wintersession zu verschieben. Dort könnten wir auch das Referat von Herm Bundesrat Koller hören.

Koller Arnold, Bundesrat: Ich bin Ihnen für Ihren Antrag dankbar. Etwas anderes wäre es gewesen, wenn wir die Vorlage heute zu Ende hätten beraten können. Wenn wir sowieso unterbrechen müssen, dann dient es mir natürlich, wenn ich mein Eintretensreferat das nächste Mal vortragen kann.

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen Le débat sur cet objet est interrompu

Schluss der Sitzung um 12.45 Uhr La séance est levée à 12 h 45 Sozialrechte, verankert die Gewaltenteilung und führt die Verfassungsgerichtsbarkeit für kantonale Akte ein. Unter dem Titel über die politischen Rechte sind neu eine Gesetzesinitiative, das fakultative Gesetzes- und Finanzreferendum, das Verfassungsreferendum und das Recht auf Abberufung des Regierungsrates vorgesehen. Zudem wird die Volkswahl des Grossen Rates und des Staatsrates nach dem System des Verhältniswahlrechtes verankert. Die neue Verfassung des Kantons Tessin hat in unserer Kommission zu einer angeregteren Diskussion geführt, als dies bei anderen Verfassungen der Fall war, weil hier sehr fortschrittlich gedacht wurde.

Wir konnten feststellen, dass die neue Verfassung alle Voraussetzungen erfüllt, welche für die Gewährleistung durch den Bund erforderlich sind. Es geht um vier Punkte:

- 1. Die Kantonsverfassung darf nichts dem Bundesrecht Zuwiderlaufendes enthalten.
- 2. Die politischen Rechte müssen nach republikanischen Formen gewährleistet sein.
- 3. Die Verfassung muss vom Volk angenommen worden sein.
- 4. Die Verfassung muss von der Mehrheit des Volkes wieder abgeändert werden können.

Wie ich dargelegt habe, sind alle diese Voraussetzungen erfüllt. Die Gewährleistung durch den Bund ist deshalb zwingend zu erteilen. Dies wird Ihnen von der Kommission denn auch einstimmig beantragt.

Reimann Maximilian (V, AG): Ich möchte am Beispiel dieser neuen Tessiner Kantonsverfassung – die soeben von unserer Kommissionspräsidentin als modernes und fortschrittliches Musterbeispiel für eine Verfassung bezeichnet worden ist – aufzeigen, wie in unserem Südkanton ein spezifisches Problem gelöst wird, mit dem man sich auf der Alpennordseite und insbesondere in der Deutschschweiz zunehmend schwertut. Ich meine die sprachliche Bewältigung des Gleichstellungsproblems der Geschlechter.

Die Tessiner sagen in Artikel 7 Absatz 4 schlicht und einfach, dass überall dort, wo ein Ausdruck in der männlichen Form gebraucht wird, dieser voll und ganz auch die weibliche Form abdeckt. Mit diesem eleganten Befreiungsschlag ist es den Tessinern gelungen, Sprachformulierungsprobleme auf Distanz zu halten, bei denen man sich in der übrigen Schweiz je länger, je mehr in einem verwirrenden Geflecht verfangen hat. Nur um gewisse ultrafeministische Kreise im Zaum zu halten, sind wir quasi mit dem Brecheisen dazu übergegangen, immer und überall auf sprachliche Gleichschaltung zu machen, mit dem Effekt, dass gewisse Gesetzestexte kaum mehr lesbar und verständlich sind oder dass man in den Redaktionskommissionen viel Energie aufwenden muss, um Formulierungen zu finden, die letztlich noch verstanden werden.

Nun mag man einwenden, in der italienischsprachigen Schweiz sei man für dieses Gleichstellungsproblem weniger sensibilisiert als andernorts. Das glaube ich nicht. Man schaue sich doch nur einmal in den übrigen Ländern und Regionen mit deutscher Sprache um! Auch dort ist man irgendwie auf dem Boden geblieben und hat sich nicht mit Problemen eingedeckt, die in der Prioritätenordnung unter «ferner liefen» eingestuft sind.

Morgen haben wir es dann mit den Frauenquoten ganz allgemein zu tun. Mit meinem heutigen Votum habe ich immerhin einen kleinen Aperitif dazu beigesteuert.

Eines möchte ich mir aber – und deshalb bin ich froh, dass Bundesrat Koller wieder hier ist – von Bundesrat und Bundesverwaltung ganz allgemein verbeten haben, nämlich den Gebrauch jener Schreibweise mit dem grossen I mitten in einem Wort, die von der «NZZ» seinerzeit treffend als «Verbastardisierung» der Sprache ausgelegt worden ist.

Herr Bundesrat, diese Schreibweise hat jüngst auch in der hochoffiziellen Einladung zur grossen Jubiläumsfeier auf dem Bundesplatz Einzug gehalten; ich habe den Wortlaut hier. Da ist wiederholt von «LebenspartnerInnen» und «ParlamentarierInnen» die Rede. Ich möchte Sie einfach, Herr Bundesrat, mit diesem Votum bitten, im amtlichen Schriftverkehr nicht einen ideologischen Stil Einzug halten zu lassen,

der nicht akzeptabel ist. Darf ich Sie deshalb höflich bitten, diesem Unfug hochoffiziell und schnellstmöglich ein Ende zu bereiten.

Den Miteidgenossen aus dem Tessin und ihren Repräsentanten in unserem Rat hingegen möchte ich bezüglich ihrer neuen Verfassung zurufen: Bravo, fahrt weiter so!

Koller Arnold, Bundesrat: Ich kann mich kurz fassen. Es freut mich natürlich, dass die Bundesversammlung bereits wieder eine neue Kantonsverfassung gewährleisten darf. Der Kanton Tessin ist jetzt der neunte Kanton, der seit 1980 seine Verfassung erfolgreich einer Totalrevision unterzogen hat. Was für mich auch ein wichtiges Zeichen ist: Er ist der erste lateinische Kanton. Die Revision der Kantonsverfassungen war bisher weitestgehend der deutschsprachigen Schweiz vorbehalten; und mit dem Kanton Tessin haben wir jetzt erstmals in der lateinischen Schweiz, wo ja mehrere Kantone am Werk sind, eine erfolgreich abgeschlossene Totalrevision. Ich hoffe, dass das ein gutes Omen für die Revision der Bundesverfassung ist. Auf weitere Details möchte ich hier nicht eingehen.

Herr Reimann, wenn mich mein Gedächtnis und meine Kenntnisse nicht schwer trügen, entscheidet über Ihre Frage nicht der Bundesrat, sondern Sie als Gesetzgeber entscheiden über diese Fragen. Soweit ich orientiert bin, sind in den Redaktionskommissionen der beiden Räte diese Fragen und Entscheide zum Teil noch hängig. Die Räte sind hier das zuständige Organ, nicht der Bundesrat.

Eintreten ist obligatorisch L'entrée en matière est acquise de plein droit

Bundesbeschluss über die Gewährleistung der Verfassung des Kantons Tessin

Arrêté fédéral accordant la garantie fédérale à la constitution du canton du Tessin

Gesamtberatung - Traitement global

Titel und ingress, Art. 1, 2 Titre et préambule, art. 1, 2

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble Für Annahme des Entwurfes

31 Stimmen (Einstimmigkeit)

An den Nationalrat - Au Conseil national

98.009

Massnahmen zur Verbesserung der Effizienz und der Rechtsstaatlichkeit in der Strafverfolgung. Gesetzesänderungen

Mesures tendant à l'amélioration de l'efficacité et de la légalité dans la poursuite pénale. Modification de lois

Fortsetzung - Suite
Siehe Seite 1111 hiervor - Voir page 1111 ci-devant

Wicki Franz (C, LU): Ich spreche nur zur Vorlage B, zur Ånderung des Bundesgesetzes über die Bundesstrafrechts-

pflege, und zwar zur Aufsicht über die Bundesanwaltschaft. Es ist meines Erachtens unbedingt notwendig, dass diese Aufsicht klar geregelt wird.

Nach dem geltenden Recht steht die Bundesanwaltschaft, d. h. die Bundesanwältin oder der Bundesanwält, unter der Aufsicht und der Leitung des Bundesrates; vorbehalten bleiben die Anträge vor Gericht. Doch der Bundesrat beschränkte sich in den letzten Jahrzehnten wohlweislich auf die Dienstaufsicht; denn es ist klar: Eine Staatsanwaltschaft muss in ihrem Justizbereich frei sein; sie muss aufsichts- und weisungsunabhängig sein.

Ich befürworte die Zweiteilung der Aufsicht, wie dies nun der Bundesrat und die Kommission vorschlagen, d. h. die administrative Aufsicht soll beim Bundesrat bleiben, und die ganze gerichtspolizeiliche Tätigkeit obliegt der Aufsicht der Anklagekammer des Bundesgerichtes; diese Zweiteilung der Aufsicht ist richtig.

Um Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen der administrativen Aufsicht des Bundesrates und der fachlich-rechtlichen Aufsicht in der Zukunft möglichst zu vermeiden, scheint es mir richtig, wenn hier auf einige Punkte noch hingewiesen wird.

In den Bereichen, welche ihm zustehen, d. h. bezüglich der administrativen Aufsicht, kann der Bundesrat auch Weisungen erteilen, soweit er nicht in ein Verfahren eingreift. Die eigentliche Kontrolle über die Tätigkeit als Organ der Strafrechtspflege liegt beim Bundesgericht, konkret: bei der Anklagekammer. Die Anklagekammer ist im wesentlichen Beschwerdeinstanz gegen Amtshandlungen der Bundesanwaltschaft. Die Anklagekammer kann im Rahmen von Beschwerden, wie erwähnt, die Bundesanwältin oder den Bundesanwalt auch anweisen, Ermittlungen vorzunehmen oder solche zu unterlassen. Der Anklagekammer steht aber auch das Recht zu, die Bundesanwaltschaft ausserhalb von Beschwerdeverfahren anzuhalten, Ermittlungen zu tätigen, wenn sie sich im Rahmen ihrer Fach- und Rechtsaufsicht dazu veranlasst sieht.

Ich stimme also in diesem Sinne der Vorlage B zu und bitte Sie, dies ebenfalls zu tun.

Koller Arnold, Bundesrat: Globalisierung und Internationalisierung sind heute in aller Munde. Diese prägenden Erscheinungen unserer modernen Zeit sind aber nicht auf die Wirtschaft beschränkt: auch Kriminelle entfalten wie Firmenchefs und Finanzfachleute zunehmend grenzüberschreitende Aktivitäten. Das Wirken krimineller Organisationen und der Akteure komplexer Wirtschaftsdelikte macht immer weniger halt vor Landes-, geschweige denn Kantonsgrenzen. Der Strafprozess und die Strafverfolgung sind demgegenüber noch stark auf die engen kantonalen Gemarkungen ausgerichtet; die kleinräumig organisierten Strafverfolgungsbehörden stossen immer öfter an die Grenzen ihrer Möglichkeiten, wenn sie mit beschränkten Ressourcen komplexe internationale oder interkantonale Straffälle zu untersuchen haben. Es müssen also Mittel und Wege gefunden werden, die Strafverfolgung in unserem Land so zu gestalten, dass sie den modemen, grenzüberschreitenden Kriminalitätsformen erfolgreich begegnen kann. Effizienz der Strafverfolgungsbehörden ist ein zentrales Anliegen der vorliegenden Revision.

Allerdings dürfen die Bernühungen um Effizienzsteigerung die Rechtsstaatlichkeit des Verfahrens nicht aushöhlen. Effizienz und Rechtsstaatlichkeit in eine ausgewogene Balance zu bringen ist nicht einfach. Die Vorlage, über welche Sie jetzt zu befinden haben, will diesem Anspruch gleichwohl genüßen.

Zuerst ein Blick auf das Umfeld und die Vorgeschichte der Vorlage: Die Beschäftigung mit dem Phänomen der modernen, komplexen und grenzüberschreitenden Kriminalität ist in diesem Rat nichts Neues. In den letzten zehn Jahren haben Bundesrat und Parlament eine ganze Reihe von gesetzgeberischen Massnahmen getroffen, die insgesamt ein eigentliches Dispositiv gegen organisierte Kriminalität, Geldwäscherei und andere komplexe Verbrechensformen bilden.

Ich nenne hier namentlich die Strafvorschriften gegen die Geldwäscherei, die strafrechtlichen Massnahmen gegen die organisierte Kriminalität, aber auch das völlig revidierte Vermögensstrafrecht. Daneben wurden auch namhafte Verbesserungen hinsichtlich der Wirksamkeit der Ermittlungen erzielt. Dies geschah im besonderen durch den Erlass des Bundesgestzes über kriminalpolizeiliche Zentralstellen des Bundes sowie über das im Frühling dieses Jahres in Kraft getretene sogenannte «verwaltungsrechtliche» Geldwäschereigesetz mit seiner Meldepflicht für Financiers und der verbesserten Aufsicht über die Parabanken.

Ε

Des weiteren sind auf verschiedenen Ebenen Arbeiten im Gange, mit denen die Abwehr gegen komplexe Verbrechensformen weiter verstärkt und verfeinert werden soll. Dazu gehören das verschärfte Korruptionsstrafrecht, das diesen Sommer in der Vernehmlassung war, und die bereits in der parlamentarischen Phase stehenden Gesetzentwürfe betrefend die verdeckte Ermittlung und die Telefonüberwachung. Zu nennen ist aber auch die Vereinheitlichung des Strafprozessrechtes. Diese ist zwar zweifellos eine längerfristige Aufgabe, sie ist aber, so scheint uns, auf guten Wegen.

Mit der Justizreform sollen die Grundlagen für die Vereinheitlichung des Strafprozessrechtes geschaffen und deren gesetzliche Konkretisierung vorbereitet werden. Demnächst werde ich einen Experten mit der Ausarbeitung eines entsprechenden Vernehmlassungsentwurfes beauftragen.

Der Ihnen heute vorliegende Entwurf ist auch ein wichtiger Teil der Strategie des Bundes im Kampf gegen das organisierte Verbrechen und die komplexe grenzüberschreitende Kriminalität. Die Vorlage hat kurz gesagt zwei Hauptziele: Erstens soll sie die Effizienz der Strafverfolgung im Bereich der komplexen Kriminalität durch organisatorische Massnahmen erhöhen, namentlich durch die Übertragung neuer Kompetenzen an die Strafverfolgungsorgane des Bundes; dies ist die Teilvorlage A. Zweitens strebt sie eine Klärung und bis zu einem bestimmten Grad einen Ausbau der Verfahrensgaranten für die Beschuldigten an; ich verweise auf Teilvorlage B. Besonders wichtig ist dies im Bundesstrafverfahren im Stadium der gerichtspolizeilichen Ermittlungen, denen ja in Zukunft eine grössere Bedeutung zukommen wird.

Mit der Übertragung neuer Kompetenzen für die Bekämpfung des organisierten Verbrechens und der Wirtschaftskriminalität an den Bund gemäss Vorlage A soll die Strafverfolgung zentralisiert und damit wirksamer gemacht werden. Gleichzeitig sollen die Kantone – zumal die kleineren – von grossen und komplexen Verfahren entlastet werden. Diese Ziele sind, wenn ich dies richtig sehe, unbestritten.

Die konkrete Ausgestaltung des neuen Engagements des Bundes gab dagegen zuerst in der Vernehmlassung, dann auch in Ihrer Kommission zu Diskussionen Anlass. Von Anfang an stand fest, dass die neuen Verfahrenszuständigkeiten des Bundes begrenzt sein müssen. Denn dem Bund fehlen nicht nur die Ressourcen, um sämtliche einschlägigen Verfahren von der Ermittlung bis zum Urteil führen zu können; es war auch zu keiner Zeit beabsichtigt, grundsätzlich vom heutigen föderalistischen System der Strafverfolgung abzukommen – darauf werde ich nachher noch einlässlich eingehen.

Das Engagement des Bundes soll daher ein beschränktes bleiben. Nach der Botschaft des Bundesrates sollen die Bundesbehörden einen Fall nur unter folgenden Voraussetzungen an sich ziehen können:

1. Es muss sich um schwerwiegende Delikte handeln, die dem organisierten Verbrechen oder der Wirtschaftskriminalität zuzurechnen sind.

2. Die Straftaten müssen ganz oder teilweise im Ausland oder in mehreren Kantonen begangen worden sein.

3. Umfang und Komplexität der Taten müssen eine einheitliche Durchführung der Ermittlungen nahelegen.

Die Kommission für Rechtsfragen Ihres Rates hat im übrigen diese Voraussetzungen noch präzisiert. Danach müssen die strafbaren Handlungen zu einem wesentlichen Teil im Ausland oder – wie nach Vorlage des Bundesrates – in mehreren Kantonen begangen worden sein. Bei der «interkantonalen» Konstellation ist – nach der neuen Fassung der Kommission für Rechtsfragen – die Voraussetzung für ein Tätigwerden des Bundes, dass kein eindeutiger Schwerpunkt in einem

Kanton besteht. Zudem müssen die zuständigen kantonalen Strafverfolgungsbehörden offensichtlich nicht über die Mittel verfügen, um die wirksame Verfolgung der Delikte selber sicherstellen zu können.

Mit diesen Änderungen weicht die Kommission für Rechtsfragen aber nicht grundsätzlich vom Konzept des Bundesrates ab, so dass ich ihnen zustimmen kann. Insbesondere rüttelt die Kommission nicht am Grundsatz, dass der Bund diese Verfahrenszuständigkeiten zwar wahrnehmen kann, nicht aber muss. Auch wenn die erwähnten Voraussetzungen erfüllt sind, ist es nicht in jedem Fall sinnvoll und sachgerecht, dass der Bund das Verfahren führt. Vielfach sind nämlich im Zeitpunkt, in welchem offenbar wird, dass ein solcher internationaler oder interkantonaler Fall vorliegt, den der Bund für sich beanspruchen könnte, die kantonalen Ermittlungen schon relativ weit fortgeschritten. Die Übernahme eines solchen Falles durch den Bund könnte das Verfahren dann eher in die Länge ziehen als beschleunigen. In solchen Situationen soll sich die Bundesanwaltschaft daher auch nach dem neuen Recht nicht einschalten.

Eine Minderheit der Kommission, angeführt von Herm Marty, beantragt demgegenüber, eine obligatorische Verfahrenskompetenz des Bundes vorzusehen. Ein solches Modell hätte, das räume ich Herm Marty gegenüber geme ein, sicher auch Vorteile; meines Erachtens überwiegen aber die Nachteile. Wenn wir neu – ab ovo, von Anfang an – eine Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen aus dem Nichts heraus beschliessen könnten, dann wäre der Vorschlag von Herm Marty durchaus erwägenswert und hätte wahrscheinlich auch gewisse Vorteile. Sie wissen aber alle, dass wir im 150jährigen Bundesstaat eben gewachsene Organisationsstrukturen haben. Deshalb bin ich überzeugt, dass die Nachteile dieses Vorschlages heute überwiegen.

Denn dem Bund fehlen schlicht die Ressourcen, um sämtliche einschlägigen Verfahren von der Ermittlung bis zum Urteil führen zu können.

Mein Departement hat bereits jetzt mit einem eigentlichen personellen Kraftakt unter Ausschöpfung aller denkbaren Reserven, mit einer zum Teil schmerzlichen Umverteilung von Aufgaben, rund 50 Stellen für die kriminalpolizeilichen Zentralstellen des Bundes freigespielt.

Angesichts der Plafonierung des Personalbestandes sind grössere Ausbaupläne zum heutigen Zeitpunkt auf jeden Fall in vernünftiger Frist nicht realisierbar; dies vor allem, wenn man bedenkt, dass eine vollständige Aussiedelung der Fälle komplexer Kriminalität den Bund mindestens 100 Millionen Franken kosten würde. Der betreffende Personalbedarf wäre kurzfristig schlicht nicht zu erfüllen.

Zudem würde eine umfassende Zentralisierung der Kompetenzen im Bereich der komplexen Kriminalität wohl eine bedeutende Verschiebung der kantonalen Polizeikräfte hin zum Bund bedingen. Angesichts des damit verbundenen Knowhow-Verlustes bei den Kantonen und der enormen organisatorischen Umstellungen erscheint es sachlich, aber auch politisch ausgeschlossen, ein solches an sich überlegenswertes Konzept innert nützlicher Zeit auch tatsächlich zu verwirklichen.

Zudem ist auch die Verfassungslage prekär, denn die Strafverfolgung steht grundsätzlich den Kantonen zu. Der Bundesgesetzgeber kann zwar die Verfolgung bestimmter Delikte in die Hände der Bundesbehörden legen - ich verweise auf Artikel 114 der Bundesverfassung -, doch sollte er von dieser Ermächtigung, die ja eher eine Ausnahmeregelung darstellt, unseres Erachtens keinen exzessiven Gebrauch machen. Im übrigen - davon bin ich überzeugt, und das lässt sich u. a. anhand der raschen Fortschritte belegen, die wir auf dem Gebiet des materiellen Strafrechtes zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität gemacht haben - ist unter den heute gegebenen politischen Rahmenbedingungen und angesichts des organisch gewachsenen Polizei- und Justizsystems in unserem Land ein etappenweises Vorgehen bedeutend effizienter als die Realisierung eines grossen Wurfes, so verführerisch ein solcher auf den ersten Blick auch erscheinen mag.

In diesem Zusammenhang ist es mir daher ein Anliegen, darauf hinzuweisen, dass der Bund schon mit der Kann-Variante einen beachtlichen neuen Aufwand auf sich nimmt. Der Botschaft entnehmen Sie, dass ein Mehraufwand von 10,5 Millionen Franken entsteht und dass das EJPD die 74 nötigen Stellen kaum mit dem jetzigen Personalkredit finanzieren kann. Entsprechend schlägt der Bundesrat die Erhöhung dieses Kredites um 10,5 Millionen Franken vor.

Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass bei effizienter Verfolgung von komplexer, organisierter Kriminalität auch Gewinne anfallen können. An diesen Einziehungsgewinnen werden übrigens auch die Kantone teilhaben können. Es ist zurzeit eine Expertenkommission daran, die Modalitäten eines solchen Sharings näher zu prüfen und gesetzgeberische Vorschläge zu erarbeiten. Diese Gewinne werden zweifellos mithelfen, das neue Engagement des Bundes wenigstens mitzufinanzieren.

Dazu einige wenige Zahlen: Schon unter dem heutigen Recht hat die Bundesanwaltschaft in den letzten vier Jahren insgesamt rund 15,5 Millionen Franken rechtskräftig eingezogen. Gleichzeitig kam es zu Sicherstellungen von rund 5,5 Millionen Franken und 127 Millionen Dollar, deren Einziehung noch nicht rechtskräftig verfügt ist. Zu diesen Summen kommen noch die Erlöse aus internationalen Sharing-Fällen im Umfang von etwa 25 Millionen Franken.

Trotzdem ist die Strafverfolgung kein gewinnbringendes Geschäft. Den Erlösen wird immer ein klarer Mehraufwand gegenüberstehen. Der Mehraufwand, den die Annahme des Antrages der Kommissionsminderheit auslösen würde, ist für den Bund eine Überforderung, vor allem auch im personellen Bereich. Allein im Kanton Zürich beispielsweise sind etwa zwanzig Bezirksanwälte, zwei Staatsanwälte und fünfzig Spezialisten der kantonalen und der städtischen Polizei auf diesem Gebiet eingesetzt, die alle zum Bund transferiert werden müssten, wenn wir hier eine obligatorische Kompetenz erhalten würden.

Aus diesen Gründen bin ich zutiefst überzeugt, dass dieses etappenweise Vorgehen, das wir Ihnen vorschlagen und dem ja auch die Kantone jetzt zustimmen, der bessere und vor allem der raschere Weg zu nötigen Reformen ist. Die Kantone hatten am Anfang Bedenken, weil sie befürchteten, die Bundesanwaltschaft könnte «Rosinen picken» und die Fälle dann an die Kantone weiterdelegieren. Diese Möglichkeit haben wir jetzt klar herausgenommen. Wenn die Bundesanwaltschaft aufgrund dieser Kann-Vorschrift Fälle von Wirtschaftskriminalität und von organisiertem Verbrechen übernimmt, dann muss sie die ganze Untersuchung zu Ende führen. Einzig für die Aburteilung ist eine Übertragung an kantonale Gerichte vorläufig möglich, weil wir das Bundesgericht zurzeit ja nicht noch mehr belasten können.

Mit der Justizreform sehen wir dann allerdings ein erstinstanzliches Bundesstrafgericht vor. Dann könnten die von der Bundesanwaltschaft geführten Fälle auch beim erstinstanzlichen Bundesstrafgericht anhängig gemacht werden. Wir haben uns mit den Kantonen auf dieses Vorgehen geeinigt.

Wie soll der Bund diese neuen Kompetenzen ausüben? Sind die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt und zieht der Bund einen Fall an sich, so gelten zunächst die üblichen Grundsätze des Bundesstrafprozesses, d. h. die Bundesanwaltschaft führt ein gerichtspolizeiliches Ermittlungsverfahren durch und übergibt dann, wenn genügend Anhaltspunkte für strafbare Handlungen vorliegen, die Sache dem eidgenössischen Untersuchungsrichter zur Voruntersuchung. Kommt es anschliessend zur Anklage, wird diese von der Bundesanwaltschaft vertreten. Allerdings, wie ich gesagt habe, meist nicht vor dem Bundesstrafgericht, wo wir auch kein umfassendes Rechtsmittel haben, sondern vor den Gerichten desjenigen Kantons, der grundsätzlich für den Fall zuständig ist. Die Beurteilung durch ein kantonales Gericht mag auf den ersten Blick systemfremd erscheinen. Aber, wie gesagt: Wir müssen die Justizreform abwarten, bis wir einen durchgehenden Bundesinstanzenweg vorsehen können. So betrachtet ist es sinnvoll und zweckmässig, die Beurteilung der betreffenden Fälle vorerst einer kantonalen Instanz zu übertragen, deren Entscheid allenfalls auch innerkantonal noch überprüft werden kann. Um in diesen Fällen aber einen fairen



Ε

Lastenausgleich zwischen Bund und Kantonen sicherzustellen, sollen die Kosten der Beurteilung durch das kantonale Gericht vom Bund getragen werden, soweit nicht der Verurteilte dafür aufkommt.

Nun zur Teilvorlage B, mit welcher die Rechtsstaatlichkeit des Strafverfahrens im Bund verbessert werden soll. Der Anlass zu dieser Teilrevision des Bundesstrafprozesses ist einleuchtend: Wenn der Bund wesentliche neue Aufgaben in der Strafverfolgung übernimmt, so sollen auch die Organisation der Rechtspflege und vor allem die Verteidigungsrechte auf die Höhe der Zeit gebracht werden. Gerade beim gerichtspolizeilichen Ermittlungsverfahren besteht zum Teil Nachholbedarf, namentlich gegenüber modernen kantonalen Strafprozessordnungen. Diese Zielsetzung wird nun in dreierlei Richtungen konkretisiert:

Wie schon ausgeführt worden ist, soll zum einen die Bundesanwaltschaft künftig nur noch administrativ dem Bundesrat
unterstellt sein. Wir legiferieren damit etwas, das schon
heute gelebte Rechtspraxis ist, denn der Bundesrat hat aus
Gründen der Gewaltenteilung in der Ausübung der Aufsichtskompetenz schon bisher grösste Zurückhaltung gegenüber
der Bundesanwaltschaft eingehalten. Es soll nun aber gesetzlich sichergestellt werden, dass die Bundesanwaltschaft
ihre Ermittlungen auch in politisch heiklen Fällen ohne jegliche Einflussnahme von seiten der politischen Behörden führen kann. Das ist, wie gesagt, heute schon so, aber dies soll
nun auch gesetzlich statuiert werden.

Das bedeutet andererseits nicht, dass die Bundesanwaltschaft unkontrolliert wirken soll. Ihre Aktivität soll künftig, im Gegenteil, unter eine verstärkte justitielle Aufsicht gestellt werden, indem gegen alle Amtshandlungen der Bundesanwaltschaft – heute ist das nur bei Zwangsmassnahmen der Fall – die Beschwerde an die Anklagekammer des Bundesgerichtes offenstehen wird.

Schliesslich sollen in gerichtspolizeilichen Ermittlungsverfahren die Rechte der Beschuldigten verbessert werden. Die Ermittlungsphase spielt im System des Bundesstrafprozesses eine zentrale, zum Teil sogar eine ausschlaggebende Rolle. Der Betroffene soll deshalb bereits in dieser Verfahrensphase eine ähnliche Rechtsstellung wie in der Voruntersuchung haben. Das bedeutet, dass er Beweisanträge stellen, das Recht auf Akteneinsicht geltend machen, frei mit seinem Verteidiger verkehren und bei Einvernahmen und Beweisaufnahmen anwesend sein kann.

Mit der Vorlage C schliesslich möchte der Bundesrat eine im Verwaltungsstrafrecht bewährte und sinnvolle Praxis gesetzlich legitimieren. Das geschieht vor allem auf Wunsch des Eidgenössischen Finanzdepartementes. Danach sollen Verwaltungsstrafsachen des Bundes an die ordentlichen, zumeist kantonalen Strafverfolgungsbehörden delegiert werden können, wenn diese bereits gegen die gleichen Täter wegen Delikten im gemeinen Strafrecht ermitteln. Diese Massnahme dient wiederum offensichtlich der Verfahrensökonomie, und sie war bisher völlig unbestritten.

Wir sind überzeugt, dass wir mit dieser Vorlage ein ausgewogenes Paket präsentieren, das einerseits die Effizienz der Strafverfolgung erhöhen, anderseits aber auch eine verbesserte Rechtsstaatlichkeit sicherstellen wird.

Wir bitten Sie, auf diese Vorlage, die nur ein Element im Rahmen der Gesamtstrategie im Kampf gegen das organisierte Verbrechen darstellt, in diesem Sinne einzutreten.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen L'entrée en matière est décidée sans opposition

Detailberatung - Examen de détail

A. Schweizerisches Strafgesetzbuch A. Code pénal suisse

Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, ch. I introduction

Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 340bis

Antrag der Kommission

Mehrheit Abs. 1

.... Ermittlungsverfahren eröffnen, wenn:

a. die strafbaren Handlungen zu einem wesentlichen Teil im Ausland begangen wurden:

b. die strafbaren Handlungen in mehreren Kantonen begangen wurden und dabei kein eindeutiger Schwerpunkt in einem Kanton besteht; oder

c. die zuständigen kantonalen Strafverfolgungsbehörden offensichtlich nicht über die Mittel verfügen, um die wirksame Verfolgung der strafbaren Handlungen sicherzustellen. Abs. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit

(Marty Dick, Rhinow, Schiesser)

Abs. 1

Der Bundesgerichtsbarkeit unterstehen zudern die Verbrechen des Zweiten und Elften Titels, die strafbaren Handlungen nach den Artikeln 260ter, 288, 305bis, 315 und 316 sowie die Verbrechen, die von einer kriminellen Organisation im Sinne von Artikel 260ter ausgehen, wenn:

a. die strafbaren Handlungen zu einem wesentlichen Teil im Ausland: oder

 b. die strafbaren Handlungen in mehreren Kantonen begangen wurden und dabei kein eindeutiger Schwerpunkt in einem Kanton besteht.

c. Ablehnung des Antrages der Mehrheit

Abs. 2 Streichen

Art. 340bis

Proposition de la commission

Majorité

Al. 1

.... une procédure d'investigation, si:

 a. les actes punissables ont été commis pour une part prépondérante à l'étranger;

b. les actes punissables ont été commis dans plusieurs cantons et qu'il n'existe pas de centre de gravité net dans l'un d'entre eux; ou

 c. les autorités cantonales compétentes de poursuite pénale ne disposent manifestement pas des ressources pour assurer la poursuite efficace des infractions.

Al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité

(Marty Dick, Rhinow, Schiesser)

AL.

Sont également soumis à la juridiction fédérale les crimes prévus aux titres deuxième et onzième, les infractions aux articles 260ter, 288, 305bis, 315 et 316, ainsi que les crimes qui sont le fait d'une organisation criminelle au sens de l'article 260ter, si:

a. les actés punissables ont été commis essentiellement à l'étranger; ou

b. les actes punissables ont été commis dans plusieurs cantons et qu'il n'existe pas de centre de gravité net dans l'un d'entre eux.

c. Rejeter la proposition de la majorité Al. 2

Ai. 2 Biffer

Brunner Christiane (S, GE), rapporteuse: A l'article 340bis, il s'agit de la disposition phare de ce projet. Entre la «Muss-Vorschrift» et la «Kann-Vorschrift», le Conseil fédéral a tran-

ché en faveur de la compétence potestative du Ministère public de la Confédération d'ouvrir une procédure d'investigation, en argumentant pour l'essentiel au moyen des considérations financières suivantes.

La formulation potestative, la «Kann-Vorschrift», engendrera des charges supplémentaires totales pour la Confédération de 10,5 millions de francs, constituées exclusivement de frais de personnel découlant de la création de 74 nouveaux postes. Ces postes sont nécessaires à la poursuite pénale d'au maximum 30 à 40 cas par année relevant de la criminalité organisée, de 130 à 160 cas par année relevant de blanchiment d'argent, aucun chiffre ne pouvant être avancé pour les cas de criminalité économique. Quant aux revenus provenant du séquestre et de la confiscation de gains illicites, ils sont, de l'avis du Conseil fédéral, difficiles à chiffrer. Le Conseil fédéral estime que ce nouvel article 340bis ne devrait entraîner aucune charge supplémentaire pour les cantons.

S'agissant de la formulation impérative, la «Muss-Vorschrift»: si la Confédération devait se saisir à l'heure actuelle de toutes les affaires de criminalité organisée, de criminalité économique complexe et de blanchiment d'argent, cela engendrerait, selon les estimations de l'administration fédérale, un coût annuel pour la Confédération de l'ordre de 100 millions de francs. Le Conseil fédéral s'est encore appuyé sur l'inexistence d'un Tribunal fédéral de première instance, à l'heure actuelle, pour rejeter cette variante.

Notre commission n'est évidemment pas demeurée insensible à cette argumentation financière. Mais nous ne sommes pas davantage demeurés insensibles à la matérialisation de la volonté d'une meilleure efficacité de la poursuite de ce nouveau type de criminalité. Nous nous sommes penchés sur les conséquences prévisibles de cette formulation potestative, à savoir: l'émergence de conflits négatifs et positifs de compétence; le risque que la Confédération intervienne exclusivement dans les affaires susceptibles de lui procurer des rentrées financières importantes, l'article 265 quater alinéa 1er de la loi fédérale sur la procédure pénale, proposé par le Conseil fédéral, disposant que «les amendes ainsi que les objets et les valeurs séquestrés sont acquis à la Confédération.» La liberté d'appréciation dont disposerait le Ministère public de la Confédération n'est pas apte véritablement à décharger les cantons. Ainsi, corollairement, le but souhaité d'une meilleure efficacité de la poursuite de ce type de criminalité risque de se limiter à une simple déclaration d'intention.

A l'inverse, la formulation impérative ne peut recueillir la totale adhésion de tous les cantons, notamment ceux qui ont investi d'énormes moyens dans la poursuite de ce type particulier de criminalité.

Les représentants de la Commission pour la criminalité organisée et la criminalité économique de la Conférence des chefs des départements cantonaux de justice et police ont clairement manifesté leur penchant pour la «Muss-Vorschrift», tout en formulant une proposition que je qualifierais de subsidiaire: c'est d'obtenir une participation des cantons dans le processus de décision du Ministère public, en suggérant que ce dernier obtienne l'autorisation préalable des cantons concernés avant d'ouvrir une procédure d'investigation, un canton étant à même de refuser son accord s'il est en mesure de poursuivre et de juger lui-même.

Les discussions en commission ont toutefois montré que cette voie n'était également pas la plus adéquate, car elle aussi était hautement susceptible de poser plus de problèmes que d'en résoudre. Quid, par exemple, si cinq cantons sont concernés et que l'un d'entre eux ne donne pas son accord? L'attribution de compétence à ce canton intervient-elle d'office ou faut-il encore s'en remettre au pouvoir de décision de la Chambre d'accusation du Tribunal fédéral? Quid encore si un canton est manifestement en mesure de poursuivre et qu'il donne tout de même son accord pour des motifs qui peuvent par exemple tenir à la protection de sa propre place financière? Nous sommes finalement arrivés à la conclusion que nous pourrions adopter une formule potestative si les critères de répartition de compétence entre la Confédération et les cantons étaient plus clairement déterminés.

La commission a décidé de ne pas mentionner le recours obligatoire à l'accord des cantons, car cela aurait signifié leur conférer un droit de veto susceptible d'affaiblir l'efficacité de la poursuite de ces types de criminalité. Au surplus, cela aurait été à l'inverse des revendications de la Commission pour la criminalité organisée et la criminalité économique de la Conférence des chefs de départements cantonaux de justice et police qui souhaitait, à défaut de «Muss-Vorschrift», au moins une délimitation claire du partage des compétences entre la Confédération et les cantons.

Nous avons également renoncé à mentionner le recours obligatoire à l'avis des cantons. L'argument qui a plaidé dans ce sens a été amené par le Ministère public de la Confédération qui a précisé que, dans la pratique, cela allait déjà de soi. Le Ministère public de la Confédération dispose déjà, sur la base de l'article 259 de la loi fédérale sur la procédure pénale et de l'article 29 alinéa 4 de la loi fédérale sur les stupéfiants, d'une compétence d'investigation, et il est d'usage que, dans ce domaine, le Ministère public de la Confédération prenne contact avec le ou les cantons. La commission a donc renoncé à introduire dans la loi ce qui devait être considéré comme un cours normal des choses, voire comme une tradition.

La commission s'est prononcée en faveur d'une compétence d'investigation du Ministère public de la Confédération en privilégiant la structure proposée par le Conseil fédéral, c'està-dire l'énumération de critères alternatifs élevés au rang de conditions générales à l'article 340bis alinéa 1er du Code pénal. Ces conditions générales sont les suivantes:

Lettre a: si «les actes punissables ont été commis pour une part prépondérante à l'étranger». Nous avons privilégié la formulation «part prépondérante» à celle du projet du Conseil fédéral, car nous avons considéré que le recours au terme «partiellement» pourrait constituer une espèce de passe-partout pour le Ministère public de la Confédération.

Lettre b: en l'absence de «centre de gravité net». Cette formulation a pour objectif d'éviter que le Ministère public de la Confédération ne conduise la procédure d'investigation dans les cas qui sont purement intracantonaux.

Lettre c: en l'absence manifeste de ressources suffisantes pour assurer la poursuite efficace de l'infraction. L'emploi du terme «manifeste» trouve sa justification dans le fait qu'il faut pouvoir déterminer immédiatement au début de la procédure si un canton est objectivement à même d'assumer une telle compétence ou non.

Par «ressources suffisantes», il faut comprendre aussi bien les ressources en personnel – corps de police ou autorités de poursuite pénale – que la qualification du personnel à disposition – spécialistes en économie, en informatique –, ainsi que l'infrastructure à disposition. Il va de soi, aux yeux des membres de la commission, que l'examen de ce critère doit se faire de concert et en étroite collaboration avec le canton concerné, afin d'éviter que la Confédération n'exerce son pouvoir d'appréciation de manière arbitraire.

La Confédération ne peut conduire des investigations que lorsqu'au moins l'une des conditions alternatives que je viens de mentionner est réalisée. En outre, il doit bien évidemment s'agir d'infractions graves relevant du domaine de la criminalité organisée ou de la criminalité économique. Toutefois, même lorsque ces conditions sont remplies, le Ministère public de la Confédération peut renoncer à se charger des investigations, par exemple si la procédure est déjà très avancée dans un canton.

Par 6 voix contre 3 et avec 1 abstention, votre commission a rejeté l'introduction de la «Muss-Vorschrift», tout en insistant sur le fait que la «Kann-Vorschrift» devait demeurer une solution provisoire jusqu'à la création d'un tribunal fédéral de première instance.

La Confédération mènera donc à l'avenir des investigations non seulement dans les affaires de drogue, mais son engagement est prévu partout où il existe des indices que des organisations criminelles sont impliquées. Avant l'ouverture d'une procédure d'investigation par le Ministère public de la Confédération, le cas relève de la juridiction cantonale et les autorités cantonales doivent donc procéder à tous les actes d'enquête qui ne peuvent être retardés. Il est alors du devoir



des cantons d'avertir immédiatement les Offices centraux de police, au sens du nouvel article 8 de la loi fédérale sur les offices centraux de police criminelle de la Confédération. Le but est qu'il ne puisse pas se dérouler de recherches dans un canton en matière d'infractions tombant sous le coup du nouvel article 340bis CP sans que le Ministère public de la Confédération et/ou les autres cantons impliqués dans l'affaire en soient informés. Le Ministère public de la Confédération pourra, aux conditions mentionnées dans ce nouvel article, ouvrir une procédure d'investigation menée selon la procédure pénale fédérale en s'assurant l'assistance non seulement des autorités de police cantonales, mais aussi des Offices centraux de police criminelle de la Confédération. Si la procédure d'investigation fournit des éléments suffisants, le Ministère public de la Confédération transmet le dossier pour instruction préparatoire au juge d'instruction fédéral. A la clôture de l'instruction et afin qu'un procureur cantonal n'ait pas à s'investir dans des dossiers le plus souvent fort volumineux, il est prévu que la procureure générale de la Confédération ou l'un des ses substituts soutienne alors l'accusation devant le tribunal cantonal. Ce faisant, le Ministère public de la Confédération devra se conformer au droit de procédure cantonal, et la Confédération paiera les frais de la procédure. Quant à la proposition de minorité, je ne sais pas, Monsieur le Président, si M. Marty Dick souhaite réargumenter en ce qui concerne la proposition qu'il défend et qu'il avait largement développée dans le débat d'entrée en matière ou si je peux poursuivre directement avec les considérations relatives à cette même proposition.

Marty Dick (R, TI): C'est vrai, Madame Brunner, j'ai eu l'occasion de développer largement ma proposition de minorité. C'était lors de la dernière session. Le débat a été ensuite abruptement interrompu et je pense qu'il n'est pas inutile de rappeler quelques arguments pour qu'il y ait au moins une confrontation dialectique correcte sur ce point essentiel de la réforme. Je vous demande encore donc quelques instants d'attention

Tout d'abord, permettez-moi d'exprimer mon inquiétude devant la lenteur des institutions et souvent leur incapacité à réagir rapidement et avec efficacité aux changements sociaux qui sont en cours. Nous en avons eu une démonstration flagrante ce matin même. Le 7 mars 1993, le peuple suisse a voté l'arrêté fédéral supprimant l'interdiction des maisons de jeu et donnait ainsi la possibilité et libre cours à la création d'une loi sur les maisons de jeu. Nous sommes en décembre 1998 et nous discutons encore des divergences et, en dehors de ces murs, nous voyons quel chaos il y a dans le domaine des maisons de jeu. C'est ça l'incapacité des institutions de répondre à l'évolution de la réalité, aux changements sociaux en cours. Dans le domaine qui nous occupe maintenant, celui de la criminalité organisée, ce retard est grave et, vu le danger qui existe, ce retard est impardonnable.

J'en viens maintenant encore brièvement à cette «Kann-» ou à cette «Muss-Vorschrift». Le Conseil fédéral prévoit et la majorité de la commission propose de donner au Ministère public de la Confédération la possibilité d'intervenir dans les cas particulièrement complexes, dans les cas de criminalité intercantonale et internationale. Qu'est-ce que cela veut dire «peut»? Si on dit «peut», cela veut dire aussi «ne peut pas» et «ne doit pas». Si on peut ou ne doit pas, sans préciser très clairement quels sont les critères de ce «peut», on introduit l'arbitraire, l'inégalité de traitement; on introduit et on programme le conflit de compétence entre la Confédération et les cantons et, surtout, on n'est pas efficace. La «Muss-Vorschrift», c'est vrai, ça présuppose un grand changement, mais celui-ci correspond au changement spectaculaire de la criminalité organisée, un changement en cours ces dernières années et qui préoccupe aujourd'hui tout le monde, à tel point que l'Europe est en train de concentrer ses compétences et ses moyens pour combattre le crime organisé. Je pense à l'accord de Schengen, à Europol, et il y a toute une dynamique en cours de concentration des moyens. Et nous sommes encore en train de discuter argent entre cantons et Confédération!

Nous proposons qu'en ce domaine, il y ait une juridiction fédérale pour les cas les plus graves et les plus complexes de criminalité, comme cela existe dans pratiquement tous les Etats fédératifs. Vous me direz: «Les cantons ne sont pas disposés à concéder ces compétences à la Confédération.» C'est faux. La Conférence des chefs des départements cantonaux de justice et police estime que cette solution, celle de la création d'une juridiction fédérale, c'est-à-dire la solution de la minorité, est pour elle la solution idéale. D'ailleurs, déjà aujourd'hui, pour la fausse monnaie, il y a une juridiction fédérale. Il y a une compétence primaire du Ministère public de la Confédération. Ce n'est pas une «Kann-Vorschrift», c'est une «Muss-Vorschrift». Alors, pourquoi ce qui est valable aujourd'hui pour la fausse monnaie ne devrait pas être valable pour la criminalité la plus grave, la plus complexe?

En fait, il n'y a qu'un seul argument contre notre proposition. Cet argument est très suisse: «C'est trop cherl» Avec un calcul fait au pifomètre, on nous dit: «100 millions de francs par année». Admettons ces 100 millions de francs par année, mais voilà une vision bien comptable des problèmes. On oublie de dire que les dépenses des cantons seront allégées, qu'il y aura une diminution des dépenses des cantons et que ce transfert de compétence et de charge financière pourrait rès bien être inséré dans la péréquation financière qui est en train d'être complètement revue. On oublie surtout de dire qu'en ayant une compétence fédérale comme beaucoup d'autres Etats fédératifs, on gagnerait en efficacité.

Imaginez qu'aujourd'hui les autorités étrangères ne savent iamais très bien où elles doivent s'adresser. Une fois, c'est à Bellinzone; une fois, c'est à Genève; une fois, c'est à Herisau; une fois, c'est ailleurs encore. Une compétence et une direction fédérales n'empêchent pas que les fonctionnaires et les spécialistes seront présents sur le terrain. Les efforts et les investissements que les cantons ont pu faire en ce domaine ne seront ainsi pas perdus, ils seront intégrés dans la structure fédérale, et on aura un réseau vraiment coordonné. Mais c'est trop cher, nous dit-on, 100 millions de francs par année! Dois-je vous rappeler que, pour l'agriculture, nous allons dépenser l'année prochaine plus de 4 milliards de francs. Je ne dis pas que c'est faux. Je fais des comparaisons pour voir avec quels moyens on répond à certains phénomènes. Je lis toujours dans le budget 1999, un livre très instructif, que, pour les munitions - attention, pas pour l'armée, uniquement pour les munitions - on dépense 157 millions de francs par année. Je ne dis pas que c'est faux, mais je ne comprends pas pourquoi 157 millions de francs pour les munitions, c'est juste, alors que 100 millions de francs pour la lutte contre la criminalité économique et contre le crime organisé, c'est trop. Je voudrais entendre la rapporteuse se prononcer sur ces aspects.

Pour l'autre matériel d'armement, on dépense 1,2 milliard de francs par année. Je ne dis pas que c'est faux. On dit que c'est juste de dépenser 1,2 milliard de francs, on nous dit que 100 millions pour la criminalité organisée, c'est trop. Cette «Diskrepanz», cet écart entre les dépenses n'a pas été inventé par moi. Je l'ai lu dans le rapport d'une commission qui ne peut pas être suspecte d'être contre l'armée ou d'être un groupuscule d'extrême gauche. Il s'agit de la commission qui a été chargée d'étudier les questions stratégiques de notre pays, la fameuse commission Brunner. Et qu'écrit cette commission? J'ai déjà cité ce passage, mais je le recite en allemand:

«Die bestehende Diskrepanz zwischen den Mitteln zur Abwehr des organisierten Verbrechens und jenen der klassischen militärischen Verteidigung ist besonders bemerkenswert, wenn man sich die realen Gefahren bewusst macht. Experten meinen, die organisierte Kriminalität könnte bald einmal zu einer der grössten globalen Bedrohungen werden.» Vous voyez donc que ce discours a été parfaitement perçu par ceux qui se sont penchés sur les problèmes stratégiques de notre pays. En fait, nous vous demandons de faire ce que la Suisse du siècle passé a fait avec détermination et courage: les armées étaient alors cantonales dans notre pays; et lorsqu'on s'est aperçu qu'en dehors de nos frontières les dangers étaient tels que toutes ces innombrables petites ar-

mées ne constituaient plus une défense suffisante, on a eu le courage de faire un grand chambardement et on a institué une armée fédérale. Pourquoi ne pas le faire aujourd'hui, devant ce qui est effectivement à l'heure actuelle la plus grande menace, celle du crime organisé, qui, à travers la corruption, est en train d'infiltrer l'économie, les institutions de l'Etat dans de nombreux pays? N'a-t-on pas la responsabilité de faire aujourd'hui un acte de courage et de centraliser ces compétences pour répondre avec efficacité, au lieu de mettre en place un système «à la Suisse»?

«Le Ministère public de la Confédération peut»: on se chicanera avec les cantons, comme on se chicane aujourd'hui pour le partage du butin — cet argent confisqué est dévolu à l'Etat, et lorsque la Confédération fait un petit quelque chose et les cantons de même, on se chicane comme des chiens avec un os. Je crois que l'on devrait aujourd'hui répondre à ce grand défi avec un acte de courage, un acte de responsabilité, avant que les événements ne nous contraignent à le faire, et lorsque ce sera le cas, ce sera peut-être un peu trop tard.

Danioth Hans (C, UR): Wir haben von unserem kompetenten Kollegen Marty eine sehr umfassende Darstellung der Problematik gehört. Ich meine, seine fast visionäre Ausführung habe verschiedene Aspekte, welche es verdienten, weiterverfolgt zu werden. Vor allem möchte ich zu Beginn eines sagen: Wenn er auf diese Studie hinweist, wonach die Abwehr des organisierten Verbrechens zu den wichtigsten Staatsaufgaben gehört, dann kann ich ihm nur zustimmen. Das war ja nicht zuletzt ein Grund dafür, dass wir im Staatsschutzgesetz, das jetzt in Kraft getreten ist, festgehalten haben, dass die Bekämpfung der organisierten Kriminalität zur Aufgabe des präventiven Staatsschutzes gehört, dass hier mithin in erster Linie der Bund angesprochen ist, als Informant, vor allem vom Ausland gegenüber den Kantonen, aber auch als Koordinator. Hier hat der Bund nach meiner Meinung die richtigen Schlussfolgerungen bereits gezogen.

Nun zu diesem Vorschlag: Die Fassung der Kommissionsmehrheit zum wohl wichtigsten, zentralsten Artikel der ganzen Vorlage ist nicht mit einem Zufallsmehr zum Beschluss erhoben worden. Frau Brunner hat das ausgeführt. Die Fassung ist vielmehr das Produkt eines längeren Meinungs- und Mehrheitsbildungsprozesses und kann als ausgewogenes Modell bezeichnet werden.

Es handelt sich um einen vertretbaren Kompromiss zwischen dem, das räume ich ein, allzu autoritativen Vorschlag des Bundesrates, der in den meisten Fällen die Bundesanwaltschaft für oder gegen die Bundeszuständigkeit entscheiden lässt, der dem Bundesanwalt die Auslesemöglichkeiten weitgehend lässt – der Ausdruck «Rosinenpickerei» ist in der Kommission tatsächlich gefallen –, und dem Modell der Minderheit, das einen nach meiner Meinung zu radikalen Bruch mit der gegenwärtigen Abgrenzung zwischen Bund und Kantonen und mit der Praxis bringen würde.

Zur Abgrenzung gegenüber dem Entwurf des Bundesrates: Die sehr vage Formulierung des Bundesrates hätte die Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Bundesanwaltschaft und kantonalen Strafverfolgungsbehörden im Einzelfall nahezu immer in das Belieben der Bundesanwaltschaft gelegt; hier pflichte ich Herrn Marty bei. Aber wir haben hier das Ermessen, und das Ermessen muss pflichtgemäss ausgeübt werden, das gilt selbstverständlich auch für diese Entscheide.

Dieses pflichtgemässe Ermessen der Bundesanwaltschaft ist nun nach der Kommissionsmehrheit an objektive Einschränkungen im Gesetz gebunden. Es genügt nicht, dass ein noch so geringer Teil der Straftaten im Ausland begangen wurde, was ja sehr oft der Fall ist, sondern es muss sich um «wesentliche» Teile handeln. Die Sache kann sodann, wenn ein wesentlicher Auslandbezug besteht, von der Bundesanwaltschaft nur dann an sich gezogen werden, wenn kein eindeutiger Schwerpunkt in einem Kanton besteht, andemfalls die Zuständigkeitsabgrenzung zwischen den Kantonen zu Problemen führt.

Beim dritten Anwendungsfall tat sich die Kommission am schwersten; hier geht es um jene Verfahren, die in einem

kleinen Kanton anfallen, welcher durch ein solches Verfahren im Hinblick auf seine personellen wie materiellen Ressourcen überfordert wäre. Diese Prämisse wurde u. a. durch Beifügung des Wortes «offensichtlich» im Antrag der Mehrheit objektiviert. Man wollte der Bundesanwaltschaft nicht leichthin als Vorwand zur Eröffnung eines Verfahrens die Annahme in die Hand geben, «voraussichtlich» werde ein Kanton nicht in der Lage sein, ein anfallendes Verfahren ordnungsgemäss durchzuführen.

Respekt gegenüber der kantonalen Souveränität im Strafverfahren und damit gegenüber dem föderalistischen Einvernehmen ist sicher angezeigt. Dieser Respekt wurde auch durch die Ausführungen der Berichterstatterin verstärkt, die Bundesanwaltschaft müsse vorher mit den betroffenen Kantonen in jedem Fall Kontakt aufnehmen. Mit dieser Formulierung der Mehrheit wird niemand diskriminiert und ein Optimum an Kooperation erreicht. Beim Modell der Minderheit wären - darauf möchte ich noch speziell hinweisen - Kompetenzkonflikte vorprogrammiert, denn dort wird nirgends festgehalten, wer die Abgrenzung von der Regel zur Ausnahme vornehmen soll, wer sagt, die Bundesgerichtsbarkeit sei bei Eintreten der Bedingungen nach den Buchstaben a und b nicht gegeben. Beim Modell von Bundesrat und Mehrheit ist dies indessen klar die Bundesanwaltschaft. Wir haben diese Kompetenzkonflikte hier zwar nicht völlig beseitigt gebe ich zu -, aber wir haben eine zuständige Behörde.

Es ist auch auf die Frage des Volumens hingewiesen worden. Ich bin der Meinung, dass mit dem Modell Marty Dick schlagartig ein gewaltiges Volumen auf den Bund zukärne. Man könnte zwar sagen, dass diese 100 Millionen dann bei den Kantonen eingespart würden. Dies ist auch der Grund, warum die Kantone, die sich geäussert haben, das Modell Marty Dick grösstenteils befürworten. Es geht aber nicht nur um die finanziellen Ressourcen; ich bin der festen Überzeugung, dass die personellen Mittel dazu beim Bund gar nicht vorhanden wären. Man müsste gewaltige Einstellungen vornehmen. Damit würde eine eigentliche stille Entmachtung der Kantone im Bereich des Strafrechtes vor sich gehen, was niemand will.

Ich möchte vor allem auch auf den Aspekt der Akzessionsdelikte hinweisen. Bei der organisierten Kriminalität gibt es ja nicht nur diese Spezialdelikte, sondern es werden auch Vermögensdelikte, Urkundenfälschungen, Sachbeschädigungen, Veruntreuungen usw. begangen, die zu beurteilen die Kantone durchaus in der Lage sind. Auch deshalb glaube ich, dass die Zustimmung zu diesem Antrag unserer gewachsenen Ordnung der Verteilung von Zuständigkeiten zwischen Bund und Kantonen wirklich nicht Rechnung tragen würde. Die Lösung der Mehrheit vermeidet einen übermässigen Bruch mit der bisherigen Zuständigkeitsordnung. Auf der anderen Seite respektiert sie in bestmöglicher Weise die Souveränität der Kantone. Sie trägt zur wünschenswerten und heute bestmöglichen Effizienzsteigerung bei.

Schlesser Fritz (R, GL): Gestatten Sie auch dem dritten Vertreter der Minderheit noch einige kurze Bemerkungen zu dieser Problematik. Ich möchte vorausschicken, dass der Antrag der Mehrheit gegenüber dem Entwurf des Bundesrates erhebliche Verbesserungen mit sich bringt, aber er bleibt auf

len. Ich glaube, dass wir hier eine gute Lösung haben.

halbem Wege stehen, und zwar deshalb, weil wir uns der Grundsatzproblematik, die wir diskutieren, wahrscheinlich

nicht in ihrer voller Tragweite bewusst sind.

Wenn wir uns vergegenwärtigen, wie sich die Situation in den letzten zehn Jahren verändert hat, was an organisierter Kriminalität auf uns zugekommen ist, heute auf uns zukommt und voraussichtlich in naher Zukunft auf uns zukommen wird, dann kann ich nicht begreifen, warum wir heute nicht den Mut haben, einen wirklichen Schritt zu tun, mit dem wir unserem Staat ein Mittel in die Hand geben, um gegen diese organisierte Kriminalität anzukämpfen.

Ich spreche hier als Vertreter eines kleinen Kantons, und ich muss feststellen, dass ein kleiner Kanton sehr rasch nicht mehr in der Lage ist, ein umfangreiches Strafverfahren durch-



zuführen, sobald ein grösserer Täterkreis auftritt. Wir haben das in meinem Kanton in den letzten Jahren erlebt. Das geht anderen Kantonen genau gleich. Es geht aber auch grösseren Kantonen nicht besser, wenn ich z. B. daran denke, was wir im Fall Basel – Basel-Stadt und Basel-Landschaft – in letzter Zeit erlebt haben.

Wir kommen nicht mehr darum herum, in diesem Land ein wirklich schlagkräftiges Instrument zu schaffen, um in erster Linie gegen die organisierte Kriminalität anzukämpfen und uns nicht darauf zu konzentrieren, in den Kantonen gegen die kleine und mittlere Kriminalität anzugehen.

Es wird uns gesagt, dass das 100 Millionen Franken kosten würde. Ich bin überzeugt, dass das Schweizervolk diese 100 Millionen Franken, sofern sie dem Bund überhaupt entstünden, noch so geme für diesen Zweck einsetzen würde, wenn wir damit wirklich ein Instrument schaffen, um gegen die organisierte Kriminalität anzugehen. Im übrigen sind das 2 Promille des Staatshaushaltes.

Kollege Marty hat darauf hingewiesen, dass die Kommission Brunner in ihrem Bericht darauf aufmerksam gemacht hat, welche Bedrohung die organisierte Kriminalität für unseren Staat in Zukunft darstellen wird. Wir verharren hier immer noch im alten Muster, indem wir zuwenig daran denken, diese organisierte Kriminalität in die Strategie der Landesverteidigung einzubinden und dass ihr dort der entsprechende Stellenwert zu geben ist.

Auch die Justizminister der Kantone sagen ganz klar, dass ihnen der Schritt, wie ihn die Mehrheit beantragt, nicht genügt. Ich zitiere aus einem Schreiben der Kommission gegen organisierte Kriminalität und Wirtschaftskriminalität der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren vom 21. August dieses Jahres. Es heisst darin zum Antrag der Minderheit Marty Dick: «Diese Lösung ist für die Kantone an sich die akzeptabelste. Sie bringt die klarste Abgrenzung der Bundeskompetenzen von den kantonalen Kompetenzen, die wirksamste Verstärkung des Kampfes gegen die Kriminalität und für die Kantone auch die grösste Entlastung. Es ist darauf hinzuweisen, dass in der Anhörung durch die ständerätliche Kommission für Rechtsfragen am 28. Mai 1998 durch die Vertreter der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren diese Lösung als die anzustrebende, mit welcher die Kantone einverstanden wären, genannt wurde.»

Wenn schon die zuständigen Regierungsräte in den Kantonen diese Auffassung gegenüber unserer Kommission für Rechtsfragen vertreten, müssten wir als Standesvertreter diese Position ernst nehmen und uns wirklich fragen, ob die Mittellösung, wie sie jetzt auch von Kollege Danioth empfohlen worden ist, genügt. Ich möchte Sie bitten, der Minderheit zu folgen und an den Zweitrat zu appellieren, diese Sache noch einmal zu erörtern. Ich habe den Eindruck, dass man in diesem Rat durchaus der Auffassung ist, man sollte etwas weiter gehen als die Mehrheit, aber heute einfach nicht den Mut aufbringt, diesen Schritt zu tun.

Ich bitte Sie, heute diesen Schritt zu tun. Der Nationalrat kann die Sache, sofern nötig, noch einmal erörtern. Wenn Sie den Minderheitsantrag ablehnen, dann befürchte ich, wird diese Frage wieder vom Tisch sein, und wir werden in wenigen Jahren wahrscheinlich aufgrund der wiederum veränderten faktischen Verhältnisse darauf zurückkommen müssen; dann haben wir eine Chance verpasst. Ich bitte Sie, diese Chance heute zu packen.

Koller Arnold, Bundesrat: Ich habe es schon in meinem einleitenden Referat gesagt: Der Bundesrat ist mit den Präzisierungen, wie sie die Mehrheit der Kommission für diese Kann-Kompetenz des Bundes auf dem Gebiet der Wirtschaftskriminalität und des organisierten Verbrechens angebracht hat, einverstanden.

Ich muss mich daher vor allem zum Antrag der Minderheit Marty Dick äussern: Herr Marty, Sie haben die Langsamkeit unserer Institutionen und der Gesetzgebung beklagt. Ich gebe gerne zu, dass das Spielbankengesetz, das wir soeben behandelt haben, nicht ein Beispiel sehr speditiver Gesetzgebung ist — übrigens aus Gründen, die wir Ihnen offen dargelegt haben.

Wir sollten unser Licht, das auch vorhanden ist, aber nicht unter den Scheffel stellen, Herr Marty. Gerade auf dem Gebiet der Bekämpfung der organisierten Kriminalität war der schweizerische Gesetzgeber musterhaft rasch. Wir sind im Jahre 1990 das erste Land in Europa gewesen, das Geldwäschereistrafnormen erlassen hat – das erste Land in Europal Wir haben kurz darauf die neuen Strafnormen betreffend die organisierte Kriminalität und die Einziehung erlassen, die auch heute noch musterhaft sind, weil sie vor allem auch eine effiziente Einziehung von kriminellen Geldern erlauben.

E

Der Vorteil dieser Taktik, die wir eingeschlagen haben, ist der folgende: Weil wir uns bewusst gewesen sind, dass wir uns in einer Art Wettrennen mit dem organisierten Verbrechen befinden, haben wir auf eine grosse Gesamtkonzeption verzichtet. So, wie ich die schweizerische Politik kenne, bin ich fast sicher, dass wir heute überhaupt nichts hätten, wenn wir zu Beginn der neunziger Jahre eine grosse Gesamtkonzeption, ein neues Polizei- und Strafverfolgungssystem Schweiz, präsentiert hätten. Heute anerkennen alle Strafverfolgungsbehörden, dass das materielle Strafrecht dank diesem etappenweisen Vorgehen auf der Höhe der Zeit ist. Das ist eine Leistung, die wir – so glaube ich – anerkennen dürfen. Der schweizerische Gesetzgeber hat hier auch im internationalen Vergleich bewiesen, dass er sehr rasch und effizient handeln kann.

Ich gebe aber gerne zu, dass jetzt, nachdem wir das materielle Strafrecht auf die Höhe der Zeit gebracht haben, noch Verbesserungen im Vollzugsbereich nötig sind. Das ist unbestritten. Auch hier stellt sich aber die Frage, mit welchem Vorgehen wir am raschesten zum Ziel kommen. Der Bundesrat ist zutiefst überzeugt, dass wir im Vollzugsbereich am raschesten zum Ziel kommen, wenn wir wiederum schritt- und etappenweise vorgehen.

Ich habe es Ihnen im einleitenden Referat klar dargelegt: Wenn Sie anstelle dieser Kann-Bestimmung eine obligatorische Bundeskompetenz schaffen, dann hat das nicht nur die erwähnten 100 Millionen Franken Kosten zur Folge; das würde meinen Kollegen Villiger vielleicht mehr beeindrucken als mich. Es ist vielmehr so, dass wir das angesichts der Grösse der Aufgabe rein vom Personal her nicht rechtzeitig realisieren können.

Ich habe im einleitenden Referat auch ausgeführt, dass wir heute Kantone haben, die Hunderte von Leuten auf diesem Gebiet der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität im Einsatz haben. Ich habe Ihnen die Zahlen von Zürich genannt. Wenn Sie dem Antrag der Minderheit zustimmen, ist die Möglichkeit, dass die Kantone und die betroffenen Personen bereit wären, dass diese zum Bund transferiert würden, gering. Sie kennen die Mobilität unseres Volkes, Herr Marty.

Glauben Sie wirklich, dass diese Leute ohne weiteres bereit wären, ihre Stelle in Zürich, in Basel oder in Genf aufzugeben, um hier beim Bund verfügbar zu sein? Ich glaube, dass dieser Weg schlicht nicht begehbar ist.

Deshalb haben wir den Weg gewählt, eine Kann-Kompetenz zu schaffen. Wenn diese Vorlage in Ihrem Rat und auch im Nationalrat speditiv behandelt wird, wird das zur Folge haben, dass schwerwiegende Fälle von Wirtschaftskriminalität – wie etwa der Fall European King's Club –, die vor allem kleinere Kantone überfordern, tatsächlich von der Bundesanwaltschaft übernommen werden können.

Demgegenüber bin ich überzeugt: Wenn Sie dem Antrag der Minderheit zustimmen, wird das die ganze Vorlage um Jahre hinauszögern, weil wir schlicht das Personal nicht haben, um diese obligatorische Bundeskompetenz tatsächlich auch effizient auszuüben.

Aus diesem Grunde – und weil der Faktor Zeit auf diesem Gebiet sehr wichtig ist – muss ich Sie bitten, dem Entwurf des Bundesrates bzw. dem Antrag der Mehrheit der Kommission zuzustimmen.

Brunner Christiane (S, GE), rapporteuse: M. le président avait omis de me redonner la parole avant M. le conseiller fédéral. J'aimerais rajouter quand même trois arguments. D'une part, la commission – bien que je partage à titre personnel l'argumentation de M. Marty sur la comparaison entre

les dépenses affectées à la défense militaire dans notre pays par rapport aux moyens engagés dans la lutte contre la criminalité — n'a pas suivi que des arguments d'ordre financier, mais également d'autres arguments, notamment la question, que vient de rappeler M. le conseiller fédéral, des cantons qui ont énormément investi dans la poursuite de ce type de criminalité. Je dois dire, à titre personnel, que je ne suis pas bien convaincue que le canton de Genève, par exemple, renoncerait si aisément à poursuivre l'investigation dans le dossier Mikhaïlov — qui fait en ce moment la une de l'actualité — et transmettrait cette affaire sans problème à la Confédération. Il se pose aussi la problématique soulevée par M. le conseiller fédéral de savoir finalement si ces gens seraient transférables simplement des autorités de poursuite cantonales aux autorités de poursuite fédérales.

Je dois dire que notre commission a aussi pris en compte, à juste titre je pense, la diversité des intérêts cantonaux et que, au vu de cette diversité, si on allait dans la direction souhaitée par la minorité, on aurait peut-être fait un grand pas pour la lutte contre le crime organisé, mais en même temps on aurait probablement beaucoup de peine à réaliser ce pas. Dans le même jet, en tant que présidente de commission, j'étais quand même chargée de mettre une fin à la discussion sur la loi fédérale sur la procédure pénale visant la dissociation des fonctions du procureur de la Confédération, que l'on traitera tout à l'heure. Dans un premier élan, on avait dit qu'il fallait aller dans cette direction-là, et puis quand on a vraiment vu toutes les implications que cela supposait, la commission a été chargée d'enterrer la décision qui avait été prise à l'époque. Et j'ai bien peur qu'en suivant la proposition de minorité on n'aille exactement dans la même direction. C'est pourquoi je vous invite à adopter la proposition de la majorité de la commission.

Marty Dick (R, TI): Je m'excuse d'intervenir une fois de plus, mais je crois qu'il faut quand même préciser très brièvement deux ou trois aspects, pour que chacun puisse se prononcer sur la base de faits réels, et non pas sur des malentendus. Tout d'abord, Monsieur le Conseiller fédéral, quand vous dites que la Suisse a réagi très rapidement dans le domaine du blanchiment d'argent, permettez-moi d'être un peu perplexe. L'année demière sont entrées en vigueur des dispositions que les gens qui étaient au front, dont je faisais partie, demandaient déjà au début des années quatre-vingt. On a dû attendre plus de quinze ans pour que ces mesures soient prises! Et que la Suisse soit l'avant-garde dans ce domaine, je dis que c'est la moindre des choses, parce que si l'on veut être une place financière parmi les plus importantes du monde, on doit aussi savoir se protéger contre le blanchiment d'argent. Mon intervention est justifiée par le fait que vous faites croire que si la proposition de minorité était adoptée, tous les fonctionnaires des cantons seraient centralisés à Berne. Comme si on voulait proposer de construire «ein Hochhaus» et y mettre tous ceux qui sont chargés de combattre la criminalité! Mais non! Lorsqu'on a créé l'armée fédérale et qu'on a fusionné les armées cantonales, on n'a pas transporté tous les soldats de la Suisse à Berne! Ces gens resteront sur le terrain. Ils seront sur le terrain, là où la criminalité l'exige, et c'est clair qu'ils seront surtout à Zurich, à Genève, à Lugano, à Bâle. C'est évident, mais on aura l'avantage que ces agents auront une compétence qui ne s'arrêtera pas au Baregg, ou qui ne s'arrêtera pas au bout du lac Léman. Ce seront des gens qui auront une compétence sur l'ensemble du territoire, qui seront coordonnés. Il n'y a donc aucun problème. Les investissements qu'ont faits les cantons seront actualisés et ils seront mis au profit de tout le pays. Et plus on attend, plus chaque canton trouvera ses propres solutions, fera des investissements dans son petit coin avec des fonctionnaires qui seront compétents seulement dans leur petit jardin, alors qu'on pourrait avoir un ensemble de gens sur tout le territoire qui agissent d'une façon coordonnée. Voilà, donc, pas de centralisation à Berne, pour l'amour du ciel!

Koller Arnold, Bundesrat: Das Verdienst, dass die Schweiz das erste Land in Europa war, das Geldwäschereistrafnor-

men in Kraft treten liess, kann man uns nicht wegnehmen, Herr Marty. Wir sind nicht immer die Schnellsten, wir sind hie und da sogar langsam, aber die Schweiz war 1990 eindeutig das erste Land in Europa, das Geldwäschereistrafnormen einführte. Dieses Faktum sollte man nicht wegdiskutieren. Was die Organisation einer solchen Bundeskompetenz anbelangt, ist mir auch klar, dass wir nicht alle Kompetenzen in Bern konzentrieren würden. So sind auch die amerikanischen Verhältnisse; das FBI ist auf die ganzen USA verteilt. In jedem Land ist das so. Ich kenne aber auch die Realitäten. Das sind Spezialisten mit hohem Fachwissen. Ob die Kantone innert nützlicher Frist bereit wären - sie behalten ja die übrigen Kompetenzen in der Strafverfolgung trotzdem -, nun Hunderte von Personen, die dieses Spezialwissen haben, an den Bund abzutreten, ist eine ganz grosse, ungelöste Frage. Deshalb bin ich überzeugt: Wenn Sie hier der Minderheit zustimmen, wird das Resultat auf jeden Fall ein grosser Zeitverlust sein. Wir können uns diesen Zeitverlust auf diesem Gebiet nicht leisten.

Abstimmung – Vote Für den Antrag der Mehrheit Für den Antrag der Minderheit

25 Stimmen 11 Stimmen

Art. 344 Ziff. 1

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 344 ch. 1

Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 374 Abs. 1

Antrag der Kommission

.... Urteile der Bundesstrafbehörden und die Urteile, die gemäss Artikel 340bis StGB in die Bundesgerichtsbarkeit fallen, gegen

Art. 374 al. 1

Proposition de la commission

.... de la Confédération et les jugements relevant de la juridiction fédérale en vertu de l'article 340bis CPS.

Brunner Christiane (S, GE), rapporteuse: L'article 374 du Code pénal doit se lire en corrélation avec l'article 265quinquies de la loi fédérale sur la procédure pénale. Le projet adopté par le Conseil fédéral ne portait pas sur la révision de ces deux dispositions. Notre commission a estimé que ces révisions étaient nécessaires et a souhaité, en quelque sorte, combler une lacune du projet présenté par le Conseil fédéral, voire corriger une inégalité.

Le projet du Conseil fédéral prévoyait, certes, que la Confédération devait supporter les frais de procédure relatifs à un procès fondé sur l'article 340bis, lorsque le Ministère public de la Confédération soutient l'accusation devant les autorités cantonales. Cependant, l'absence de la mention de l'article 340bis du Code pénal dans l'article 374 alinéa 1er conduirait à faire supporter aux cantons les frais d'exécution des jugements rendus par les autorités cantonales en application de l'article 340bis du Code pénal, sans pour autant bénéficier d'une contre-prestation, attendu que le projet du Conseil fédéral prévoit que lorsque le Ministère public de la Confédération ouvre une procédure d'investigation, les amendes et les valeurs séquestrées sont acquises à la Confédération. La commission a, au surplus, décidé de clarifier la question de la prise en charge des frais d'exécution des jugements en proposant d'introduire une règle expresse dans la loi fédérale sur la procédure pénale, lorsque le procureur général soutient l'accusation devant les tribunaux cantonaux. Il s'agit alors, plus loin, du nouvel article 265quinquies. Avec l'adoption de ces deux dispositions, les frais d'exécution des jugements dans le domaine de la compétence fédérale, au sens de l'article 340bis, doivent clairement être supportés par la Confédération.

Angenommen - Adopté

Ziff. II Ziff. 1 Art. 18, 18bis Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. II ch. 1 art. 18, 18bis Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Ziff. 1 Art. 260

Antrag der Kommission

.... kantonalen Strafverfolgungsbehörden über die

Ch. 1 art. 260

Proposition de la commission

.... les autorités cantonales de poursuite pénale au sujet

Brunner Christiane (S, GE), rapporteuse: A l'article 260 PPF, par l'ajout des termes «les autorités cantonales de poursuite pénale», votre commission a souhaité que les éventuels litiges, particulièrement les conflits de compétence qui pourraient surgir entre le procureur général de la Confédération et les cantons dans l'application de l'article 340bis CP, soient mis sur un plan exclusivement judiciaire, et en conséquence que les autorités politiques ne puissent pas être considérées comme parties. Nous nous sommes d'autre part ralliés à l'argumentation de l'administration fédérale, et nous avons renoncé à introduire un délai pour saisir la Chambre d'accusation du Tribunal fédéral. Nos considérations à cet égard ont été les suivantes.

L'administration fédérale nous a assurés que la Chambre d'accusation veillait dans sa pratique relative à l'article 351 CP à n'être saisie qu'après s'être assurée que les discussions entre les autorités de poursuite pénale en vue de trouver un arrangement à l'amiable avaient définitivement échoué. La Chambre d'accusation exige un échange de correspondance entre les cantons et la confection d'un dossier sur lequel elle puisse fonder sa décision. L'introduction d'un délai serait ainsi contreproductive, car ce qui doit être privilégié, ce n'est pas la saisine immédiate de la Chambre d'accusation, mais l'obtention d'un accord amiable. En outre, au vu de cette pratique, il serait excessivement difficile de déterminer le «dies a quo» du délai pour saisir la Chambre d'accusation.

Angenommen – Adopté

Zlff. 1 Art. 265bis, 265ter, 265quater Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. 1 art. 265bis, 265ter, 265quater Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Brunner Christiane (S, GE), rapporteuse: L'article 265 quater alinéa 1er PPF du projet du Conseil fédéral couplé à une formule potestative à l'alinéa 2 est d'emblée apparu comme la pierre d'achoppement pour les cantons. Car, si les amendes, ainsi que les objets et valeurs séquestrés sont intégralement acquis à la Confédération, celle-ci pourrait être tentée de se saisir uniquement d'affaires financièrement rentables, entre guillemets, ou, en d'autres termes, de s'arroger la compétence de mener la procédure d'investigation prioritairement en fonction du produit de la confiscation envisagée.

La Commission pour la criminalité organisée et la criminalité économique de la Conférence des chefs des départements cantonaux de justice et police a critiqué le fait que le projet du Conseil fédéral à l'article 265quater dérogeait à l'article 381

du Code pénal, sans pour autant que soit prévue une règle de partage entre la Confédération et les cantons. Les représentants de ladite commission ont ainsi proposé que la Confédération soumette un projet portant sur une règle générale de «sharing» pour l'ensemble du domaine de la poursuite pénale devant tenir compte d'une péréquation équitable des charges entre la Confédération et les cantons; règle qui devra recueillir l'approbation des cantons. Jusqu'à l'entrée en vigueur d'une telle règle, l'article 381 du Code pénal demeurerait applicable.

Ε

L'administration fédérale ayant précisé que la formule potestative conduirait la Confédération à assumer la poursuite d'environ 10 pour cent des cas, la Commission pour la criminalité organisée et la criminalité économique estime arbitraire que la Confédération s'arroge l'intégralité du produit des confiscations en résultant, alors que les cantons devraient poursuivre les 90 pour cent des cas restants.

A la suite des précisions qui nous ont été apportées selon lesquelles le chef du département avait d'ores et déjà donné mandat de mettre en place une commission d'experts chargée de présenter un projet visant à réglementer ce domaine complexe du «sharing», lequel ne s'étend d'ailleurs pas seulement à la Confédération et aux cantons, mais également aux autorités étrangères, notre commission a finalement renoncé à faire la proposition de biffer l'article 265 quater. Elle a en revanche voulu montrer clairement sa volonté de voir régler cette problématique à très brève échéance; raison pour laquelle elle s'est prononcée, à l'unanimité, en faveur d'une motion 98.3366 qui va dans ce sens. J'y reviendrai en temps utile.

Angenommen - Adopté

Ziff. 1 Art. 265quinquies

Antrag der Kommission

Die Kantone vollziehen die ausgefällten Freiheitsstrafen gegen Ersatz der Kosten durch den Bund.

Ch. 1 art. 265quinquies

Proposition de la commission

Les cantons exécutent les peines privatives de liberté prononcées moyennant le remboursement des frais par la Confédération.

Angenommen – Adopté

Ziff. 1 Art. 266, 267, 270 Abs. 6 Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. 1 art. 266, 267, 270 al. 6 Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Ziff. 2 Art. 7 Antrag der Kommission Abs. Ž

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 3

... betraut werden, die sie nach den Bestimmungen des Bundesstrafrechtspflegegesetzes durchführt.

Abs. 4

Ch. 2 art. 7

Streichen

Proposition de la commission

Al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral Al. 3

Il peut être chargé dans le cadre de l'exécution de demandes

d'entraide judiciaire avec recherche de preuves conformément aux dispositions de la loi fédérale sur la procédure péAl. 4 Biffer

Brunner Christiane (S, GE), rapporteuse: L'adaptation purement formelle de l'article 7 alinéa 3 résulte de l'harmonisation avec l'article 9 alinéa 2 de la même loi qui a le même contenu, mais dont la rédaction était différente.

L'abrogation de l'alinéa 4 de l'article 7 et de l'alinéa 3 de l'article 9 résulte des remarques formulées par l'administration fédérale qui a considéré que ces deux alinéas étaient superflus et qu'ils étaient même propres à induire en erreur le lecteur ou la lectrice.

S'agissant de l'alinéa 4 de l'article 7, il répète ce qui est déjà contenu dans les articles 17 et 78ss. de la loi fédérale sur l'entraide internationale en matière pénale.

Les compétences d'investigation du Ministère public de la Confédération en matière de lutte contre les stupéfiants mentionnées dans l'article 9 alinéa 3 découlent de l'article 259 de la loi fédérale sur la procédure pénale et de l'article 29 de la loi fédérale sur les stupéfiants. Cet alinéa 3 peut donc être abrogé sans que les compétences du Ministère public de la Confédération et des Offices centraux de police criminelle soient matériellement modifiées.

Angenommen - Adopté

Ziff. 2 Art. 9 Abs. 3 Antrag der Kommission Aufheben

Ch. 2 art. 9 al. 3Proposition de la commission
Abroger

Angenommen - Adopté

Ziff. III

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. III

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble Für Annahme des Entwurfes Dagegen

20 Stimmen 1 Stimme

B. Bundesgesetz über die BundesstrafrechtspflegeB. Loi fédérale sur la procédure pénale

Titel und Ingress, Ziff. I

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, ch. I Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Brunner Christiane (S, GE), rapporteuse: J'aimerais parler uniquement des articles 11 et 14. Ces deux dispositions n'ont pas fait l'objet de propositions de modification de la part de notre commission. Mais il me paraît opportun de vous faire part des réflexions qui nous ont animés s'agissant de la surveillance sur le procureur général de la Confédération. Nous nous sommes attachés à relever les différences existant entre la surveillance administrative exercée par le Conseil fédéral et la surveillance matérielle exercée par la Chambre d'accusation du Tribunal fédéral.

Avec ce projet, l'indépendance du Ministère public de la Confédération sera renforcée, de sorte qu'il ne soit plus qu'administrativement subordonné au Conseil fédéral. La surveillance de la procureure générale par le Conseil fédéral ne peut se concevoir que comme étant une surveillance administrative. Un Ministère public dans sa fonction d'organe de la justice pénale ne peut être soumis à aucune surveillance ni à aucun pouvoir d'instruction du Gouvernement.

Il est ainsi clairement précisé que le Ministère public de la Confédération peut conduire ses investigations sans subir l'influence des autorités politiques, et ce également dans les affaires délicates relevant de la juridiction fédérale. Le Conseil fédéral peut donner des instructions à la procureure générale, pour autant que ces instructions ne s'immiscent pas dans une affaire pénale. Le Conseil fédéral ne sera notamment pas en droit de supprimer des moyens budgétisés pour empêcher des investigations, ni de prescrire à la procureure générale si, et contre qui elle doit exercer des poursuites.

Dès lors, le contrôle judiciaire du Ministère public de la Confédération doit être plus rigoureux, de telle manière qu'une plainte à la Chambre d'accusation du Tribunal fédéral puisse être portée contre chacun de ses actes.

La surveillance administrative du Conseil fédéral comprend la surveillance disciplinaire, la surveillance administrative et organisationnelle, soit notamment le contrôle sur l'opportunité de l'organisation et sur l'engagement du personnel, ainsi que, troisièmement, le contrôle financier. Le projet du Conseil fédéral souhaite une extension du pouvoir de surveillance de la Chambre d'accusation à la procédure d'investigation, plus concrètement sur la procureure générale de la Confédération en sa qualité de cheffe de la police judiciaire.

Ainsi, la Chambre d'accusation pourra notamment, dans le cadre d'un recours, recommander de procéder à des actes d'enquête ou y renoncer, demander à la procureure de la Confédération d'entreprendre, dans un cas particulier, des investigations parvenues à sa connaissance par un autre canal. Il serait aussi envisageable de transférer l'ensemble de l'activité de surveillance, soit tant la surveillance matérielle que la surveillance administrative, au Tribunal fédéral. Le Conseil fédéral s'y oppose en l'état, car il estime qu'il appartient à l'autorité de nomination d'exercer la surveillance administrative. A son avis, une surveillance disciplinaire complète de la Chambre d'accusation sur la procureure générale de la Confédération serait délicate, car elle ne pourrait plus comparaître devant le Tribunal fédéral sans être suspecte de partialité. Notre commission a fait siennes les considérations du Conseil fédéral, estimant qu'il devait demeurer du ressort du Conseil fédéral d'exercer la surveillance administrative sur le Ministère public fédéral, et elle a estimé que les dispositions proposées permettent très clairement d'interpréter que la surveillance de la Chambre d'accusation porte sur l'organe judiciaire, et non pas sur l'organe administratif.

Koller Arnold, Bundesrat: Bezüglich der Unabhängigkeit der Bundesanwaltschaft gegenüber dem Bundesrat haben wir eine wichtige rechtsstaatliche Entwicklung hinter uns. In der Botschaft zum Bundesstrafprozess von 1929 stellte der Bundesrat noch fest, der Bundesanwalt habe als Beamter der Justizverwaltung Weisungen über Einleitung und Nichteinleitung von Strafverfolgung, über Einlegung oder Nichteinlegung von Rechtsmitteln entgegenzunehmen.

Schon 1958 hat der Bundesrat aber betont, dass das Aufsichts- und Leitungsrecht des Bundesrates während eines Bundesstrafverfahrens vor allem dann praktische Bedeutung bekomme, wenn der Bundesanwalt selbst pflichtwidrig gegen die Legalität verstossen sollte. Die Beibehaltung eines so verstandenen Aufsichts- und Leitungsrechtes sei nach wie vor gerechtfertigt und geboten.

Diese Auffassung ist 1976 im Zusammenhang mit der parlamentarischen Initiative über den Schutz der persönlichen Geheimsphäre bestätigt worden, wobei der Bundesrat beifügte, es sei zweifellos nicht seine Aufgabe, den einzelnen Fall betreffende Weisungen zu erteilen und die entsprechende Verantwortung zu übernehmen. Der Bundesrat beschränkte sich deshalb auf die Dienstaufsicht. Genau das wollen wir jetzt gesetzlich festhalten. Nach einer zeitgemässen Auffassung von Stellung und Funktion einer Staatsanwaltschaft muss diese

Behörde im funktionellen Bereich aufsichts- und weisungsunabhängig sein. Das wird nun gesetzlich so festgehalten.

Angenommen - Adopté

Ziff. II Einleitung
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. Il Introduction
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 80

Antrag der Kommission Abs. 2

.... Erhalt der schriftlichen Begründung
Abs. 3

.... wegen schriftlich begründet, können

Art. 80

Proposition de la commission

Al. 2

.... l'exposé des motifs

Al. 3

.... d'office motivée par écrit

Brunner Christiane (S, GE), rapporteuse: Votre commission a décidé de supprimer les termes «complet» à l'alinéa 2 et «complètement» à l'alinéa 3, sur la base du raisonnement suivant. Le droit cantonal peut autoriser une autorité à rendre une décision succinctement motivée. La procureure générale de la Confédération ou l'administration fédérale pourrait donc soulever comme moyen dans le recours la motivation incomplète de la décision, ce qui conduirait à un allongement de la procédure et, partant, à une augmentation des frais.

Angenommen - Adopté

Art. 83 Abs. 1, Ziff. III

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 83 al. 1, ch. ill Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble Für Annahme des Entwurfes

26 Stimmen (Einstimmigkeit)

C. Bundesgesetz über das Verwaltungsstrafrecht C. Loi fédérale sur le droit pénal administratif

Titel und Ingress, Ziff. I, II

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, ch. I, II Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble Für Annahme des Entwurfes

30 Stimmen (Einstimmigkeit)

An den Nationalrat - Au Conseil national

98.3366

Motion RK-SR (98.009)
Einziehungserträge
im Strafverfolgungsbereich
Motion CAJ-CE (98.009)
Partage dans le domaine
de la poursuite pénale

Wortlaut der Motion vom 27. August 1998

Der Bundesrat wird ersucht, sobald wie möglich einen Entwurf vorzulegen, der die Teilung der Einziehungserträge (Sharing) für den ganzen Strafverfolgungsbereich allgemein regelt und dabei einem gerechten Lastenausgleich zwischen Bund und Kantonen Rechnung trägt.

Texte de la motion du 27 août 1998

Le Conseil fédéral est invité à présenter, dans les meilleurs délais, un projet portant sur une règle générale du partage pour l'ensemble du domaine de la poursuite pénale qui tienne compte d'une péréquation équitable des charges entre la Confédération et les cantons.

Schriftliche Begründung

Die Urheber verzichten auf eine Begründung und wünschen eine schriftliche Antwort.

Développement par écrit

Les auteurs renoncent au développement et demandent une réponse écrite.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates vom 5. Oktober 1998 Der Bundesrat ist bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Déclaration écrite du Conseil fédéral du 5 octobre 1998 Le Conseil fédéral est prêt à accepter la motion.

Koller Arnold, Bundesrat: Der Bundesrat ist bereit, die Motion entgegenzunehmen. Die entsprechende Expertenkommission ist bereits an der Arbeit und hat den Auftrag, Bericht und Vorentwurf bis August 1999 einzureichen.

Überwiesen – Transmis

93.062

Bundesgesetz über die Bundesstrafrechtspflege. Anderung

Loi fédérale sur la procédure pénale. Modification

Fortsetzung - Suite

Siehe Jahrgang 1996, Seite 790 – Voir année 1996, page 790 Beschluss des Nationalrates vom 13. Dezember 1996 Décision du Conseil national du 13 décembre 1996

Antrag der Kommission Nichteintreten Proposition de la commission Ne pas entrer en matière Art. 41, 42

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Änderung von Bundesgesetzen Modification du droit en vigueur

Ziff. 1

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. 1

Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Ziff. 2

Antrag der Kommission

Art. 111 Streichen Art. 135 Abs. 1

Die örtliche Zuständigkeit für die Scheidung, die Abänderung des Scheidungsurteiles, die Anweisung an die Schuldner und die Sicherstellung der Unterhaltsbeiträge richtet sich nach dem Gerichtsstandsgesetz.

Art. 144 Unverändert

Ch. 2

Proposition de la commission

Art. 111 Biffer Art. 135 al. 1

La compétence à raison du lieu pour prononcer et modifier le jugement de divorce, ainsi que pour décider de l'avis aux débiteurs et de la fourniture des sûretés est déterminée par la loi fédérale sur les fors.

Art. 144 Inchangé

Angenommen – Adopté

Ziff. 3-30

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. 3-30

Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Namentliche Gesamtabstimmung Vote sur l'ensemble, nominatif (Ref.: 3140)

Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet: Aeppli, Aguet, Ammann Schoch, Aregger, Baader, Banga, Bangerter, Baumann Alexander, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Baumberger, Berberat, Binder, Bircher, Blaser, Borel, Brunner Toni, Bühlmann, Burgener, Carobbio, Cavalli, Chiffelle, Christen, Debons, Dettling, Donati, Dormann, Ducrot, Dünki, Dupraz, Durrer, Eberhard, Egerszegi, Engelberger, Engler, Epiney, Fankhauser, Fässler, Fehr Lisbeth, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Florio, Friderici, Frit-

schi, Gadient, Gros Jean-Michel, Gross Andreas, Gross Jost, Grossenbacher, Guisan, Günter, Gysin Hans Rudolf, Gysin Remo, Hafner Ursula, Hämmerle, Hasler Ernst, Hegetschweiler, Heim, Hess Otto, Hollenstein, Jutzet, Kalbermatten, Keller Christine, Keller Rudolf, Kofmel, Kuhn, Kunz, Lachat, Langenberger, Lauper, Leemann, Leuenberger, Loeb, Lötscher, Maitre, Marti Werner, Maurer, Maury Pasquier, Meyer Thérèse, Mühlemann, Müller Erich, Oehrli, Ostermann, Rechsteiner Rudolf, Rennwald, Roth, Ruf, Rychen, Schaller, Schenk, Scherrer Jürg, Schlüer, Schmid Odilo, Seiler Hanspeter, Semadeni, Speck, Spielmann, Stamm Judith, Stamm Luzi, Strahm, Suter, Theiler, Tschäppät, Tschuppert, Vogel, von Felten, Weyeneth, Widmer, Widrig, Wittenwiler, Wyss, Zbinden

Entschuldigt/abwesend sind - Sont excusés/absents:

Alder, Antille, Beck, Béguelin, Bezzola, Blocher, Bonny, Borer, Bortoluzzi, Bosshard, Bührer, Cavadini Adriano, Columberg, Comby, David, de Dardel, Dreher, Eggly, Ehrler, Eymann, Fasel, Fehr Hans, Fehr Jacqueline, Föhn, Freund, Frey Claude, Frey Walter, Geiser, Genner, Giezendanner, Goll, Gonseth, Grobet, Gusset, Haering Binder, Herczog, Hess Peter, Hochreutener, Hubmann, Imhof, Jans, Jaquet, Jeanprêtre, Kühne, Leu, Maspoli, Meier Hans, Meyer Theo, Moser, Müller-Hemmi, Nabholz, Pelli, Philipona, Pidoux, Pini, Raggenbass, Randegger, Ratti, Rechsteiner Paul, Ruckstuhl, Ruffy, Sandoz Marcel, Scheurer, Schmid Samuel, Schmied Walter, Simon, Steffen, Steinegger, Steinemann, Steiner, Stucky, Stump, Teuscher, Thanei, Tschopp, Vallender, Vermot, Vetterli, Vollmer, von Allmen, Waber, Weber Agnes, Weigelt, Wiederkehr, Zapfl, Ziegler, Zwygart (87)

Präsidium, stimmt nicht – Présidence, ne vote pas: Heberlein

(1)

An den Ständerat - Au Conseil des Etats

Sammeltitel - Titre collectif

Strafrecht. Gesetzesänderungen Procédure pénale. Modification de lois

98.009

Massnahmen zur Verbesserung der Effizienz und der Rechtsstaatlichkeit in der Strafverfolgung. Gesetzesänderungen

Mesures tendant à l'amélioration de l'efficacité et de la légalité dans la poursuite pénale. Modification de lois

Botschaft und Gesetzentwürfe vom 28. Januar 1998 (BBI 1998 1529) Message et projets de loi du 28 janvier 1998 (FF 1998 1253) Beschluss des Ständerates vom 1. Dezember 1998 Décision du Conseil des États du 1er décembre 1998 Kategorie III, Art. 68 GRN -- Catégorie III, art. 68 RCN Ν

98.3366

Motion Ständerat (RK-SR 98.009) Einziehungserträge im Strafverfolgungsbereich Motion Conseil des Etats (CAJ-CE 98.009) Partage dans le domaine de la poursuite pénale

Wortlaut der Motion vom 1. Dezember 1998
Der Bundesrat wird ersucht, sobald wie möglich einen Entwurf vorzulegen, der die Teilung der Einziehungserträge (Sharing) für den ganzen Strafverfolgungsbereich allgemein regelt und dabei einem gerechten Lastenausgleich zwischen Bund und Kantonen Rechnung trägt.

Texte de la motion du 1er décembre 1998
Le Conseil fédéral est invité à présenter, dans les meilleurs délais, un projet portant sur une règle générale du partage pour l'ensemble du domaine de la poursuite pénale qui tienne compte d'une péréquation équitable des charges entre la Confédération et les cantons.

93.062

Bundesgesetz über die Bundesstrafrechtspflege. Änderung Loi fédérale sur la procédure pénale. Modification

Fortsetzung - Suite

Siehe Jahrgang 1996, Seite 2373 – Voir année 1996, page 2373 Beschluss des Ständerates vom 1. Dezember 1998 Décision du Conseil des Etats du 1er décembre 1998

Antrag der Kommission Nichteintreten (= Zustimmung zum Beschluss des Ständerates)

Proposition de la commission Ne pas entrer en matière (= adhérer à la décision du Conseil des Etats)

Präsidentin: Die Vorlagen 98.009, 98.3366 und 93.062 werden gemeinsam behandelt.

Tschäppät Alexander (S, BE), Berichterstatter: Juristinnen und Juristen sind ein eigenes Völklein, manchmal auch ein ziemlich spannendes, und daher ist die Kommission für Rechtsfragen auch eine ganz besonders faszinierende Kommission. Manchmal ist sie unberechenbar, zeitigt oft unerwartete Ergebnisse, lässt sich nach wie vor nicht in ein Linksrechts-Schema einbinden, stimmt sehr unterschiedlich und ist daher für einen Bundesrat auch nicht immer leicht erträglich. Das mag auch der Grund gewesen sein, dass sich Herr Bundesrat Koller in den letzten Jahren nur noch sehr selten in dieser Kommission blicken liess; wir sind alle gespannt, ob sich das jetzt mit dem Wechsel an der Departementsspitze ändert.

Die Kommission ist ihrem Ruf treu geblieben, zwar sachlich kompetent, kritisch, aber auch unangenehm und nicht einfach nur verwaltungstreu zu entscheiden. Das hat sie bei diesem Geschäft auch getan.

Das Geschäft 98.009 enthält drei Vorlagen. Die Vorlage A, die Änderung des Strafgesetzbuches, löste lange und kontroverse Diskussionen aus, währenddem die Vorlagen B und C völlig unproblematisch blieben. Am Schluss dieser langen Diskussion blieb als Lösung ein Antrag, der einstimmig beschlossen wurde, obschon er anfänglich sehr umstritten war, und – welch Wunder in einem Wahljahr! – sogar ohne Minderheitsantrag daherkommt.

Um was geht es nun bei diesen drei Vorlagen? Bei der Vorlage A geht es bei der Schaffung neuer Verfahrenskompetenzen in den Bereichen des Bundes darum, dass versucht wird, gewisse Delikte im Vermögensbereich, die auf organisierte Kriminalität zurückzuführen sind, neu zu regeln. Hier waren auch die grössten Differenzen zum Ständerat vorhanden.

Unbestritten ist für alle, dass nicht nur Firmenchefs die Globalisierung pflegen, sondern auch Kriminelle zunehmend grenzüberschreitende Tätigkeiten entfalten. Kriminelle Organisationen machen nicht halt vor Landes- oder gar Kantonsgrenzen. Demgegenüber sind die Strafverfolgung und der Strafprozess nach wie vor sehr kantonal, sehr föderalistisch ausgerichtet. Daher muss eben der Zunahme moderner und grenzüberschreitender Kriminalität auch mit einer Verbesserung der Effizienz in der Strafverfolgung begegnet werden. Das Ziel, der organisierten Kriminalität mit mehr Effizienz zu begegnen, blieb eigentlich unbestritten; umstritten war nur, welcher Weg zu beschreiten sei, vor allem die Frage, wie viele Kompetenzen von den Kantonen an den Bund übergehen sollten. Die Palette der Vorschläge reichte denn auch von fast keiner Kompetenzabtretung bis zur vollständigen Übertragung der Kompetenzen an den Bund.

Am konsequentesten war im Ständerat die Minderheit Marty Dick, die verlangte, dass der Bund unter bestimmten Voraussetzungen alleine für alle internationalen oder interkantonal komplexen Kriminalfälle zuständig sein soll. Nachteile dieser klaren Regelung sind hohe Kosten – man schätzt über 100 Millionen Franken –, ein ungenügendes Know-how beim Bund, eine völlige Abkehr vom föderalistischen Gedanken und eine Verschiebung der Polizeikräfte vom Kanton zum Bund. Vorteile demgegenüber wären eine klare Regelung, eine klare Kompetenzausscheidung, eine einheitliche Rechtsanwendung, vor allem aber auch keine Möglichkeit des Rosinenpickens durch die Bundesanwältin.

Hier liegt wohl auch ein wesentlicher Grund, weshalb der bundesrätlichen Vorlage mit soviel Skepsis begegnet wurde. Des öfteren entstand in den letzten Jahren der Eindruck, die Bundesanwältin reisse sehr rasch ein Geschäft an sich, wenn es ein entsprechendes Spektakel und eine entsprechende Medienwirksamkeit verspreche. Stellte sich dann heraus, dass das Ganze nur ein Sturm im Wasserglas war, so waren die Kantone dann gut genug, das kärgliche Ergebnis noch übernehmen und beurteilen zu müssen.

Der Bundesrat sah in seinem Entwurf zu Artikel 340bis StGB denn auch nur eine Kann-Vorschrift vor, welche es der Bundesanwaltschaft erlaubt hätte, von sich aus und ohne Rücksprache ein Verfahren an sich zu reissen, wenn es ganz oder teilweise im Ausland oder in mehreren Kantonen begangen worden wäre und kumulativ nach Umfang und Komplexität eine einheitliche Durchführung der Ermittlungen erfordert hätte. Auch wenn mit der Eröffnung des Ermittlungsverfahrens durch die Bundesanwaltschaft dann neu Bundesgerichtsbarkeit begründet würde, blieb bei vielen Kantonen. aber auch in der Kommission die Angst bestehen, die Bundesanwältin könnte in der leider bis anhin gewohnten Form nur die Rosinen herauspicken. Eine reine Kann-Vorschrift, bei der die Kantone bezüglich Kompetenzabtretung an den Bund keine Mitsprache oder Mitbestimmung mehr hätten. kam daher für die Kommission für Rechtsfragen von Anfang an nie in Frage.

Ebenso klar war für die Kommission aber auch, dass das zusätzliche Kriterium, welches der Ständerat als Sicherheit gegen eben diese Gefahr des Rosinenpickens einbaute – nämlich dass die zuständigen kantonalen Behörden nicht über die nötigen Mittel verfügten, um die Strafverfolgung sicherzustellen –, ungenügend oder gar untauglich war. Mit dieser Lösung, die im Ständerat jetzt mehrheitsfähig geworden ist, hätte die grosse Gefahr bestanden, dass einzelne Kantone ihre Polizeiapparate abgebaut und sich so zu Lasten des Bundes aus der Verantwortung zu schleichen versucht hätten.

Für unsere Kommission galt es, eine Lösung zu finden, die der Notwendigkeit nach noch mehr Effizienz und Konzentration der Strafverfolgung an einem Ort Rechnung trägt, die aber auch verhindert, dass die Kantone, welche bei der Verbrechensbekämpfung sehr oft Grossartiges leisten, allzu viele Kompetenzen verlieren.

Der vorliegende Antrag vermag nach Meinung der Kommission beiden Anliegen gerecht zu werden. Anders als beim bundesrätlichen Entwurf ist die Bundesgerichtsbarkeit neu bei Verbrechen krimineller Organisationen, bei Geldwäscherei, Bestechung und mangelnder Sorgfalt bei Finanzgeschäften zwingend gegeben. Dies, wenn die Taten ganz oder teilweise im Ausland oder in mehreren Kantonen begangen wurden und umfangreich und komplex sind. Ebenfalls anders als der Bundesrat will die Kommission der Bundesanwaltschaft bei strafbaren Handlungen gegen das Vermögen und bei Urkundenfälschung nicht einfach mit einer uneingeschränkten Kann-Formel eine Blankovollmacht erteilen. Die Kommissionslösung sieht zwar immer noch eine Kann-Formel vor, aber diese ist zugunsten der Kantone eingeschränkt. Aufgrund unserer Fassung kann die Bundesanwaltschaft bei Vermögensdelikten und Urkundenfälschungen nur dann Bundeskompetenz schaffen, wenn entweder keine kantonale Strafverfolgungsbehörde mit der Sache befasst ist oder - das ist uns besonders wichtig - die zuständige kantonale Strafverfolgungsbehörde die Bundesanwaltschaft um Übernahme des Verfahrens ersucht. Diese Lösung verhindert einerseits ein allfälliges Rosinenpicken; sie verhindert andererseits aber auch, dass sich ein Kanton einfach aus seiner Verantwortung schleichen kann.

Weil mit dem Eingreifen der Bundesanwaltschaft Bundeskompetenz geschaffen wird, sind Ermittlung, Voruntersuchung und Anklage Bundessache. Einzig die Beurteilung kann im Einzelfall nach wie vor an einen Kanton delegiert werden.

Diese Lösung ist unserer Meinung nach mindestens so lange sinnvoll, als es noch kein Bundesstrafgericht gibt, weil nur so ein einwandfreier Instanzenzug gewährleistet bleibt.

Die Kommission beantragt Ihnen einstimmig, Artikel 340bis in der vorgeschlagenen Fassung zuzustimmen. Die übrigen Änderungen im Rahmen dieser gesetzlichen Beratung waren marginal und brauchen nicht weiter begründet zu werden.

Florio Marguerite (L, VD), rapporteur: Vous avez beaucoup de chance ce matin, on ne parle que de droit, je pense que ça va changer, et de matière extrêmement technique.

Le projet qui vous est proposé comporte plusieurs volets qui ont tous cependant le même but: améliorer l'efficacité de la légalité dans la poursuite pénale. Le Conseil fédéral a estimé devoir soumettre ce projet en raison de l'apparition de nouvelles formes de criminalité, par exemple le crime organisé, le blanchissage d'argent, ainsi que certains types de criminalité économique. La caractéristique de ces délits est qu'ils sont complexes, qu'ils ont souvent, même pratiquement toujours, un caractère international ou intercantonal, et que dès lors, le souci du Conseil fédéral était de pouvoir les poursuivre de manière efficace.

Le solution du Conseil fédéral à l'article 340bis est en réalité d'introduire une faculté, pour le Ministère public de la Confédération, d'intervenir à peu près quand il le veut, à certaines conditions, pour améliorer la poursuite de la criminalité économique. Le Conseil fédéral a fait un amalgame entre différents articles dans lesquels il y aurait lieu que le Ministère public puisse intervenir, et puis entre deux titres du Code pénal, les titres deuxième et onzième qui concernent les infractions contre le patrimoine et le faux dans les titres.

Les membres de la commission ont été un peu réticents à admettre que le Ministère public puisse décider d'intervenir ou non. Par conséquent, les membres de la commission ont estimé qu'il fallait distinguer deux aspects: un des aspects, c'est le cas de la criminalité organisée. C'est ce qui concerne les articles 260ter, 288, 305bis, 305ter, 315 et 316, dans lesquels lls ont estimé qu'il était normal que le Ministère public puisse ouvrir une instruction. Autre aspect, ils ont pensé que, pour les titres deuxième et onzième du Code pénal, il fallait que des conditions plus restrictives soient introduites, afin d'éviter l'ingérence du Ministère public dans des cas relativement peu importants.

C'est ainsi que le projet qui vous est soumis, tel que modifié par la commission qui a passé de nombreuses heures à en discuter pour trouver la bonne formulation, paraît réaliser un équilibre entre la possibilité pour le Ministère public d'intervenir dans les cas graves, et la possibilité d'intervenir à d'autres conditions et, en particulier, à la demande des cantons.

Ce que nous avons voulu éviter, par exemple, c'est que, pour des infractions qui se seraient déroulées sur plusieurs cantons — la région des Trois Lacs —, le Ministère public de la Confédération intervienne pour des petits vols en bande dans des chalets, ce qui ne se justifiait pas puisque les cantons en question ont certainement les moyens de réprimer. C'est la raison pour laquelle je vous invite à accepter l'article 340bis tel que proposé par votre commission, et ce pour bien distinguer les pouvoirs du Ministère public, qui ne seront pas aussi étendus que le souhaitait le Conseil fédéral.

Pour ce qui concerne les projets B et C, le projet B concerne la loi fédérale sur la procédure pénale. Cette loi existe déjà. Les modifications proposées définissent de manière plus précise le rôle du Ministère public, donnent également un certain nombre de droits à la défense — ce qui n'est jamais mauvais. Par conséquent, il y a lieu de l'adopter. Votre commission l'a du reste fait sans aucune objection. Il en va de même du projet C qui concerne la loi fédérale sur le droit pénal administratif.

Ainsi donc, je vous invite à adopter ce projet, avec les modifications proposées par la commission.

Je précise que le projet, tel que modifié, a l'appui du groupe libéral.

von Felten Margrith (G, BS): Ich möchte den Ausführungen der Berichterstatter ein paar ergänzende, kritische Anmerkungen beifügen. Es geht hier bei dieser Vorlage um die Zentralisierung von Strafverfolgungskompetenzen. Damit bildet diese Vorlage einen weiteren Mosaikstein im Prozess der Machtkonzentration im Polizeibereich auf Bundesebene.

Früher waren es die Kommunisten, heute spricht man von «grenzüberschreitender Kriminalität», wenn neue Polizeibefugnisse auf Bundesebene begründet werden sollen. Erfahrungen aus der Vergangenheit lassen Zweifel aufkommen, ob diese Effizienzvorlage überhaupt geeignet ist, die Ziele zu erreichen, die sie erreichen will. Organisierte Kriminalität und Wirtschaftskriminalität sind beliebig einsetzbare Legitimationsgründe. Wer ist denn schon gegen die Bekämpfung solcher Verbrechen? Das Problem ist, dass «organisierte Krimi-nalität» und «Wirtschaftskriminalität» diffuse Begriffe sind. Da stellt sich regelmässig die Frage der Verhältnismässigkeit und der demokratischen Kontrolle. Ich verweise auf die Debatte zu den kürzlich beratenen Vorlagen betreffend polizeiliche Datenbanken und die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit. Bei diesen Massnahmen besteht die Gefahr, dass sie die Falschen treffen, die Grundrechte aller gefährden und kaum zu kontrollieren sind. Ein weiteres Problem ist, dass organisierte Kriminalität und Wirtschaftskriminalität in Systemen funktionieren, so dass zum Beispiel die Verhaftung einzelner Akteure keinerlei Auswirkungen auf das Weiterfunktionieren der jeweiligen Systeme hat.

Klar, gegen eine effiziente Strafverfolgung ist nichts einzuwenden. Dafür gibt es aber auch andere Möglichkeiten als die Konzentration von Polizeibefugnissen auf Bundesebene: Man könnte kleine Kantone finanziell unterstützen; man könnte insbesondere Aus- und Fortbildung für Wirtschaftskriminalisten fördern; man könnte den Abschluss von Rechtshilfeverträgen mit der Möglichkeit verknüpfen, den unmittelbaren Verkehr zwischen den Justizbehörden zu ermöglichen,

usw. Demgegenüber ist zu befürchten, dass eine Zentralisierung der polizeilichen Aktivitäten weniger der eigentlichen Ermittlung in Straffällen zugute kommt, sondern vor allem die Akkumulation von Daten mit allen damit verbundenen Grundrechtsgefährdungen bewirkt.

Dennoch ist aus unserer Sicht unbestritten, dass die Möglichkeit der Strafverfolgung durch die Bundesbehörden in bestimmten Konstellationen von Straftaten gegeben sein muss; der Fall des European Kings Club wurde in den Kommissionsberatungen genannt, wir denken auch an Frauen- und Kinderhandel.

Mit aller Skepsis sind wir also für Eintreten auf die Vorlage und unterstützen die Anträge der Kommission. Insbesondere zu Artikel 340bis StGB möchten wir anmerken, dass hier die Bundeskompetenzen gesetzlich klar und abschliessend begrenzt werden müssen. Die «Rosinenpickerversion» von Bundesrat und Ständerat lehnen wir ab. Wichtig sind die klaren Kriterien in Artikel 340bis Absatz 2; wesentlich ist insbesondere die Bestimmung, wonach die Kompetenzverschiebung nur auf Gesuch der zuständigen kantonalen Strafverfolgungsbehörden erfolgen darf.

Ammann Schoch Regina (U, AG): Die LdU/EVP-Fraktion

begrüsst den Willen, den Kampf gegen die neuen, grenzüberschreitenden und komplexen Verbrechensformen wirkungsvoller zu führen, sehr. Wir empfehlen Ihnen daher, auf die Vorlage einzutreten. Sie leistet zusammen mit den weiteren geplanten Schritten, wie z. B. der Vereinheitlichung der Strafprozessordnungen – das ist heute auch schon erwähnt worden -, einen Beitrag zur erhofften Effizienzsteigerung. Die zunehmende Komplexität der organisierten Kriminalität würde eigentlich eine ausschliessliche Bundeskompetenz rechtfertigen. Hier treffe ich mich nicht mit Margrith von Felten. Weshalb sollen die Kantone bei den umschriebenen komplexen Tatbeständen überhaupt ermitteln müssen? Nun. die Tatsache, dass wir hier nicht vorausschauend, sondern vor dem Hintergrund gewachsener Strukturen legiferieren, verhindert einen sogenannten grossen Wurf. Die Kantone sind aufgrund der leider massiv aufgetretenen Fälle von Wirt-

hört - gilt es Rechnung zu tragen. Die LdU/EVP-Fraktion trägt daher den Antrag der Kommission zu Artikel 340bis des Strafgesetzbuches mit, auch wenn wir es geme gesehen hätten, wenn die Bundesanwaltschaft ohne Antrag des entsprechenden Kantons ein Verfahren an sich ziehen könnte.

schaftskriminalität nämlich bereits selber tätig geworden und

haben zum Teil umfassende Spezialabteilungen für Unter-

suchung und Ermittlung geschaffen. Dem und auch den in

der Diskussion eine Rolle spielenden bisherigen Erfahrungen

mit der Bundesanwaltschaft - Sie haben das auch bereits ge-

Wir stellen uns aber hinter das offensichtlich politisch Machbare und bitten Sie, der Vorlage in der vorliegenden Fassung zuzustimmen.

Lauper Hubert (C, FR): Les modifications de loi qui vous sont présentées dans le projet que nous discutons visent à l'amélioration de l'efficacité et de la légalité dans la poursuite pénale. La poursuite pénale et la procédure pénale relèvent de la compétence des cantons. Cette situation comporte de nombreux inconvénients dans la pratique, tant il est vrai que, comme dans la plupart des domaines, la criminalité connaît aussi la globalisation et l'internationalisation. Pensez au crime organisé, au blanchiment d'argent, à la criminalité économique. La poursuite et la répression de cette criminalité exigent une grande coordination, une conduite centralisée de la procédure. C'est ce que vise le projet qui nous est soumis, en donnant un certain nombre de compétences en la matière à la Confédération au détriment, ou plutôt au bénéfice des cantons.

Au nom du groupe démocrate-chrétien, je vous invite à entrer en matière et à voter les modifications présentées.

Je ne vais pas traiter le texte article par article. Je relève simplement que la commission a délibéré longtemps sur la question de savoir si la compétence d'intervenir du Ministère public de la Confédération devait être une «Kann-» ou une «Muss-Vorschrift». Le projet du Conseil fédéral instaure une

«Kann-Vorschrift» et constitue une espèce de libre-service pour le procureur général de la Confédération. Nous n'en avons pas voulu et nous avons posé, à l'article 340bis du Code pénal, des conditions claires pour l'intervention du Ministère public de la Confédération. Pour ce qui concerne le crime organisé, le Ministère public de la Confédération doit intervenir. Il n'a pas le choix, pour autant que les actes punissables aient été commis totalement ou partiellement à l'étranger ou dans plusieurs cantons, et que leur ampleur et leur complexité exigent l'unité des investigations. Pour la criminalité économique, il peut intervenir et venir au secours des cantons dans les causes complexes, mais à la demande expresse des autorités pénales des cantons.

En saluant les améliorations contenues encore dans le projet en matière de droits du prévenu et de son défenseur, le groupe démocrate-chrétien vous invite à entrer en matière et à soutenir les propositions qui sont faites, en particulier l'article 340bis dans la version de la commission.

Baader Caspar (V, BL): Die Massnahmen zur Verbesserung der Effizienz und der Rechtsstaatlichkeit in der Strafverfolgung, welche vor allem in Artikel 340bis des Strafgesetzbuches enthalten sind, werden von der SVP begrüsst, da wir uns daraus eine Stärkung in der Bekämpfung des organisierten Verbrechens und der Wirtschaftskriminalität erhoffen. Eine Zentralisierung der Ermittlungskompetenzen in diesem Bereich ist daher wichtig. Die Stärkung der Strafverfolgung solcher Delikte soll vor allem dadurch erreicht werden, dass nach Artikel 340bis Absatz 1 die eigentlichen Delikte des organisierten Verbrechens, nämlich die Beteiligung an kriminellen Organisationen, die Bestechung, die Geldwäscherei sowie die Verletzung von Abklärungs- und Meldepflicht über die Herkunft von Geldern, neu zwingend der Bundesgerichtsbarkeit unterstellt werden.

Ebenso sollen Verbrechen, die von kriminellen Organisationen ausgehen, zwingend der Bundesgerichtsbarkeit unterliegen, wenn die strafbare Handlung ganz oder teilweise im Ausland oder in mehreren Kantonen begangen wurde und nach Umfang und Komplexität eine einheitliche Ermittlung erfordert.

Im Gegensatz zur Fassung des Bundesrates und des Ständerates soll mit dieser zwingenden Bundesgerichtsbarkeit vermieden werden, dass der Bund in diesen Bereichen eine Auslese trifft und wenig spektakuläre oder teure Verfahren den Kantonen überlässt.

In Übereinstimmung mit der Kommission für Rechtsfragen

begrüsst es die SVP-Fraktion auch, dass im Bereich der Wirtschaftskriminalität - also bei Verbrechen gemäss dem zweiten Titel, bei dem es um die strafbaren Handlungen gegen das Vermögen geht, und bei Verbrechen gemäss dem elften Titel des zweiten Buches, Urkundenfälschung - die Ermittlungskompetenz der Bundesanwaltschaft fakultativ bleibt. Aus all diesen Gründen beantragt Ihnen die SVP-Fraktion Eintreten auf die Gesetzesänderungen betreffend die Massnahmen zur Verbesserung der Effizienz und der Rechtsstaatlichkeit in der Strafverfolgung, Überweisung der Motion der RK-SR betreffend Einziehungserträge im Strafverfolgungsbereich (98.3366) sowie Nichteintreten auf die Änderung des Bundesgesetzes über die Bundesstrafrechtspflege, da diese Anliegen im erstgenannten Erlass enthalten sind und im übrigen das Anliegen der Trennung der Strafermittlungs- und Anklagekompetenz bereits dadurch realisiert wurde, dass die Bundespolizei als Ermittlungsbehörde neu beim Bundesamt

Tschäppät Alexander (S, BE), Berichterstatter: Nur ein Satz zu Frau von Felten: Sie kritisiert oder befürchtet eine Konzentration von Polizeikräften auf Bundesebene. Um auf die organisierte Kriminalität richtig zu reagieren, ist eine Konzentration der Polizeikräfte auf Bundesebene nötig. Wovor man Angst haben muss, ist, dass auf Bundesebene die Kompetenzausscheidung beim Datenschutz nicht ganz sauber geregelt wird. Davor habe ich jetzt auch eine gewisse Angst. Im Zusammenhang mit der Konzentration der Bundespolizei beim Bundesamt für Polizeiwesen sind die Hausaufgaben

für Polizeiwesen angegliedert ist.

auf Bundesebene noch nicht gemacht worden. Aber das darf uns nicht davon abhalten, effizientere Mittel zu suchen, um der organisierten Kriminalität den Kampf anzusagen. Es muss aber gleichzeitig auch die klare Aufforderung an den Bundesrat ergehen, dass man dann beim Datenschutz die Hausaufgaben macht und die entsprechenden Sicherheiten einbaut, so dass am Schluss nicht die Befürchtung, die Frau von Felten hier ausgesprochen hat, zur Realität wird.

Florio Marguerite (L, VD), rapporteur: Je voudrais dire, sans vouloir allonger le débat, que le souci de la commission a justement été de limiter les pouvoirs du Ministère public de la Confédération au maximum. C'est la raison pour laquelle nous avons prévu, à l'article 340bis, un alinéa 1 er, où le Ministère public de la Confédération est censé intervenir parce que c'est vraiment très important, et un alinéa 2 pour que, justement, le Ministère public soit limité dans ses possibilités de le faire. Là aussi, je rejoins ce que dit mon préopinant: il appartiendra à la Confédération de faire en sorte qu'il n'y ait pas de dérapage du point de vue de la protection des données, mais ça n'est pas ce projet qui peut le garantir. Nous, nous avons essayé de limiter les pouvoirs d'intervention du Ministère public de la Confédération aux cas vraiment très graves.

Metzler Ruth, Bundesrätin: Heute ist die Wirtschaft international verflochten. Verflechtungen gibt es jedoch nicht nur in der Wirtschaft. Das Wirken krimineller Organisationen und von Akteuren bei komplexen Wirtschaftsdelikten macht immer weniger vor Landes-, geschweige denn vor Kantonsgrenzen halt. Demgegenüber sind die Strafprozesse noch sehr stark auf die engen kantonalen Grenzen ausgerichtet. Die kleinräumig organisierten Strafverfolgungsbehörden stossen immer öfter an die Grenzen ihrer Möglichkeiten, wenn sie mit beschränkten Ressourcen komplexe internationale Straffälle zu untersuchen haben. Mittel und Wege müssen gefunden werden, um die Strafverfolgung in unserem Lande so zu gestalten, dass sie der modernen grenzüberschreitenden Kriminalität erfolgreich begegnen kann. Deshalb ist die Förderung der Effizienz bei der Strafverfolgung ein zentrales Anliegen der vorliegenden Revision.

Genauso wichtig sind aber unsere Bemühungen um die Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit und der Verteidigungsrechte im Strafverfahren. Auch diesem Anspruch will die Vorlage, über die Sie zu befinden haben, möglichst gerecht werden.

Der Ihnen heute vorliegende Entwurf ist ein Baustein im Abwehrdispositiv des Bundes gegen das organisierte Verbrechen und die komplexe grenzüberschreitende Kriminalität. Die Vorlage hat, kurz gesagt, zwei Hauptziele und ein Nebenziel:

 Mit der Teilvorlage A soll sie durch organisatorische Massnahmen die Effizienz der Strafverfolgung im Bereich der komplexen Kriminalität erhöhen, namentlich durch die Übertragung neuer Kompetenzen an die Strafverfolgungsorgane des Bundes.

2. Mit der Teilvorlage B strebt sie eine Präzisierung und einen Ausbau der Verfahrensgarantien für die Beschuldigten an, vor allem im Stadium der gerichtspolizeilichen Ermittlungen, denen in Zukunft noch eine grössere Bedeutung zukommen soll. 3. Mit der Teilvorlage C wird die Möglichkeit geschaffen, die Tätigkeit von Verwaltungsstrafbehörden des Bundes und kantonalen Strafverfolgungsorganen besser zu koordinieren. Bei dieser Vorlage ist im Grunde nur eine einzige Bestimmung umstritten: Mit der Übertragung neuer Kompetenzen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Wirtschaftskriminalität an den Bund durch Teilvorlage A soll die Strafverfolgung zentralisiert werden und damit an Wirkung gewinnen. Gleichzeitig sollen die Kantone, vor allem die kleineren unter ihnen, von grossen und komplexen Verfahren entlastet werden. Diese Ziele als solche sind eigentlich unbestritten. Dagegen hat zuerst in der Vernehmlassung, dann im Ständerat und zuletzt in Ihrer Kommission die Ausgestaltung des Engagements des Bundes zu Diskussionen Anlass gegeben. Der Bundesrat ist davon ausgegangen, dass die neuen Verfahrenszuständigkeiten des Bundes begrenzt sein

müssten. Zum einen fehlen dem Bund die Ressourcen, um sämtliche einschlägigen Verfahren von der Ermittlung bis zum Urteil durchführen zu können; zum anderen war auch zu keiner Zeit beabsichtigt, vom heutigen föderalen System der Strafverfolgung grundsätzlich abzuweichen. Deshalb soll das Engagement des Bundes nach Auffassung des Bundesrates und des Ständerates ein beschränktes bleiben.

Nach der Botschaft des Bundesrates können die Bundesbehörden unter den folgenden Voraussetzungen einen Fall an sich ziehen: Es muss sich um gravierende Delikte handeln, die dem organisierten Verbrechen oder der Wirtschaftskriminalität zuzurechnen sind. Diese Straftaten müssen ganz oder zumindest teilweise im Ausland oder aber in mehreren Kantonen begangen worden sein. Schliesslich müssen Umfang und Komplexität der Straftaten eine einheitliche Durchführung der Ermittlungen nahelegen.

Der Ständerat hat dann diese Voraussetzungen noch etwas enger gefasst und auch präzisiert. Im Ständerat und in Ihrer Kommission wurde lange über die Rolle des Bundes bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Wirtschaftskriminalität diskutiert. Eine Minderheit hat im Ständerat beantragt, dass der Bund die neuen Verfahrenszuständigkeiten auf dem Gebiet von organisierter Kriminalität und Wirtschaftskriminalität nicht nur wahrnehmen könne, sondern in jedem Fall wahrnehmen müsse; angesichts der grossen Herausforderung, die das organisierte Verbrechen für unseren Staat darstelle, müsse der Bund im Kampf dagegen eine primäre Verantwortung übernehmen.

In Ihrer Kommission wurde ein Kompromissantrag von Herm Lauper angenommen; danach muss der Bund die strafbaren Handlungen im Bereich der organisierten Kriminalität, der Geldwäscherei und der Korruption verfolgen, wenn diese ganz oder teilweise im Ausland oder in mehreren Kantonen begangen wurden und nach Umfang und Komplexität eine einheitliche Durchführung der Ermittlungen erfordern. Unter den gleichen Voraussetzungen - aber nur, wenn keine kantonale Strafbehörde mit der Sache befasst ist oder die kantonalen Strafverfolgungsbehörden die Bundesanwaltschaft darum ersuchen - kann die Bundesanwaltschaft im Bereich der Vermögens- und Urkundendelikte, also bei der Wirtschaftskriminalität, ein Ermittlungsverfahren eröffnen, Dieses Modell hat sicher seine Vorteile. Es könnte auf die Dauer effizienter sein als ein Modell mit fakultativen Bundeskompetenzen, wie es der Bundesrat vorschlägt. Aber vor einem solchen Systemwechsel muss aus staatspolitischer und vor allem auch aus finanzpolitischer Sicht geprüft werden, ob man diese Konsequenzen wirklich will.

Staatspolitisch geht es darum, dass unser Bundesstaat nach dem Subsidiaritätsprinzip organisiert ist; der Bund soll also jene Aufgaben übernehmen, welche die Kantone überfordem oder gesamtschweizerisch einer Lösung bedürfen. Der Bundesrat hat hier eine einzelfallbezogene Subsidiarität vorgeschlagen. Ihre Kommission möchte zusätzlich bestimmte Kategorien komplexer Fälle definitiv dem Bund übertragen. Das Erfordernis der Komplexität räumt der Bundesanwaltschaft noch ein gewisses Ermessen ein, so dass von Bundesseite die Zahl der zu übernehmenden Verfahren einigermassen gesteuert werden kann. Der Kommissionsantrag ist deshalb vom Föderalismus her gesehen vertretbar. Aber Sie müssen entscheiden, ob Sie diesen grundlegenden Systemwechsel wünschen und vor allem bezahlen wollen.

Zu diesen Kosten gibt es leider nur grobe Schätzungen. Der Bundesrat schätzt sie für seine Konzeption auf 10,5 Millionen Franken pro Jahr. Diese Zahl ist insofern zuverlässig, als die Bundesanwaltschaft in diesem Fall so viele Verfahren übernehmen kann, wie es die Ressourcen zulassen. Auf weitere Verfahren müsste sie allerdings verzichten. Im Ständerat verlangte eine Minderheit Marty Dick, dass die Verfolgung der organisierten Kriminalität und einiger Delikte aus der Wirtschaftskriminalität obligatorisch dem Bund zustehe. Daraus ergibt sich gemäss einer groben Kostenschätzung eine Mehrbelastung von mehr als 100 Millionen Franken für den Bund, weil der Bund dieselbe Zahl von Personen bereitstellen müsste, wie sie insgesamt in den Kantonen in Sonderdezernaten eingesetzt sind.

Die Kosten des heute zur Debatte stehenden Antrages - also die kombinierte Lösung: zwingende Vorschrift bei der organisierten Kriminalität und Kann-Vorschrift bei der Wirtschaftskriminalität - wurden gegenüber Ihrer Kommission auf 75 Millionen Franken geschätzt. Das ergibt somit 75 Millionen für den Antrag der Kommission sowie gut 10 Millionen für den Entwurf des Bundesrates und den Beschluss des Ständerates. Allerdings gibt es heute auch Indizien dafür, dass zumindest in den ersten Jahren die Kosten weniger als die Hälfte derjenigen betragen dürften, die aufgrund des Konzeptes der Minderheit Marty Dick entstünden. Wir räumen auch ein, dass wir keine genaue Zahl nennen können, weil es überhaupt keine Statistik gibt, die eine verlässliche Zahl von obligatorisch zu übernehmenden Fällen erfasst.

Bei den Kosten ist folgendes zu berücksichtigen: Der Bund kann Spezialisten aus den Kantonen nur rekrutieren, soweit Nachwuchs besteht. Neurekrutierungen beim Bund können ebenfalls nur so weit vorgenommen werden, als die Einarbeitungszeit es erlaubt. Der Aufbau wird deshalb über einige Jahre verteilt. Die heutige Praxis bei der Bekämpfung des Drogenhandels - die Bundesanwaltschaft kann gestützt auf Artikel 259 des Bundesgesetzes über die Bundesstrafrechtspflege interkantonale und internationale Fälle an sich ziehen zeigt, dass auch in vielen grossen Fällen keine Übernahme des Verfahrens durch den Bund erforderlich ist, sondern die Koordination durch die Zentralstellendienste ausreicht. Eine zurückhaltende Anwendung des Kriteriums der Komplexität des Verfahrens kann die Zahl von Bundesverfahren und somit die Kosten niedriger halten als die geschätzten 75 Millionen

Wenn ich Ihnen auch keine genaue Zahl in bezug auf die Kosten nennen kann, welche der Antrag Ihrer Kommission zur Folge hat, so kann ich Ihnen immerhin sagen, wann diese Kosten etwa anfallen werden. Auf das inkrafttreten der Vorlage hin werden wir die in der Botschaft genannten 74 Stellen ausschreiben müssen. Um diese 10,5 Millionen Franken muss das Personalbudget des EJPD von den Räten aufgestockt werden, weil wir keine eigenen Ressourcen mehr haben. Nach einer ersten Einarbeitungsphase kann dann geschätzt werden, ob diese Ressourcen verdoppelt, verdreifacht oder noch stärker erhöht werden müssen. Das Siebenoder Zehnfache ist aber sicher auszuschliessen.

Ich fasse zusammen: Das Konzept Ihrer Kommission ist eine Mittellösung zwischen dem flexiblen Entwurf des Bundesrates und der Maximallösung, dem Bund ganze Bereiche der Strafverfolgung voll zu überbinden. Es ist Ihr Entscheid, den Sie aufgrund staatspolitischer und vor allem auch finanzpolitischer Überlegungen treffen müssen. Es geht also nicht um ein Rosinenpicken der Bundesanwältin, wie es mehrmals gesagt wurde, sondern es geht effektiv darum, ob man diese Kostenverschiebung von den Kantonen zum Bund, zu Lasten des Bundes, in Kauf nehmen will. Ich bin insgesamt der Auffassung, dass die Konzeption von Bundesrat und Ständerat den Vorzug verdient. Sie ermöglicht es, dass die Bundesbehörden die neue Verantwortung nicht von einem Tag auf den anderen übernehmen müssen, sondern auch in die neue Aufgabe hineinwachsen können.

in diesem Sinne bitte ich Sie, auf die Vorlage einzutreten.

Entwurf 98.009 - Projet 98.009

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen L'entrée en matière est décidée sans opposition

A. Schweizerisches Strafgesetzbuch A. Code pénal suisse

Detailberatung - Examen de détail

Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Titre et préambule, ch. l introduction

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 340bis

Antrag der Kommission

Titel

Bei organisiertem Verbrechen und Wirtschaftskriminalität

Der Bundesgerichtsbarkeit unterstehen zudem die strafbaren Handlungen nach den Artikeln 260ter, 288, 305bis. 305ter. 315 und 316 sowie die Verbrechen, die von einer kriminellen Organisation im Sinne von Artikel 260ter ausgehen, wenn die strafbaren Handlungen:

a. ganz oder teilweise im Ausland oder in mehreren Kantonen begangen wurden; und

b. nach Umfang und Komplexität eine einheitliche Durchführung der Ermittlungen erfordern.

Abs. 2

Bei Verbrechen des zweiten und elften Titels kann die Bundesanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren eröffnen, wenn:

a. die Voraussetzungen von Absatz 1 vorliegen; und

b. keine kantonale Strafverfolgungsbehörde mit der Sache befasst ist oder die zuständige kantonale Strafverfolgungsbehörde die Bundesanwaltschaft um Übernahme des Verfahrens ersucht.

Abs. 3

Die Eröffnung des Ermittlungsverfahrens gemäss Absatz 2 begründet Bundesgerichtsbarkeit.

Art. 340bis

Proposition de la commission

Titre

En matière de crime organisé et de criminalité économique

Sont également soumis à la juridiction fédérale les infractions aux articles 260ter, 288, 305bis, 305ter, 315 et 316, ainsi que les crimes qui sont le fait d'une organisation criminelle au sens de l'article 260ter:

a. si les actes punissables ont été commis totalement ou partiellement à l'étranger ou dans plusieurs cantons; et b. si leur ampleur et leur complexité exigent l'unité des inves-

tigations. ĀĪ. 2

En matière de crimes des deuxième et onzième titre, le ministère public de la Confédération peut ouvrir une procédure d'investigation, lorsque:

a. les conditions de l'alinéa 1 er sont réalisées; et que

b. aucune autorité cantonale de poursuite pénale n'est saisie de l'affaire ou que l'autorité cantonale de poursuite pénale compétente sollicite du Ministère public de la Confédération la reprise de la procédure.

Al. 3

L'ouverture de la procédure d'investigation selon l'alinéa 2 fonde la compétence fédérale.

Abstimmung - Vote Für den Antrag der Kommission Für den Antrag des Bundesrates

101 Stimmen 5 Stimmen

Art. 344 Ziff. 1

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 344 ch. 1

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 374 Abs. 1 Antrag der Kommission Unverändert

Art. 374 al. 1 Proposition de la commission Inchangé

Angenommen - Adopté

Ziff. II, III

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. II, III

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Namentliche Gesamtabstimmung Vote sur l'ensemble, nominatif (Ref.: 3141)

Für Annahme des Entwurfes stimmen - Acceptent le projet: Aeppli, Aguet, Alder, Antille, Baader, Banga, Baumann Stephanie, Berberat, Binder, Blaser, Borel, Borer, Brunner Toni, Bühlmann, Chiffelle, Christen, Comby, Debons, Dettling, Donati, Dormann, Ducrot, Dünki, Dupraz, Durrer, Eberhard, Egerszegi, Eggly, Ehrler, Engelberger, Engler, Epiney, Eymann, Fankhauser, Fasel, Fässler, Fehr Jacqueline, Fehr Lisbeth, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Florio, Föhn, Freund, Fritschi, Goll, Gonseth, Gros Jean-Michel, Gross Jost, Grossenbacher, Günter, Gysin Remo, Hafner Ursula, Hasler Ernst, Hegetschweiler, Heim, Hess Otto, Hochreutener, Jans, Jutzet, Kalbermatten, Keller Christine, Kunz, Lauper, Leemann, Leu, Leuenberger, Loeb, Maitre, Meier Hans, Meyer Thérèse, Pelli, Philipona, Ratti, Rennwald, Ruckstuhl, Ruf, Sandoz Marcel, Schaller, Schenk, Schlüer, Schmid Odilo, Schmied Walter, Seiler Hanspeter, Stamm Luzi, Steiner, Stump, Tschäppät, Tschopp, Tschuppert, Vetterli, Vogel, von Felten, Weigelt, Weyeneth, Widrig, Wiederker, Wittenwiler, Zapfl, Zbinden, Ziegler, Zwygart

Entschuldigt/abwesend sind - Sont excusés/absents: Ammann Schoch, Aregger, Bangerter, Baumann Alexander, Baumann Ruedi, Baumberger, Beck, Béguelin, Bezzola, Bircher, Blocher, Bonny, Bortoluzzi, Bosshard, Bührer, Burgener, Carobbio, Cavadini Adriano, Cavalli, Columberg, David, de Dardel, Dreher, Fehr Hans, Frey Claude, Frey Walter, Friderici, Gadient, Geiser, Genner, Giezendanner, Grobet, Gross Andreas, Guisan, Gusset, Gysin Hans Rudolf, Haering Binder, Hämmerle, Herczog, Hess Peter, Hollenstein, Hubmann, Imhof, Jaquet, Jeanprêtre, Keller Rudolf, Kofmel, Kuhn, Kühne, Lachat, Langenberger, Lötscher, Marti Werner, Maspoli, Maurer, Maury Pasquier, Meyer Theo, Moser, Mühlemann, Müller Erich, Müller-Hemmi, Nabholz, Oehrli, Ostermann, Pidoux, Pini, Raggenbass, Randegger, Rechsteiner Paul, Rechsteiner Rudolf, Roth, Ruffy, Rychen, Scherrer Jürg, Scheurer, Schmid Samuel, Semadeni, Simon, Speck, Spielmann, Stamm Judith, Steffen, Steinegger, Steinemann, Strahm, Stucky, Suter, Teuscher, Thanei, Theiler, Vallender, Vermot, Vollmer, von Allmen, Waber, Weber Agnes, Widmer, Wyss (98)

Präsidium, stimmt nicht – Présidence, ne vote pas: Heberlein B. Bundesgesetz über die BundesstrafrechtspflegeB. Loi fédérale sur la procédure pénale

Detailberatung - Examen de détail

Titel und Ingress, Ziff. I-III

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, ch. I-III Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Namentliche Gesamtabstimmung Vote sur l'ensemble, nominatif (Ref.: 3142)

Für Annahme des Entwurfes stimmen - Acceptent le projet: Aeppli, Aguet, Alder, Ammann Schoch, Antille, Baader, Banga, Bangerter, Baumann Stephanie, Berberat, Binder, Blaser, Borel, Borer, Brunner Toni, Bühlmann, Burgener, Chiffelle, Christen, Comby, Debons, Dettling, Donati, Dormann, Ducrot, Dünki, Dupraz, Durrer, Eberhard, Egerszegi, Eggly, Ehrler, Engler, Epiney, Eymann, Fankhauser, Fasel, Fässler, Fehr Jacqueline, Fehr Lisbeth, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Florio, Föhn, Freund, Fritschi, Goll, Gonseth, Gros Jean-Michel, Gross Andreas, Gross Jost, Gross senbacher, Günter, Gysin Remo, Hafner Ursula, Hasier Ernst, Hegetschweiler, Heim, Hess Otto, Hochreutener, Jans, Jutzet, Kalbermatten, Keller Christine, Kuhn, Kunz, Lauper, Leemann, Leu, Leuenberger, Lötscher, Maitre, Meier Hans, Meyer Thérèse, Müller Erich, Pelli, Philipona, Rechsteiner Paul, Rennwald, Ruckstuhl, Ruf, Sandoz Marcel, Schaller, Schenk, Schlüer, Schmid Odilo, Schmied Wal-Seiler Hanspeter, Stamm Luzi, Steiner, Stump, Tschäppät, Tschopp, Tschuppert, Vetterli, Vogel, von Allmen, von Felten, Weigelt, Weyeneth, Widrig, Wiederkehr, Wittenwiler, Zapfl, Zbinden (105)

Entschuldigt/abwesend sind – Sont excusés/absents:
Aregger, Baumann Alexander, Baumann Ruedi, Baumberger, Beck, Béguelin, Bezzola, Bircher, Blocher, Bonny, Bortoluzzi, Bosshard, Bührer, Carobbio, Cavadini Adriano, Cavalli, Columberg, David, de Dardel, Dreher, Engelberger, Fehr Hans, Frey Claude, Frey Walter, Friderici, Gadient, Geiser, Genner, Giezendanner, Grobet, Guisan, Gusset, Gysin Hans Rudolf, Haering Binder, Hämmerle, Herczog, Hess Peter, Hollenstein, Hubmann, Imhof, Jaquet, Jeanprêtre, Keller Rudolf, Kofmel, Kühne, Lachat, Langenberger, Loeb, Marti Werner, Maspoli, Maurer, Maury Pasquier, Meyer Theo, Moser, Mühlemann, Müller-Hemmi, Nabholz, Oehrli, Ostermann, Pidoux, Pini, Raggenbass, Randegger, Ratti, Rechsteiner Rudolf, Roth, Ruffy, Rychen, Scherrer Jürg, Scheurer, Schmid Samuel, Semadeni, Simon, Speck, Spielmann, Stamm Judith, Steffen, Steinegger, Steinemann, Strahm, Stucky, Suter, Teuscher, Thanei, Theiler, Vallender, Vermot, Vollmer, Waber, Weber Agnes, Widmer, Wyss, Ziegler, Zwygart

Präsidium, stimmt nicht – Présidence, ne vote pas: Heberlein

C. Bundesgesetz über das Verwaltungsstrafrecht C. Loi fédérale sur le droit pénal administratif

Detailberatung - Examen de détail

(1)

Titel und Ingress, Ziff. I, II Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates (1)

Titre et préambule, ch. I, II Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Namentliche Gesamtabstimmung Vote sur l'ensemble, nominatif (Ref.: 3143)

Für Annahme des Entwurfes stimmen - Acceptent le projet: Aguet, Alder, Ammann Schoch, Antille, Baader, Banga, Bangerter, Baumann Stephanie, Berberat, Binder, Blaser, Borel, Brunner Toni, Bühlmann, Burgener, Christen, Debons, Dettling, Donati, Dormann, Ducrot, Dünki, Durrer, Eberhard, Egerszegi, Eggly, Ehrler, Engler, Epiney, Eymann, Fankhauser, Fasel, Fässler, Fehr Jacqueline, Fehr Lisbeth, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Florio, Föhn, Freund, Fritschi, Goll, Gonseth, Gros Jean-Michel, Grossenbacher, Günter, Gysin Remo, Hafner Ursula, Hasler Ernst, Hegetschweiler, Heim, Hess Otto, Hochreutener, Hubmann, Jans, Kalbermatten, Keller Christine, Kuhn, Kunz, Lauper, Leemann, Leu, Leuenberger, Lötscher, Maitre, Meier Hans, Meyer Thérèse, Pelli, Philipona, Rennwald, Ruckstuhl, Ruf, Sandoz Marcel, Schaller, Schenk, Schlüer, Schmid Odilo, Schmied Walter, Seiler Hanspeter, Stamm Judith, Stamm Luzi, Steiner, Stump, Tschäppät, Tschopp, Tschuppert, Vetterli, Vogel, von Allmen, von Felten, Weigelt, Weyeneth, Widrig, Wiederkehr, Wittenwiler, Zapfl, Zbinden

Entschuldigt/abwesend sind - Sont excusés/absents: Aeppli, Aregger, Baumann Alexander, Baumann Ruedi, Baumberger, Beck, Béguelin, Bezzola, Bircher, Blocher, Bonny, Borer, Bortoluzzi, Bosshard, Bührer, Carobbio, Cavadini Adriano, Cavalli, Chiffelle, Columberg, Comby, David, de Dardel, Dreher, Dupraz, Engelberger, Fehr Hans, Frey Claude, Frey Walter, Friderici, Gadient, Geiser, Genner, Giezendanner, Grobet, Gross Andreas, Gross Jost, Guisan, Gusset, Gysin Hans Rudolf, Haering Binder, Hämmerle, Herczog, Hess Peter, Hollenstein, Imhof, Jaquet, Jeanprêtre, Jutzet, Keller Rudolf, Kofmel, Kühne, Lachat, Langenberger, Loeb, Marti Werner, Maspoli, Maurer, Maury Pasquier, Meyer Theo, Moser, Mühlemann, Müller Erich, Müller-Hemmi, Nabholz, Oehrli, Ostermann, Pidoux, Pini, Raggenbass, Randegger, Ratti, Rechsteiner Paul, Rechsteiner Rudolf, Roth, Ruffy, Rychen, Scherrer Jürg, Scheurer, Schmid Samuel, Semadeni, Simon, Speck, Spielmann, Steffen, Steinegger, Steinemann, Strahm, Stucky, Suter, Teuscher, Thanei, Theiler, Vallender, Vermot, Vollmer, Waber, Weber Agnes, Widmer, Wyss, Ziegler, Zwygart (102)

Präsidium, stimmt nicht – Présidence, ne vote pas: Heberlein

An den Ständerat - Au Conseil des Etats

Motion 98.3366

Präsidentin: Die Kommission beantragt, die Motion des Ständerates zu überweisen. Der Bundesrat ist bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Überwiesen - Transmis

Entwurf 93.062 - Projet 93.062

Präsidentin: Die Kommission beantragt, dem Ständerat zuzustimmen und auf dieses Geschäft nicht einzutreten.

Angenommen - Adopté

99.010

Kantonsverfassungen (LU, NW, GL, BL, SH, AR, GR, AG). Gewährleistung

Constitutions cantonales (LU, NW, GL, BL, SH, AR, GR, AG). Garantie

Botschaft und Beschlussentwurf vom 27. Januar 1999 (BBI 1999 2514) Message et projet d'arrêté du 27 janvier 1999 (FF 1999 2299) Beschluss des Ständerates vom 2. Juni 1999 Décision du Conseil des Etats du 2 juin 1999 Kategorie V, Art. 68 GRN – Catégorie V, art. 68 RCN

Leu Josef (C, LU) unterbreitet im Namen der Staatspolitischen Kommission (SPK) den folgenden schriftlichen Bericht:

Nach Artikel 6 Absatz 1 der Bundesverfassung sind die Kantone verpflichtet, für ihre Verfassungen die Gewährleistung des Bundes einzuholen. Nach Absatz 2 des gleichen Artikels gewährleistet der Bund kantonale Verfassungen, wenn sie weder die Bundesverfassung noch das übrige Bundesrecht verletzen, die Ausübung der politischen Rechte in republikanischen Formen sichern, vom Volk angenommen worden sind und revidiert werden können, sofern die absolute Mehrheit der Bürger es verlangt. Erfüllt eine kantonale Verfassung diese Voraussetzungen, so muss sie gewährleistet werden; erfüllt eine kantonale Verfassungsnorm eine dieser Voraussetzungen nicht, so darf sie nicht gewährleistet werden. Die vorliegenden Verfassungsänderungen haben zum Gegenstend:

- Luzem: Verkleinerung des Grossen Rates;

 Nidwalden: Anzahl der Mitglieder des Regierungsrates, Gesetzgebungskompetenzen, Amtsdauer der Mitglieder des Landratsbüros, Aufnahme von öffentlichen Anleihen, Abschaffung der Amtsdauer der Bearntinnen und Bearnten, Quorumszahlen in Gemeindeangelegenheiten;

- Glarus: öffentliche Verteidigung;

- Basel-Landschaft: Personalrecht, Änderungen des obligatorischen Gesetzes- und Staatsvertragsreferendums, Besonderes Untersuchungsrichteramt, Wald;
- Schaffhausen: Organisation des Einzelrichterwesens;
- Appenzell Ausserrhoden: Änderungen im Bereich der politischen Rechte;

- Graubünden: Finanzordnung;

(1)

- Aargau: Betriebe der Energieversorgung.

Alle Änderungen entsprechen Artikel 6 Absatz 2 der Bundesverfassung, sie sind deshalb zu gewährleisten.

Leu Josef (C, LU) présente au nom de la Commission des institutions politiques (CIP) le rapport écrit suivant:

En vertu de l'article 6 alinéa 1 er de la Constitution fédérale, les cantons sont tenus de demander à la Confédération la garantie de leur constitution. Selon l'alinéa 2 de ce même article, la Confédération accorde la garantie, pour autant que ces constitutions soient conformes à la Constitution fédérale et à l'ensemble du droit fédéral, qu'elles assurent l'exercice des droits politiques selon des formes républicaines, qu'elles aient été acceptées par le peuple et qu'elles puissent être révisées lorsque la majorité absolue des citoyens le demande. Si une disposition constitutionnelle cantonale remplit toutes ces conditions, la garantie fédérale doit lui être accordée; sinon, elle lui est refusée.

En l'espèce, les modifications constitutionnelles ont pour objet:

- Lucerne: la réduction du nombre de députés au Grand Conseil;
- Unterwald-le-Bas: la réduction du nombre des membres du Conseil d'Etat, les compétences législatives, la durée du

Massnahmen zur Verbesserung der Effizienz und der Rechtsstaatlichkeit in der Strafverfolgung. Gesetzesänderungen

S

Mesures tendant à l'amélioration de l'efficacité et de la légalité dans la poursuite pénale. Modification de lois

Differenzen - Divergences

Siehe Jahrgang 1998, Seite 1173 – Voir année 1998, page 1173 Beschiuss des Nationalrates vom 10. Juni 1999 Décision du Conseil national du 10 juin 1999

A. Schweizerisches Strafgesetzbuch A. Code pénal suisse

Art. 340bis

Antrag der Kommission

Abs. 1

.... von Artikel 260ter ausgehen, wenn

- a. Festhalten
- b. Festhalten
- c. Streichen

Abs. 2, 3

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 340bis

Proposition de la commission

Al. 1

- 260ter, si
- a. Maintenir
- b. Maintenir
- c. Biffer

Al. 2. 3

Adhérer à la décision du Conseil national

Art. 374 Abs. 1

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 374 al. 1

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national

Ziff. Il Ziff. 1 Art. 18bis Abs. 1bis

Antrag der Kommission

Er kann einfache Verfahren den kantonalen Behörden zur Untersuchung, Anklage und Beurteilung übertragen.

Ch. II ch. 1 art. 18bis al, 1bis

Proposition de la commission

Il peut déléguer les enquêtes simples aux autorités cantonales pour instruction, accusation et jugement.

Brunner Christiane (S, GE), rapporteuse: Pour mémoire, le projet du Conseil fédéral est divisé en trois projets d'arrêtés fédéraux:

- le premier porte sur l'introduction d'un nouvel article 340bis dans le Code pénal pour attribuer de nouvelles compétences à la Confédération en matière de poursuite de la criminalité économique et du crime organisé;
- le deuxième consiste en une révision de la loi fédérale sur la procédure pénale dans le sens d'une amélioration des droits de la défense;

 le troisième porte sur la révision de la loi fédérale sur le droit pénal administratif dans la direction d'une délégation de compétences aux autorités fédérales ou cantonales de poursuite pénale.

Les divergences qui subsistent encore entre le Conseil national et votre commission concernent uniquement le premier arrêté, plus précisément la teneur de l'article 340bis du Code pénal. C'est particulièrement la formulation de cet article 340bis qui a été au centre de nos débats, lors de la session d'automne et d'hiver 1998. Nous avions rejeté, par 25 voix contre 11, la proposition Marty Dick qui proposait d'attribuer à la Confédération une compétence impérative de poursuivre la criminalité économique et organisée.

Notre Conseil a donc privilégié la compétence potestative, tout en précisant les critères alternatifs autorisant l'intervention de la Confédération. Nous avons également introduit un nouveau critère ayant trait aux ressources à disposition des cantons pour la poursuite de ce type particulier de criminalité. Le Conseil national, sur proposition de la majorité de sa commission, ne nous a pas suivis, puisque c'est par 101 voix contre 5 qu'il a tranché en faveur d'un système mixte, en accordant à la Confédération une compétence impérative pour la poursuite de la criminalité économique grave — corruption, blanchiment d'argent — et de la criminalité organisée, lorsqu'il s'agit d'infractions commises au niveau international ou intercantonal, ou lorsque ces affaires sont complexes et importantes par leur ampleur.

Le Conseil national a supprimé la référence aux ressources dont les cantons disposent. Le système mixte retenu par le Conseil national engendrera des coûts supplémentaires estimés à 15 millions de francs par rapport à ceux budgetés dans le message du Conseil fédéral, soit au total 25,5 millions de francs. Pour certains, cet accroissement des coûts n'est en aucun cas alarmant, dans la mesure où les cantons seront déchargés financièrement de par cette attribution de compétence à la Confédération, et où une poursuite pénale efficace de ce type de criminalité engendrera également des avantages financiers.

Toutefois, dans le souci d'éviter que le Ministère public de la Confédération ne soit contraint de poursuivre des cas «bagatelles» de criminalité économique, le Conseil national a conféré à la Confédération une compétence potestative en matière de poursuite d'infractions telles que des vols, des faux dans les titres, soit les infractions contenues dans les titres deuxième et onzième de la partie spéciale du Code pénal suisse

Pour le Conseil national, la poursuite de ces infractions doit ressortir de la compétence de la Confédération aux conditions cumulatives suivantes: premièrement, si elles ont été commises «totalement ou partiellement à l'étranger ou dans plusieurs cantons»; et deuxièmement, «si leur ampleur et leur complexité exigent l'unité des investigations», et pour autant qu'aucune autorité cantonale de poursuite pénale ne soit saisie de l'affaire, ou que l'autorité cantonale de poursuite pénale compétente sollicite du Ministère public de la Confédération la reprise de la procédure.

Sur proposition de M. Danioth, votre commission a, à l'unanimité, à nouveau renoncé à suivre la version du Conseil fédéral en ce qui concerne le critère de l'ampleur et de la complexité des investigations. Ces notions de complexité et d'ampleur sont en effet propres à générer des conflits de compétence entre la Confédération et les cantons, d'autant plus qu'elles sont difficiles à définir de manière objective. Nous avons ainsi maintenu la divergence avec le Conseil national, en privilégiant des critères objectifs, c'est-à-dire la commission des actes en grande partie à l'étranger, ou la commission des actes dans plusieurs cantons, sans qu'il existe un centre de gravité net dans l'un d'entre eux.

J'en viens ainsi – d'ailleurs, il faut prendre les deux articles en même temps parce qu'ils ont un lien – à l'article 18bis. Car pour éviter que la Confédération ait à ouvrir une procédure d'investigation pour les affaires simples uniquement parce que les faits constitutifs de grave criminalité économique, au sens de l'article 340bis alinéa 1er, se sont déroulés dans plusieurs cantons, la commission a accepté, à l'unanimité tou-

jours, l'introduction d'un nouvel alinéa 1 bis à l'article 18 bis de la loi fédérale sur la procédure pénale.

En effet, plus le canton est petit, plus la probabilité est grande que les actes punissables s'étendent au-delà des frontières cantonales. Si, par exemple, un homme d'affaires corrompait tant les autorités fiscales du canton d'Appenzell Rhodes-Intérieures que les autorités fiscales du canton d'Appenzell Rhodes-Extérieures, la compétence de la Confédération serait déjà donnée, quand bien même l'importance de l'affaire n'aurait pas exigé l'intervention de la Confédération. Il faut donc tempérer quelque peu les critères que nous avons maintenus aux lettres a et b de l'alinéa 1er de l'article 340bis du Code pénal par l'introduction d'une disposition stipulant que le procureur général peut déléguer les enquêtes simples aux autorités cantonales pour instruction, accusation et jugement. Le nouvel alinéa 1 bis de l'article 18 bis de la loi fédérale sur la procédure pénale se rapproche par ailleurs des critères d'ampleur et de complexité qui auraient été souhaités, tant par le Conseil fédéral que par le Conseil national, tout en avant le mérite de clarifier la question de l'attribution de com-

Donc, pour les cas «bagatelles» de criminalité économique, votre commission s'est ralliée à la décision du Conseil national de conférer une compétence potestative au Ministère public de la Confédération, à savoir que la Confédération possède une compétence d'investigation, pour autant qu'aucune autorité cantonale de poursuite pénale ne soit saisie de l'affaire ou que l'autorité cantonale de poursuite pénale compétente sollicite du Ministère public de la Confédération la reprise de la procédure.

Votre commission a finalement décidé de se rallier à la décision du Conseil national en abandonnant le critère des ressources à disposition des cantons; nous avons convenu avec le Conseil national que les organes de coordination que sont les Offices centraux de police criminelle constituent des instruments efficaces pour soutenir les cantons qui présentent des lacunes en personnel qualifié et en infrastructure.

Nous vous invitons à soutenir sa proposition et à maintenir la divergence avec le Conseil national aux articles 340bis alinéa 1er lettres a et b du Code pénal, ainsi qu'à l'article 18bis alinéa 1bis de la loi fédérale sur la procédure pénale, ces deux articles devant se comprendre ensemble.

Marty Dick (R, TI): Seulement deux mots. Tout d'abord, je ne résiste pas à la tentation de dire que nul n'est prophète dans sa Chambre – je pense naturellement aux Chambres fédérales –, vu que ma proposition a été reprise en grande partie par le Conseil national.

J'aimerais toutefois préciser que les coûts de cette opération ne sont pas de 15 millions de francs, comme cela est indiqué d'une façon erronée dans le procès-verbal de la commission, mais de 50 millions de francs. D'ailleurs, en relisant le procès-verbal, on voit que je reprends moi-même le chiffre de 50 millions de francs, au sein de la commission. Cette somme ne doit pas nous épouvanter, car grâce à celle-ci nous avons la possibilité d'organiser une répression pénale beaucoup plus efficace et cet investissement aura un retour positif pour l'ensemble de l'économie.

D'autre part, ces frais assumés par la Confédération seront autant de frais que les cantons auront en moins, et je vous rappelle qu'on avait adopté une motion invitant à repenser la répartition des coûts financiers entre la Confédération et les cantons dans ce domaine.

Je crois que cette précision était nécessaire.

Danioth Hans (C, UR): Ich erlaube mir auch noch, zwei Bemerkungen anzuführen. Ich glaube, wir haben nun zusammen mit dem Nationalrat aufgrund der seinerzeitigen Version von Kollege Marty Dick eine Lösung gefunden, vor allem auch mit der Möglichkeit, gemäss Artikel 18bis des Bundesgesetzes über die Bundesstrafrechtspflege in jedem Stadium des Verfahrens einfache Fälle von der Bundesanwaltschaft auf die Kantone zu übertragen. Es kann also eine gewisse Eindämmung des Überhandnehmens der Fälle beim Bund erfolgen. Das ist das eine.

Das andere habe ich schon in der Kommission gesagt und möchte es hier auch wiederholen. Wie ein roter Faden zog sich der Vorwurf durch die Debatte, die Lösung des Bundesrates bzw. des Ständerates ermögliche es der Bundesanwältin, attraktive Fälle herauszugreifen und den Rest den Kantonen zu überlassen, d. h., eine Politik des Rosinenpickens zu betreiben. Es scheint mir eigenartig zu sein, dass wir eine «Lex Del Ponte» machen wollen; jetzt ist das ja Vergangenheit. Wir sollten die Gesetze nicht ad personam zimmern, sondern die Bedürfnisse klären und eine sachliche, bedarfsgerechte Lösung finden. Das wollte ich hier als Antwort auf die überdeutliche Kritik im Nationalrat doch noch sagen.

F

Brunner Christiane (S, GE), rapporteuse: Je veux juste confirmer la précision apportée par M. Marty Dick. J'ai mentionné tout à l'heure le montant de 15 millions de francs au lieu de celui de 50 millions de francs. M. Marty a raison, il s'agit bien d'un montant de 50 millions de francs. Je partage par ailleurs la justification qu'il a apportée à l'investissement de ce montant.

Metzler Ruth, Bundesrätin: Ihr Rat hatte in grundsätzlicher Übereinstimmung mit dem Entwurf des Bundesrates beschlossen, dass die Strafverfolgungskompetenz des Bundes auf dem Gebiet komplexer Kriminalität eine fakultative sein solle. Dies vor allem aus finanziellen Gründen, aber auch aus föderalistischer Rücksichtnahme und auch, um den Bundesbehörden ein sukzessives Hineinwachsen in die neuen Aufgaben zu ermöglichen.

Der Nationalrat hat anders entschieden und will, dass die Bundesbehörden, abgesehen von Bagatellfällen, allein für die Bekämpfung von organisierter Kriminalität – einschliesslich internationaler und interkantonaler Korruption und Geldwäscherei – zuständig sein sollen. Auf dem Gebiet der Wirtschaftskriminalität hingegen bleiben grundsätzlich die Kantone zuständig. Sie können aber den Bund um Übernahme eines Verfahrens ersuchen.

Ihre vorberatende Kommission hat sich nun im Grundsatz dieser Konzeption angeschlossen. Der Bundesrat widersetzt sich dem Systemwechsel nicht, er weist aber noch einmal deutlich darauf hin, dass damit recht einschneidende finanzielle Konsequenzen verbunden sind. Auch wenn sich die diesbezüglichen Kosten heute nur ganz grob abschätzen lassen, können sie mittelfristig doch um die 50 Millionen Franken pro Jahr betragen. Es ist mir wichtig, dies hier noch einmal zu unterstreichen. Ich will, um übertriebenen Erwartungen vorzubeugen, auch klar darauf hinweisen, dass es einige Zeit dauern wird, bis die nötige Infrastruktur auf Bundesebene aufgebaut ist und die neue Organisation ihr volles Rendement erbringen kann.

Was die verbleibenden Differenzen zwischen den Anträgen Ihrer Kommission und den Beschlüssen des Nationalrates anbelangt, so sind diese von nicht allzu grosser Tragweite. Im wesentlichen geht es dabei darum, dass der Ständerat die Kompetenzen des Bundes etwas einschränkender umschreiben will, indem Bundesbehörden nur tätig werden sollen, wenn die Straftaten einen eigentlichen Schwerpunkt im Ausland haben oder wenn im interkantonalen Verfahren kein eindeutiger Anknüpfungspunkt bei einem Kanton gegeben ist. Der Nationalrat wie auch Ihre Kommission wollen aber, dass Bagatellfälle nach wie vor von den kantonalen Behörden behandelt werden können. Gerade auch mit Blick auf diesen letzten Punkt kann der Bundesrat sowohl mit der Option des Nationalrates wie auch mit jener Ihrer Kommission leben.

Angenommen – Adopté

An den Nationalrat - Au Conseil national

Massnahmen zur Verbesserung der Effizienz und der Rechtsstaatlichkeit in der Strafverfolgung. Gesetzesänderungen

Mesures tendant à l'amélioration de l'efficacité et de la légalité dans la poursuite pénale. Modification de lois

Differenzen - Divergences

Botschaft des Bundesrates 28.01.98 (BBI 1998 1529) Message du Conseil fédéral 28.01.98 (FF 1998 1253) Ständerat/Conseil des Etats 07.10.98 Ständerat/Conseil des Etats 01.12.98 Nationalrat/Conseil national 10.06.99 Ständerat/Conseil des Etats 28.09.99

Lauper Hubert (C, FR), pour la commission: La loi dont nous liquidons les divergences aujourd'hui a pour but d'instituer de nouvelles compétences de procédure en faveur de la Confédération dans les domaines du crime organisé et de la criminalité économique. Pour ce faire, le Conseil fédéral nous a soumis un certain nombre de modifications du Code pénal suisse et de la loi fédérale sur la procédure pénale. Si le projet du Conseil fédéral a passé presque sans encombre le cap du Conseil des Etats, il n'en a pas été de même dans notre Conseil, puisque nous avons un peu malmené l'article 340bis CP. Je vous rappelle que le Conseil fédéral voulait permettre au Ministère public de la Confédération de se saisir des causes en matière de crime organisé et de criminalité économique, mais sous forme de la «Kann-Vorschrift», c'est-à-dire que cette disposition devenait le libreservice du Procureur général de la Confédération.

Nous n'avons pas voulu, en commission et dans ce Conseil, de cette manière de libre-service, et nous avons imposé la «Muss-Vorschrift», ce qui fait qu'en matière de crime organisé et de criminalité économique, le Ministère public de la Confédération doit se saisir, et il n'a pas le choix. Tout au plus a-t-on admis que, dans les enquêtes simples, il pouvait déléguer l'instruction, l'accusation et le jugement aux cantons.

Le Conseil des Etats a pratiquement suivi les décisions du Conseil national et, à part quelques petites modifications rédactionnelles, nous pouvons dire que nous pouvons nous satisfaire du texte tel qu'il est ressorti du Conseil des Etats. Nous obtenons ainsi satisfaction sur cette question de principe de la saisie, par le Ministère public de la Confédération, des actes punissables en matière de crime organisé et de criminalité économique.

Je vous propose donc d'approuver les propositions de la Commission des affaires juridiques d'adhérer aux décisions du Conseil des Etats.

Tschäppät Alexander (S, BE), für die Kommission: Es gibt nur noch eine kleine Differenz: In Bagatellfällen kann die Kompetenz künftig ohne Problem vom Bund an die kantonalen Strafverfolgungsbehörden delegiert werden; das, nachdem man bei der Bundeskompetenz bei der Muss-Formel verbleibt

Die einstimmige Kommission für Rechtsfragen empfiehlt Ihnen, sich bei dieser Differenz dem Ständerat anzuschliessen und damit das Geschäft heute definitiv zu bereinigen.

Präsident (Seiler Hanspeter, Präsident): Die SVP-Fraktion teilt mit, dass sie sich den Anträgen der Kommission anschliesst

Metzler Ruth, Bundesrätin: Die erweiterten Bundeskompetenzen bedeuten für den Bund personelle und finanzielle Mehraufwendungen; bisher haben wir dabei von Millionenbeträgen gesprochen. Nach den Schlussabstimmungen werden wir bei der Umsetzung aber nicht nur von Geld, sondern auch von Personen und Infrastrukturen sprechen müssen. Bevor der Bundesrat diese Vorlage in Kraft setzen kann, muss der Vollzug gesichert sein. Dies bedeutet, dass der Ausbau der Bundesanwaltschaft, der Untersuchungsrichterämter und des Bundesamtes für Polizeiwesen rasch an die Hand genommen werden muss. Da dabei keine Anfänger, sondern erfahrene Praktiker rekrutiert werden, muss das nötige Personal von den Kantonen geholt werden. Im Sinne der Nachhaltigkeit dürfen wir bei den Kantonen nur so viel Substanz abschöpfen, wie dort auch Nachwuchs rekrutiert werden kann. Die Mehrbelastung wird mit einer zeitlichen Verschiebung zuerst bei der Polizei, dann bei der Bundesanwaltschaft und zuletzt bei den Untersuchungsrichtern anfallen. Der neue Bundesanwalt muss bereit sein, seine neuen Kompetenzen vorerst zurückhaltend wahrzunehmen. Bei den obligatorischen Fällen muss er die Schwelle der Internationalität und der Komplexität zu Beginn hoch ansetzen und nur wenige fakultative Fälle an sich ziehen.

Die Beachtung dieser Rahmenbedingungen wird es dem Bundesrat erlauben, auch diese Vorlage im Verlauf des zweiten Semesters 2000 in Kraft zu setzen. Aber die Räte und die Kantone müssen zustimmend zur Kenntnis nehmen, dass die volle Operationalität erst in einigen Jahren erreicht sein wird.

- 1. Schweizerisches Strafgesetzbuch
- 1. Code pénal suisse

Ziff. I Art. 340bis Abs. 1; Ziff. II Art. 18bis Abs. 1bis Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. I art. 340bis al. 1; ch. II art. 18bis al. 1bis Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

98.067

Gerichtsstand in Zivilsachen. Bundesgesetz Fors en matière civile. Loi fédérale

Differenzen - Divergences

Botschaft des Bundesrates 18.11.98 (BBI 1999 2829) Message du Conseil fédéral 18.11.98 (FF 1999 2591) Nationalrat/Conseil national 10.06.99 Ständerat/Conseil des Etats 05.10.99

Lauper Hubert (C, FR), pour la commission: La Commission des affaires juridiques s'étant ralliée à la plupart des décisions du Conseil des Etats, il n'y a plus que quelques divergences, que nous vous proposons de maintenir. C'est ainsi qu'aux articles 22, 27 et 38, la commission diverge d'avec le Conseil des Etats. A l'article 41, par contre, la majorité de la commission propose de maintenir une divergence, alors que la minorité de la commission se rallie à la décision du Conseil des Etats.

Revidierte Rheinschifffahrtsakte. Zusatzprotokoll Nr. 5 Convention révisée pour la navigation du Rhin. Protocole additionnel No 5

Schlussabstimmung - Vote final

Botschaft des Bundesrates 08.09.99 (BBI 1999 9089) Message du Conseil fédéral 08.09.99 (FF 1999 8449) Ständerat/Conseil des Etats 08.12.99 Nationalrat/Conseil national 21.12.99 Ständerat/Conseil des Etats 21.12.99 Nationalrat/Conseil national 21.12.99

1. Bundesgesetz über die Durchführung von Auflagen für die Inbetriebnahme von Rheinschiffen und von Massnahmen zur Förderung des Rheinschiffsverkehrs 1. Loi fédérale concernant la mise en œuvre des conditions applicables à la mise en service des bateaux de la navigation rhénane et les mesures en vue de promouvoir la navigation rhénane

Abstimmung - Vote Für Annahme des Entwurfes 39 Stimmen (Einstimmigkeit)

2. Bundesbeschluss betreffend das Zusatzprotokoll Nr. 5 zur Revidierten Rheinschifffahrtsakte 2. Arrêté fédéral portant approbation du protocole additionnel No 5 à la Convention révisée pour la navigation du Rhin

Abstimmung - Vote Für Annahme des Entwurfes 39 Stimmen (Einstimmigkeit)

An den Nationalrat - Au Conseil national

98.009

Massnahmen zur Verbesserung der Effizienz und der Rechtsstaatlichkeit in der Strafverfolgung. Gesetzesänderungen

Mesures tendant à l'amélioration de l'efficacité et de la légalité dans la poursuite pénale. Modification de lois

Ständerat/Conseil des Etats 07.10.98 Ständerat/Conseil des Etats 01.12.98 Nationalrat/Conseil national 10.06.99 Ständerat/Conseil des Etats 28.09.99 Nationalrat/Conseil national 07.12.99

Schlussabstimmung - Vote final Botschaft des Bundesrates 28.01.98 (BBI 1998 1529) Message du Conseil fédéral 28.01.98 (FF 1998 1253) trag der Redaktionskommission zum Geschäft 98.009, «Massnahmen zur Verbesserung der Effizienz und der Rechtsstaatlichkeit in der Strafverfolgung, Gesetzesänderungen», noch Folgendes erklären: in der Vorlage 1, Schweizerisches Strafgesetzbuch, Ziffer II, war gemäss Botschaft des Bundesrates in Artikel 18 des Bundesgesetzes über die Bundesstrafrechtspflege ein Absatz 5 mit dem Inhalt vorgesehen: «Vorbehalten bleibt die Zuständigkeit der Bundesassisen.» Am 8. Oktober 1999 wurde von den eidgenössischen Räten das Bundesgesetz über die Abschaffung der Bundesassisen verabschiedet. Die Referendumsfrist läuft zwar noch bis zum 3. Februar 2000. Da aber nicht mit einem Referendum zu rechnen ist, hat die Redaktionskommission diesen Absatz im Schlussabstimmungstext gestrichen.

In der Vorlage 2, Bundesgesetz über die Bundesstrafrechtspflege, Ziffer I, hat sich bei Artikel 102 Absatz 2 ein inhaltlicher Fehler eingeschlichen. Die Redaktionskommission wurde von der Bundesanwaltschaft darauf aufmerksam gemacht. Mit dem Vorbehalt von Artikel 18 wollte man vermeiden, dass der Bundesanwalt über Beweisanträge entscheiden muss, obwohl der Fall für die Delegation oder die Vereinigung nach Artikel 18 Absatz 1 oder 2 reif wäre. Nun hat unser Rat in Artikel 18bis Absatz 2 eine neue Delegationsbzw. Vereinigungsmöglichkeit eingebaut, bei der natürlich das Gleiche gelten müsste. Der Anpassungsbedarf wurde leider übersehen. Richtig müsste es in Artikel 102 Absatz 2 zweiter Satz heissen: «Die Artikel 18 Absätze 1 und 2 und 18bis Absatz 2 bleiben vorbehalten.»

Die Redaktionskommission schlägt Ihnen diese Korrektur vor. Sie wird auch vom Berichterstatter im Nationalrat, von der Präsidentin der Kommission für Rechtsfragen im Ständerat, Frau Brunner, und vom Bundesamt für Justiz befürwortet; sie haben dies gutgeheissen.

Ich gebe das zu Protokoll, damit es der Vollständigkeit halber festgehalten wird.

- 1. Schweizerisches Strafgesetzbuch
- 1. Code pénal suisse

Abstimmung - Vote Für Annahme des Entwurfes 41 Stimmen (Einstimmigkeit)

- 2. Bundesgesetz über die Bundesstrafrechtspflege
- 2. Loi fédérale sur la procédure pénale

Abstimmung – Vote Für Annahme des Entwurfes 41 Stimmen (Einstimmigkeit)

3. Bundesgesetz über das Verwaltungsstrafrecht 3. Loi fédérale sur le droit pénal administratif

Abstimmung - Vote Für Annahme des Entwurfes 39 Stimmen (Einstimmiakeit)

An den Nationalrat - Au Conseil national

Wickl Franz (C, LU), für die Kommission: Der Vollständigkeit halber muss ich Ihnen zuhanden des Protokolls im Auf-

Massnahmen zur Verbesserung der Effizienz und der Rechtsstaatlichkeit in der Strafverfolgung. Gesetzesänderungen

Mesures tendant à l'amélioration de l'efficacité et de la légalité dans la poursuite pénale. Modification de lois

Schlussabstimmung - Vote final

Botschaft des Bundesrates 28.01.98 (BBI 1998 1529) Message du Conseil fédéral 28.01.98 (FF 1998 1253)

Ständerat/Conseil des Etats 07.10.98

Ständerat/Conseil des Etats 01.12.98

Nationalrat/Conseil national 10.06.99

Ständerat/Conseil des Etats 28.09.99

Nationalrat/Conseil national 07.12.99

Ständerat/Conseil des Etats 22.12.99

Präsident (Seiler Hanspeter, Präsident): Auch hier ist eine Erklärung der Redaktionskommission notwendig.

Gross Andreas (S, ZH), für die Kommission: Beim ersten Gesetz – Massnahmen zur Verbesserung der Effizienz und der Rechtsstaatlichkeit in der Strafverfolgung – hat es ursprünglich die Bundesassisen noch gegeben, und deshalb hat man in Artikel 18 Absatz 5 einen Vorbehalt der Zuständigkeit eingebaut. Im Oktober dieses Jahres haben wir ein Bundesgesetz gemacht, mit dem die Bundesassisen abgeschafft worden sind. Das Referendum ist bis jetzt nicht ergriffen worden, und obwohl die Referendumsfrist erst am 3. Februar 2000 abläuft, haben wir Absatz 5 von Artikel 18 gestrichen.

Der zweite Vorbehalt betrifft einen inhaltlichen Fehler: In Artikel 18 Absatz 2 hat der Ständerat eine neue Delegationsund Vereinigungsmöglichkeit eingeführt, und diese Neuerung muss bei Artikel 102 Absatz 2 zur Aufzählung hinzugefügt werden. Das haben wir gemacht, ohne dass das beschlossen wurde, und deshalb muss ich das sagen.

1. Schweizerisches Strafgesetzbuch

1. Code pénal suisse

Abstimmung – Vote (namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 98.009/149) Für Annahme des Entwurfes 172 Stimmen Dagegen 1 Stimme

2. Bundesgesetz über die Bundesstrafrechtspflege

2. Loi fédérale sur la procédure pénale

Abstimmung – Vote (namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 98.009/150) Für Annahme des Entwurfes 173 Stimmen (Einstimmigkeit)

3. Bundesgesetz über das Verwaltungsstrafrecht

3. Loi fédérale sur le droit pénal administratif

Abstimmung – Vote (namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 98.009/151) Für Annahme des Entwurfes 176 Stimmen (Einstimmigkeit)

An den Bundesrat - Au Conseil fédéral

99.026

Revision des Korruptionsstrafrechtes Révision du droit pénal de la corruption

Schlussabstimmung - Vote final

Botschaft des Bundesrates 19.04.99 (BBI 1999 5497) Message du Conseil fédéral 19.04.99 (FF 1999 5045) Nationalrat/Conseil national 07.10.99 Nationalrat/Conseil national 07.10.99 Ständerat/Conseil des Etats 09.12.99

Gross Andreas (S, ZH), für die Kommission: Es geht hier um das Problem, dass wir ein Gesetz bereits wieder ändem, das noch nicht in Kraft getreten ist. Es betrifft die Effizienzvorlage, die noch nicht in Kraft ist und jetzt in Ziffer I Absatz 1 bereits geändert werden muss. Wir streichen deshalb hier diesen Satz nicht und sagen dafür in der Effizienzvorlage in einer Fussnote, dass mit dem Inkrafttreten der Revision des Korruptionsstrafrechtes der Einleitungssatz von Artikel 340bis Absatz 1 StGB angepasst werden muss.

 Strafgesetzbuch und Militärstrafgesetz (Revision des Korruptionsstrafrechtes)
 Code pénal et Code pénal militaire (Révision du droit pénal de la corruption)

Abstimmung – Vote (namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 99.026/152) Für Annahme des Entwurfes 174 Stimmen (Einstimmigkeit)

An den Ständerat - Au Conseil des Etats

99.034

Obligationenrecht. Zweiunddreissigster Titel Code des obligations. Titre trente-deuxième

Schlussabstimmung – Vote final

Botschaft des Bundesrates 31.03.1999 (BBI 1999 5149) Message du Conseil fédéral 31.03.1999 (FF 1999 4753) Nationalrat/Conseil national 07.10.99 Ständerat/Conseil des Etats 08.12.99

Obligationenrecht (Die kaufmännische Buchführung) Code des obligations (De la comptabilité commerciale)

Abstimmung – Vote (namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 99.034/153) Für Annahme des Entwurfes 175 Stimmen (Einstimmigkeit)

An den Ständerat – Au Conseil des Etats



NATIONAL RAT

Ref. 0149

CONSEIL NATIONAL

Abstimmungsprotokoll

Namentliche Abstimmung / Vote nominatif

Procès-verbal de vote

Geschäft:

Schweizerisches Strafgesetzbuch (Schaffung neuer Verkehrskompetenzen des Bundes in den

Objet:

Code pénal suisse (Institution de nouvelles compétences de procédure en faveur de la Confédération da

Gegenstand:

Schlussabstimmung

Objet du vote:

Abstimmung vom / Vote du: 22.12.1999 12:06:50

Aeschbacher + U ZH Antille + R VS Baader Caspar + V BL Bader Elvira + C SO Banga + S SO Bangerter + R BE Baumann Alexander + V TG Baumann Stephanie + S BE Beck + L VD Berberat + S NE Bernasconi * R GE Bezzola + R GR Bigger + V SG Bignasca + - TI Binder + V ZH Borer + V SO Bortoluzzi + V ZH Boshard + R ZH Brunner Toni + V SG Bugnon + V VD Bührer + R SH Cavalli * S TI Chappuis + S FR Chevrier + C VS Chiffelle + S VD Christen + R VD Cina + C VS Cuche * G NE de Dardel + S GE Decurtins<	Aeppli Wartmann	+	S	ZH
Antille		+		
Baader Caspar + V BL Bader Elvira + C SO Banga + S SO Bangerter + R BE Baumann Alexander + V TG Baumann Ruedi + G BE Baumann Stephanie + S BE Beck + L VD Berberat + S NE Bernasconi * R G Begrzola + R G Bigger + V SG Bigger + V ZH Bornacca + V ZH Bornacca + <td< td=""><td>Antille</td><td>+</td><td></td><td></td></td<>	Antille	+		
Bader Elvira + C SO Banga + S SO Bangerter + R BE Baumann Alexander + V TG Baumann Ruedi + G BE Baumann Stephanie + S BE Beck + L VD Berberat + S NE Berberat + S NE Berberat + S NE Bernasconi * R GE Bezzola + R GR Bigger + V SG Bignasca + T TI Binder + V ZH Borer + V SO Bortoluzzi + V ZH Boshard + R ZH Brunner Toni + V ZH Boshard + R ZH Brunner Toni + V SO Bühlmann + G LU Bührer + R SH Chaylin + S FR Chevrier + C VS Chiffelle + S VD Christen + R VD Cina + C VS Cuche * G NE de Darde	Baader Caspar		V	BL
Banga + S SO Bangerter + R BE Baumann Alexander + V TG Baumann Ruedi + G BE Baumann Stephanie + S BE Beck + L VD Berberat + S NE Berberat + R GR Berberat + R GR Bigger + V SG Biggasca + - TI Binder + V ZH Blocher * V ZH Borer + V ZH Borfoluzzi + V ZH Boshard + R ZH Brunner Toni + V SG Bugnon + V VD Bührer + R SH Cavalli * S TI Chappuis + S FR Chevrier + C VS Chiffelle + S VD Christen + R VD Cina + C VS Cuche * G NE de Dardel + S GE Decurtins + C LU Dormann Rosemarie + C LU Dunant </td <td>Bader Elvira</td> <td>+</td> <td></td> <td></td>	Bader Elvira	+		
Bangerter		_	s	so
Baumann Alexander + V TG Baumann Ruedi + G BE Baumann Stephanie + S BE Beck + L VD Berberat + S NE Berberat + R GE Bezzola + R GE Bezzola + R GE Bigger + V SG Bignasca + - TI Binder + V ZH Borer + V ZH Borer + V ZH Borer + V ZH Boror + V ZH	Bangerter			_
Baumann Ruedi + G BE Baumann Stephanie + S BE Beck + L VD Berberat + S NE Bernasconi * R GE Bezzola + R GR Bigger + V SG Bignasca + T TI Binder + V ZH Borer + V SO Bortoluzzi + V ZH Boshard + R ZH Brunner Toni + V SG Bugnon + V VD Bühlmann + G LU Bühlmann + R SH Cavalli * S TI Chappuis + S FR Chevrier + C VS Chiffelle + S VD Christen + R VD Cina + C VS Cuche * G NE de Dardel + S GE Decurtins + C GR Dormann Rosemarie + C UW Durrar + R GE Durrar + C W Eberhard + C SZ Egerszegi	Baumann Alexander		V	TG
Baumann Stephanie	Baumann Ruedi	_	_	_
Beck + L VD Berberat + S NE Berberat + S NE Berberat + R GE Bezzola + R GR Bigger + V SG Bigger + V SG Bigger + V ZH Binder + V ZH Borer + V ZH Borer + V ZH Boshard + R ZH Brunner Toni + V SG Bugnon + V VD Bührer + R SH Cavalli * S FR Chayalli * S FR Chevrier + C VS Chiffelle + S VD Chiffelle + S VD	Baumann Stephanie		_	_
Berberat + S NE Bernasconi * R GE Bezzola + R GR Bigger + V SG Bignasca + - TI Binder + V ZH Binder + V ZH Borer + V ZH Borer + V ZH Borer + V ZH Bornoluzzi + V ZH Bosshard + R ZH Brunner Toni + V SG Bugnon + V VD Bühlmann + V VD Bühlmann + G LU Bührer + R SH Cavalli * S TI Chappuis + S FR Chevrier + C VS Chiffelle + S VD Christen + R VD Cuche * G NE de Dardel + <		+	L	VD
Bernasconi		-	S	NE
Bezzola + R GR Bigger + V SG Bignasca + - TI Binder + V ZH Borer + V SO Bortoluzzi + V ZH Bosshard + R ZH Bosshard + R ZH Brunner Toni + V VD Bühlmann + G LU Bühlmann + G LU Bührer + R SH Cavalli * S TI Chappuis + S FR Chevrier + C VS Chiffelle + S VD Christen + R VD Cina + C VS Cuche * G NE de Dardel + S QE Decurtins + C LU Dormann Rosemarie + C LU Dormann Rosemarie + C W Eberhard			_	-
Bigger + V SG Bignasca + - TI Binder + V ZH Borer + V SO Bortoluzzi + V ZH Bosshard + R ZH Bosshard + R ZH Brunner Toni + V SG Bugnon + V VD Bühlmann + G LU Bührer + R SH Cavalli * S TI Chappuis + S FR Chevrier + C VS Chiffelle + S VD Christen + R VD Cina + C VS Cuche * G NE de Dardel + S GE Decurtins + C LU Dormann Rosemarie + C LU Dormant * V BS Durrer + C W Eberhard +		+		
Bignasca + - TI Binder + V ZH Blocher * V ZH Borer + V SO Bortoluzzi + V ZH Bosshard + R ZH Brunner Toni + V SG Bugnon + V VD Bühlmann + G LU Bührer + R SH Cavalli * S TI Chappuis + S FR Chevrier + C VS Chiffelle + S VD Christen + R VD Cuche * G NE de Dardel + S VD Durann Rosemarie + C LU Durrann Rosemarie + C LU Durran <			v	SG
Binder + V ZH Blocher * V ZH Borer + V SO Bortoluzzi + V ZH Bosshard + R ZH Brunner Toni + V SG Bugnon + V VD Bührer + R SH Cavalli * S TI Chappuis + S FR Chevrier + C VS Chiffelle + S VD Christen + R VD Cina + C VS Cuche * G NE de Dardel + S GE Decurtins + C C Durant * V BS Durant * V BS Durant * V BS		-		
Blocher			L	
Borer				
Bortoluzzi				
Bosshard				
Brunner Toni				
Bugnon + V VD Bühlmann + G LU Bührer + R SH Cavalli * S TI Chappuis + S FR Chevrier + C VS Chiffelle + S VD Christen + R VD Clna + C NE de Dardel + S GE Decurtins + C GR Dormann Rosemarie + C LU Dormond Marlyse + S VD Dunant * V BS Durraz + R GE Durrer + C W Eberhard + C SZ Eggrszegi + R AG Eggly + L GE Enrier + C AG Estermann + C LU Eymann + L BS Fasel * G FR Fastebert + V VD			$\frac{1}{\sqrt{2}}$	
Bühlmann + G LU Bührer + R SH Cavalli * S TI Chappuis + S FR Chevrier + C VS Chiffelle + S VD Chiristen + R VD Cina + C VS Cuche * G NE de Dardel + S GE Decurtins + C GR Dormann Rosemarie + C LU Dormond Marlyse + S VD Dunant * V BS Dupraz + R GE Durrer + C W Eberhard + C SZ Egerszegi + R AG Eggly + L GE Enrier + C AG Engelberger + R W Estermann + C LU Eymann + L BS Fasel * G FR Fässler + S SG Fattebert + V VD		_		
Bührer + R SH Cavalli * S TI Chappuis + S FR Chevrier + C VS Chiffelle + S VD Christen + R VD Cina + C VS Cuche * G NE de Dardel + S GE Decurtins + C GR Dormann Rosemarie + C LU Dormond Marlyse + S VD Dunant * V BS Durrer + C LW Eberhard + C SZ Eggreszegi + R AG Engelberger + R W Estermann + C LU Eymann + L BS Fasel * G <				
Cavalli * S TI Chappuis + S FR Chevrier + C VS Chiffelle + S VD Christen + R VD Clna + C VS Cuche * G NE de Dardel + S GE Decurtins + C GR Dormann Rosemarie + C LU Dormond Marlyse + S VD Dunant * V BS Durraz + R GE Durrer + C W Eberhard + C SZ Egerszegi + R AG Eggly + L GE Enrier + C AG Engelberger + R W Estermann + C LU Eymann + L BS Fässler + S SG Fattebert + V VD				
Chappuis + S FR Chevrier + C VS Chiffelle + S VD Christen + R VD Clna + C VS Cuche * G NE de Dardel + S GE Decurtins + C GR Dormann Rosemarie + C LU Dormond Marlyse + S VD Dunant * V BS Durraz + R GE Durrer + C W Eberhard + C SZ Egerszegi + R AG Eggly + L GE Enrier + C AG Engelberger + R W Estermann + C LU Eymann + L BS Fasel * G FR Fässler + S SG Fattebert + V VD				
Chevrier + C VS Chiffelle + S VD Christen + R VD Cina + C VS Cuche * G NE de Dardel + S GE Decurtins + C GR Dormann Rosemarie + C LU Dormond Marlyse + S VD Dunant * V BS Durraz + R GE Durrer + C W Eberhard + C SZ Egerszegi + R AG Eggly + L GE Enrier + C AG Enrier + R W Estermann + C LU Eymann + L BS Fasel * G FR Fättebert + V VD	Channin	_		
Chiffelle + S VD Christen + R VD Cina + C VS Cuche * G NE de Dardel + S GE Decurtins + C GR Dormann Rosemarie + C LU Dormond Marlyse + S VD Dunant * V BS Dupraz + R GE Durrer + C W Eberhard + C SZ Egerszegi + R AG Eggly + L GE Enrier + C AG Enrier + C AG Estermann + C LU Eymann + L BS Fasel * G FR Fässler + S VD	Charrier			
Christen + R VD Clna + C VS Cuche * G NE de Dardel + S GE Decurtins + C GE Dormann Rosemarie + C LU Dormann Hosemarie + S VD Durant * V BS Durat + R GE Durrer + C W Eberhard + C SZ Egerszegi + R AG Eggly + L GE Enrier + C AG Engelberger + R W Estermann + C LU Eymann + L BS Fasel * G FR Fastebert + V VD	Chevile	_	_	
Cina + C VS Cuche * G NE de Dardel + S GE Decurtins + C GR Dormann Rosemarie + C LU Dormond Marlyse + S VD Dunant * V BS Dupraz + R GE Durrer + C W Eberhard + C SZ Egerszegi + R AG Eggly + L GE Enfer + C AG Engelberger + R W Estermann + C LU Eymann + L BS Fasel * G FR Fässler + S V Fattebert + V VD	Chinelle	_		
Cuche * G NE de Dardel + S GE Decurtins + C GR Dormann Rosemarie + C LU Dormond Mariyse + S VD Dunant * V BS Dupraz + R GE Durrer + C SZ Egerszegi + R AG Eggly + L GE Enrier + C AG Engelberger + R W Estermann + C LU Eymann + L BS Fasel * G FR Fässler + S SG Fattebert + V VD	Christen			
de Dardel + S GE Decurtins + C GR Dormann Rosemarie + C LU Dormond Mariyse + S VD Dunant * V BS Dupraz + R GE Durrer + C W Eberhard + C SZ Egerszegi + R AG Eggly + L GE Ehrler + C AG Engelberger + R W Estermann + C LU Eymann + L BS Fasel * G FR Fässler + S SG Fattebert + V VD		_		
Decurtins + C GR Dormann Rosemarie + C LU Dormond Mariyse + S VD Dunant * V BS Dupraz + R GE Durrer + C W Eberhard + C SZ Egerszegi + R AG Eggly + L GE Ehrler + C AG Engelberger + R W Estermann + C LU Eymann + L BS Fasel * G FR Fässler + S SG Fattebert + V VD				_
Dormann Rosemarie + C LU Dormond Mariyse + S VD Dunant * V BS Dupraz + R GE Durrer + C W Eberhard + C SZ Egerszegi + R AG Eggly + L GE Ehrler + C AG Engelberger + R W Estermann + C LU Eymann + L BS Fasel * G FR Fässler + S SG Fattebert + V VD				
Dormond Marlyse			Š	GH
Dunant * V BS Dupraz + R GE Durrer + C W Eberhard + C SZ Egerszegi + R AG Eggly + L GE Ehrler + C AG Engelberger + R W Estermann + C LU Eymann + L BS Fasel * G FR Fässler + S SG Fattebert + V VD		$\overline{}$	_	
Dupraz			-	
Durrer + C W Eberhard + C SZ Egerszegi + R AG Eggly + L GE Enrier + C AG Engelberger + R W Estermann + C LU Eymann + L BS Fasel * G FR Fässler + S SG Fattebert + V VD		-		
Eberhard + C SZ Egerszegi + R AG Eggly + L GE Ehrler + C AG Engelberger + R W Estermann + C LU Eymann + L BS Fasel * G FR Fässler + S SG Fattebert + V VD				
Egerszegi + R AG Eggly + L GE Ehrier + C AG Engelberger + R W Estermann + C LU Eymann + L BS Fasel * G FR Fässler + S SG Fattebert + V VD				
Eggly + L GE Ehrler + C AG Engelberger + R W Estermann + C LU Eymann + L BS Fasel * G FR Fässler + S SG Fattebert + V VD		-	_	_
Ehrler + C AG Engelberger + R W Estermann + C LU Eymann + L BS Fasel * G FR Fässler + S SG Fattebert + V VD				
Engelberger + R W Estermann + C LU Eymann + L BS Fasel * G FR Fässler + S SG Fattebert + V VD	Eggly	_	<u>L</u>	
Estermann + C LU Eymann + L BS Fasel * G FR Fässler + S SG Fattebert + V VD	Ehrler	_		
Eymann + L BS Fasel * G FR Fässler + S SG Fattebert + V VD		_		
Fasel * G FR Fässler + S SG Fattebert + V VD		_	C	
Fässler + S SG Fattebert + V VD			L	
Fattebert + V VD			_	
		+		_
Favre * R VD	Favre	*	R	VD

		()
Fehr Hans	+	V ZH
Fehr Hans-Jürg	+	S SH
Fehr Jacqueline	+	S ZH
Fehr Lisbeth	+	V ZH
Fehr Mario	*	S ZH
Fetz	+	SBS
Fischer-Seengen	+	R AG
Föhn	+	V SZ
Freund	+	V AR
Frey Claude	+	R NE
Frey Walter	+	V ZH
Gadient	+	V GR
Gaili	*	C BE
Garbani	+	SNE
Gendotti	+	R TI
Genner	*	G ZH
Giezendanner	+	V AG
Glasson	+	R FR
Glur	+	V AG
Goll	+	S ZH
Gonseth	+	G BL
Grobet	+	SGE
Gross Andreas	*	SZH
Gross Jost	+	STG
Guisan	+	RVD
Günter	+	SBE
Gutzwiller	+	RZH
Gysin Hans Rudolf	+	R BL
Gysin Remo	+	SBS
Haering Binder		SZH
	+	
Haller	+	V BE S GR
Hämmerle	_	
Hassler	+	V GR
Heberlein	+	R ZH
Hegetschweiler	+	R ZH
Heim	+	C SO
Hess Berhard	+	- BE
Hess Peter	+	C ZG
Hess Walter	-	C SG
Hofmann Urs	+	S AG
Hollenstein	+	G SG
Hubmann	+	S ZH
Imhof	+	C BL
Janiak	+	SBL
Joder	+	V BE
Jossen	+	s vs
Jutzet	+	S FR
Kaufmann	+	V ZH
Keller Robert	+	V ZH
Koch	+	S ZH

Kofmel	+	R	SO
Kunz	+	٧	L
Kurrus	+	R	BL
Lachat	+	C	IU
Lalive d'Epinay	+	R	SZ
Laubacher	+	V	LU
Lauper	+	С	FR
Leu	+	С	LU
Leutenegger Hajo	+	R	ZG
Leutenegger Susann	e+	S	BL
Leuthard	+	С	AG
Loepfe	+	C	AI
Lustenberger	*		LU
Maillard	+	S	VD
Maitre	+	C	GE
Mariétan	+	C	vs
Marti Werner	*	s	GL
Maspoli	=	-	T
Mathys	+	v	AG
Maurer	+	v	ZH
Maury Pasquier	+	s	GE
Meier-Schatz	+	Ċ	SG
Ménétrey Savary	+	G	VD
Messmer	+	R	TG
Meyer Thérèse	+	C	FR
Mörgeli	+	v	ZH
Mugny	+	Ġ	GE
Müller Erich	+	R	ŽΗ
Müller-Hemmi	+	s	ZH
Nabholz	+	R	ZH
Neirynck	+	c	VD
Oehrli	+	v	BE
Pedrina	+	s	TI
Pelli	*	R	Τij
Pfister Theophil	+	_	SG
Polla	+	Ľ	GE
Raggenbass	*	c	TG
Randegger	*	Ř	BS
Rechsteiner Paul	*	s	SG
Rechsteiner-Basel	*	s	BS
Rennwald	+	s	īU
Riklin	+	C	ΖH
Robbiani	+	c	TI
Rossini	÷	š	vs
Ruey	*	Ť	VD
Sandoz Marcel	+	R	VD
Schenk	+	Ÿ	BE
Scherer Marcel	+	Ÿ	ZG
Scheurer Rémy	+	Ť	NE
Schlüer	+	v	ZH
	•	•	
-64 /4-			

Schmied Walter + V B Schnelder + R B Schwaab * S V Seiler Hanspeter # V B Siegrist * V A Simoneschi-Cortesi + C T Sommaruga + S B Speck + V A Stahl + V T <				
Schnelder + R B Schwaab * S V Seiler Hanspeter # V B Siegrist * V AG Simoneschi-Cortesi + C T Sommaruga + S BI Speck + V AG Stahl + V AG	Schmid Odilo	+		vs
Schnelder + R B Schwaab * S V Seiler Hanspeter # V B Siegrist * V AG Simoneschi-Cortesi + C T Sommaruga + S BI Speck + V AG Stahl + V AG	Schmied Walter	+	V	BE
Schwaab * S V Seiler Hanspeter # V B Siegrist * V A Siegrist * V AC Siegrist * V AC Siegrist * V AC Speck + V T Speck + V AC Stahil + V AC Stahil + V AC	Schneider	<u> </u>	R	BE
Seiler Hanspeter # V B Siegrist * V A Speck + V A Specified + V A Specified + V A Stain + X B Stamm + B B Studen + R B Studen </th <th>Schwaab</th> <th>*</th> <th></th> <th>۷D</th>	Schwaab	*		۷D
Siegrist * V Ad Simoneschi-Cortesi + C T Sommaruga + S B Speck + V Ad Spielmann + - G Spielmann + V TC Stahl + V TC Stahl + V TC Stamm Luzi + R Au Steinegger - R U Ac Steinegger - R U Ac Strahm + S B B Studer Heiner + U Ac Stump + S Ac B Teuscher + R B B Teuscher	Seiler Hanspeter	#	V	BE
Simoneschi-Cortesi + C T Sommaruga + S B Speck + V A Spielmann + - G Spielmann + V T Stahl + V T Stahl + V Z Stamm Luzi + R A Steinegger + R B Steiner + R B Strahm + S B Studer Heiner + U A Stump + S B Studer Heiner + U A Stump + S B Studer + R B Teuscher + R B Thanei + S Z Thanei + R L Thanei + R L	Siegrist	•		AG
Sommaruga + S B Speck + V A Speck + V T Stall + V Z Stall + R A Stamm Luzi + R A Stamm Luzi + R B Studer + R B Studer + R B Studer + R B Thanei + R L Thaleier + R B Thanei + R B Thanei	Simoneschi-Cortesi	+	C	TI
Speck + V AV Spielmann + - Gi Spuhler + V TO Stahl + V ZI Stamm Luzi + R AO Steiner + R AO Steiner + R SI Stelner + R SI Studer Heiner + V AO Stump + S AO Studer Heiner + V AO Studer + R BI Teuscher + G BI Theiler + R BL Theiler + R LL Tillmanns + S VI Triponez + R BL Tschappät + S BI Tschuppert + R AL Vallender + R A		+	S	BE
Spielmann + - G Spuhler + V TC Stahl + V ZT Stahl + V ZT Stahl + N AC Steinegger * R U Steiner + R BU Steiner + R BU Studer Heiner + U AC Stump + S AC Studer + R BI Teuscher + G BI Thanei + S ZT Thanei + S ZY Thanei + S ZY Theiler + R LL Tillmanns + S ZY Triponez + R LL Tschappät + R LL Vallender + R LL	Speck		V	AG
Spuhler + V TO Stahl + V ZI Stahl + V ZI Stahl + R AC Steinegger * R UI Steiner + R BI Strahm + S BI Studer Heiner + U AC Stump + S AC Suter + R BI Teuscher + G BI Thanei + S ZI Thanei + R LL Tillmanns + S ZI Tribonez + R LL	Spielmann	_	-	GE
Stahl + V ZI Stamm Luzi + R AC Steinegger * R UI Steiner + R SC Strahm + S BI Studer Heiner + U AC Stump + S AC Stump + S AC Stump + R BI Teuscher + G BI Theiler + R L Theiler + R L Tillmanns + S VI Triponez + R BL Tschäppät + S BI Tschuppert + R AL Vallender + R AL Vaudroz Jean-Claude + C G Vallender + R BI Vollmer + S <	Spuhler	+	V	TG
Stamm Luzi + R A Steinegger * R U Steiner + R SC Strahm + S BI Studer + U AC Stump + S AC Stump + S AC Stump + R BI Teuscher + R BI Thanei + S Z Theiler + R L Tillmanns + S V Triponez + R BL Tschäppät + S BI Tschuppert + R L Vallender + R L Vaudroz Jean-Claude + C G Vaudroz René + R V Vollmer + S BI Vollmer + S BI <th>Stahl</th> <th>-</th> <th>V</th> <th>ZH</th>	Stahl	-	V	ZH
Steinegger * R U Steiner + R S Strahm + S B Studer Heiner + U AC Studer + R B Stuter + R B Teuscher + G B Thanei + S Z Theiler + R L Tillmanns + S V Triponez + R B Tschäppät + S B Tschuppert + R L Vallender + R L Vallender + R M Vaudroz Jean-Claude + C G Vallender + R M Vollmer + S B Vollmer + S B Walker Félix + C S </th <td>Stamm Luzi</td> <td>+</td> <td>R</td> <td>AG</td>	Stamm Luzi	+	R	AG
Steiner + R S Strahm + S B Strahm + S B Studer Heiner + U AG Stump + S AG Suter + R B Teuscher + G B Thanei + S C Theiler + R L Theiler + R L Theiler + R L Triponez + R B Tschäppät + S B Tschuppert + R L Vallender + R L Vallender + R N Vaudroz Jean-Claude + C G Vaudroz Jean-Claude + C G Vaudroz René + R N Vermot + S B	Steineager	*	R	UR
Strahm + S B Studer Heiner + U A Stump + S A Suter + R B Teuscher + G B Thanei + S Z Thanei + S Z Theiler + R L Theiler + R L Tillmanns + S L Triponez + R B Tschäppät + S B Tschuppert + R L Vallender + R L Vallender + R L Vallender + R V Vallender + R B Vallender + R B Vallender + V B Wallener + V B	Steiner	+		SO
Studer Heiner + U AG Stump + S AG Suter + R BI Teuscher + G BI Thanei + S ZI Theiler + R LU Theiler + R LU Theiler + R LU Tillmanns + S BI Tschäppät + S BI Tschüppert + R LU Vallender + R AI Vaudroz Jean-Claude + C G Vaudroz Jean-Claude + C G Vaudroz René + R BI Vollmer + S BI Walker Félix + C S Walker Félix + C S Wandfluh + V BI Wasserfallen *				BE
Stump + S AC Suter + R B Teuscher + G B Thanei + S Z Theiler + R L Trillmanns + R B Triponez + R B Tschappät + R B Vallender + R L Vallender + R L Vallender + R M Vallender + R B Vallender + R B Vallender + V B Vallender + V B Vallender + V B <				AG
Suter + R B Teuscher + G B Thanei + S Z Theiler + R L Tillmanns + S V Triponez + R B Tschäppät + S B Tschuppert + R L Vallender + R L Vaudroz Jean-Claude + C G Valler + S B Vermot + S B Valler + C S Walker Félix <th>Stump</th> <th></th> <th>_</th> <th>AG</th>	Stump		_	AG
Teuscher + G B Thanei + S Z Theiler + R L Tillmanns + S V Triponez + R B Tschäppät + S B Tschüppert + R L Vallender + R L Vallender + R A Vaudroz Jean-Claude + C G Vaudroz Jean-Claude + C S Welmer + S B Waber Christian + U B Walker Félix + C S			_	BE
Thanei + S Zt Theiler + R Lt Theiler + R Lt Tillmanns + S Vt Triponez + R Bi Tschäppät + S Bi Tschüppert + R Lt Vallender + R Lt Vaudroz Jean-Claude C Gi Vaudroz René + R Vt Vermot + S Bi Vermot + S Bi Valler + S Bi Walker Félix + C S Walker Félix + C S Walker Félix + V T Wandfluh + V Bi Weigelt + R S Weigelt + R S Weiger + V Bi				-
Theiler + R LL Tillmanns + S VI Triponez + R BI Tschäppät + S BI Tschäppät + R LL Vallender + R LL Vaudroz Jean-Claude + C GI Vaudroz René + R VI Vermot + S BI Vollmer + S BI Vollmer + S BI Wandfluh + V BI Wandfluh + V BI Wasserfallen * R BI Weyeneth + V BI Widdrig + C SC Wittenwiler + R SC Wittenwiler + R SC Wittenwiler + C AC Wittenwiler +				ZH
Tillmanns + S VI Triponez + R BI Tschäppät + S BI Tschüppert + R LL Vallender + R LL Vaudroz Jean-Claude + C Gi Vaudroz René + R VI Vermot + S BI Vollmer + S BI Vollmer + S BI Walker Félix + C S Walter Hansjörg + V TG Wandfluh + V BI Wasserfallen * R BG Weyeneth + V BI Widmer + S LL Widmer + S LL Wittenwiler + R SG Wittenwiler + R SG Wittenwiler + <th></th> <th></th> <th></th> <th>ĹÜ.</th>				ĹÜ.
Triponez + R Bi Tschäppät + S Bi Tschuppert + R LL Vallender + R AI Vaudroz Jean-Claude + C Gi Vaudroz René + R VI Vermot + S Bi Vollmer + S Bi Walter Christian + U Bi Walter Félix + C S Walter Hansjörg + V TG Wandfluh + V Bi Wasserfallen * R Bi Weyeneth + V Bi Widmer + S LL Widmer + S LL Wittenwiler + R SG Wittenwiler + R SG Wittenwiler + C AG Wittenwiler				VD
Tschäppät + S Bi Tschuppert + R L Vallender + R AI Vaudroz Jean-Claude + C Gi Vaudroz René + R VI Vermot + S Bi Vollmer + S Bi Waber Christian + U Bi Walker Félix + C SC Walter Hansjörg + V TG Wandfluh + V Bi Wasserfallen * R Bi Weyeneth + V Bi Widner + S L Widner + S L Wittenwiler + R SC Wittenwiler + R SC Wittenwiler + C AC Wiss Ursula - S Bi Wiss Ursula -		_	_	BE
Tschuppert + R LU Vallender + R AF Vaudroz Jean-Claude + C Gi Vaudroz René + R VI Vermot + S Bi Vollmer + S Bi Waber Christian + U Bi Walker Félix + V TG Walker Félix + V TG Wandfluh + V Bi Wasserfallen * R Bi Weyeneth + V Bi Widmer + S LU Widrig + C SG Wiederkehr + U Zi Wittenwiler + R SG Wyss Ursula * S Bi Zäch + C AG Zanetti + S SG Zapfi + C Zf				BE
Vallender + R AF Vaudroz Jean-Claude + C GI Vaudroz René + R VI Vermot + S BI Vollmer + S BI Waber Christian + U BI Walker Félix + C SC Walter Hansjörg + V TC Wandfluh + V BI Wasserfallen * R BI Weyeneth + V BI Widmer + S LL Widrig + C SC Widerkehr + U ZI Wittenwiler + R SC Wyss Ursula * S BI Zäch + C AC Zanetti + S SC Zapfi + C Zf				LU
Vaudroz Jean-Claude + C GI Vaudroz René + R VI Vermot + S BI Vollmer + S BI Waber Christian + U BI Walker Félix + C SC Walter Hansjörg + V TC Wandfluh + V BI Wasserfallen * R BI Welgelt + R SC Weyeneth + V BI Widmer + S LL Widrig + C SC Widrig + C SC Wittenwiler + R SC Wyss Ursula * S BI Zäch + C AC Zanetti + S SC Zapfi + C Zf				
Vaudroz René + R VI Vermot + S BI Vollmer + S BI Waber Christian + U BI Walker Félix + C SC Walker Félix + V TC Walter Hansjörg + V TG Wandfluh + V BI Wasserfallen * R BI Welgelt + R SC Weyeneth + V BI Widmer + S LL Widrig + C SC Wittenwiler + R SC Wyss Ursula * S BI Zäch + C AC Zanetti + S SC Zapfi + C Zf				
Vermot + S Bit Vollmer + S Bit Waber Christian + U Bit Walker Félix + C SC Walter Hansjörg + V TC Wandfluh + V Bit Wasserfallen * R Bit Weigelt + R SC Weyeneth + V Bit Widmer + S LU Widmig + C SC Witenwiler + R SC Wyss Ursula * S Bit Zäch + C AC Zanetti + C Zi	Vaudroz Dené		_	-
Vollmer + S Bi Waber Christian + U Bi Walker Félix + C SC Walter Hansjörg + V TC Wandfluh + V Bi Wasserfallen * R Bi Weigelt + R SC Weyeneth + V Bi Widmer + S LU Widrig + C SC Widederkehr + U Zh Wittenwiler + R SC Wyss Ursula * S Bi Zäch + C AC Zanetti + S SC Zapfi + C Zt		_		\leftarrow
Waber Christian + U Bit Walker Félix + C SC Walter Hansjörg + V TC Wandfluh + V Bit Wasserfallen * R Bit Weigelt + R SC Weyeneth + V Bit Widmer + S LU Widrig + C SC Witenwiler + R SC Wittenwiler + R SC Wyss Ursula * S Bit Zäch + C AC Zanetti + S SC Zapfi + C Zt			_	===
Walker Félix + C SC Walter Hansjörg + V TC Wandfluh + V BI Wasserfallen * R BI Weigelt + R SC Weyeneth + V BI Widmer + S LU Widrig + C SC Widederkehr + U ZH Wittenwiler + R SC Wyss Ursula * S BI Zäch + C AC Zanetti + S SC Zapfi + C ZT	Woher Christian		_	—
Walter Hansjörg + V TC Wandfluh + V Bi Wasserfallen * R Bi Weigelt + R SC Weyeneth + V Bi Widmer + S LU Widrig + C SC Widederkehr + U Zi Wittenwiler + R SC Wyss Ursula * S Bi Zäch + C AC Zanetti + S SC Zapfi + C Zi		_		
Wandfluh + V Bit Wasserfallen * R Bit Weigelt + R SC Weyeneth + V Bit Widdrig + C SC Widdrig + C SC Witederkehr + U Zi Wittenwiler + R SC Wyss Ursula * S Bit Zäch + C AC Zanetti + S SC Zapfi + C Zi		_		
Wasserfallen * R Bt Weigelt + R St Weyeneth + V Bt Widmer + S L Widrig + C St Wiederkehr + U Zt Wittenwiler + R St Wyss Ursula * S Bt Zäch + C At Zanetti + S St Zapfi + C Zt		-		_
Weigelt + R S Weyeneth + V B Widmer + S L Widrig + C S Wiederkehr + U Z Wittenwiler + R S Wyss Ursula * S B Zäch + C A Zanetti + S S Zapfi + C Z				-
Weyeneth + V Bi Widmer + S L Widrig + C SC Wiederkehr + U Zi Wittenwiler + R SC Wyss Ursula * S Bi Zäch + C Ac Zanetti + S SC Zapfi + C Zi	vvasserialien			
Widmer + S LL Widrig + C SC Wiederkehr + U Zi Wittenwiler + R SC Wyss Ursula * S Bi Zäch + C AC Zanetti + S SC Zapfi + C Zi	Weigeit			
Widrig + C SC Wiederkehr + U Zi Wittenwiler + R SC Wyss Ursula * S Bi Zäch + C AC Zanetti + S SC Zapfi + C Zi		_	_	\leftarrow
Wiederkehr + U Zi Wittenwiler + R SC Wyss Ursula * S Bi Zäch + C AC Zanetti + S SC Zapfi + C Zt		1		
Wittenwiler + R SC Wyss Ursula * S Bi Zäch + C AC Zanetti + S SC Zapfi + C Zt		_	_	
Wyss Ursula * S Bi Zäch + C Ac Zanetti + S SC Zapfi + C Zt				_
Zäch + C AC Zanetti + S SC Zapfl + C Zh				
Zanetti + S SC Zapfl + C Zł				
Zapfl + C Zł				
Zapīi + CZł Zbinden + S ∆o				SO
Zhinden I⊥ISI∆r	Zapfl		_	
T 3 //	Zbinden Zisyadis	+	S	AG
Zisyadis + - VI	Zisyadis	-	-	VD
		_	٧	ZH
Zwygart + U Bi	Zwygart	+	U	BE

Ergebnisse / Résultats:

Gesamt / Complète / Tutto	1
ja / oui / si	172
nein / non / no	1
enth. / abst. / ast.	0
entschuldigt / excusé / scusato	26

Fraktion / Groupe / Gruppo	С	D	F	G	L	R	S	Ü	٧	-
ja / oui / sì	31	0	0	7	5	37	43	5	40	4
nein / non / no	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
enth. / abst. / ast.	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
entschuldigt / excusé / scusato	4	0	0	3	1	6	9	0	3	0

Bedeutung Ja / Signification de oui: Bedeutung Nein / Signification de non:

22.12.1999 12:07:20/ 0010

⁺ ja/oui/sì

^{*} entschuldigt / excusé / scusato, abwesend / absent / assente hat nicht teilgenommen / n'ont pas voté / non ha votato

nein / non / no o enth. / abst. / ast.

[#] Der Präsident stimmt nicht / Le président ne prend pas part aux votes



NATIONAL RAT

Ref. 0150

CONSEIL NATIONAL

Abstimmungsprotokoll

Namentliche Abstimmung / Vote nominatif

Procès-verbal de vote

Geschäft:

Bundesgesetz über die Bundesstrafrechtspflege

Objet:

Loi fédérale sur la procédure pénale

Gegenstand:

Schlussabstimmung

Objet du vote:

Abstimmung vom / Vote du: 22.12.1999 12:07:41

	,		
Aeppli Wartmann	+	S	_
Aeschbacher	+	U	
Antille	+	R	vs
Baader Caspar	+	٧	BL
Bader Elvira	+	C	SO
Banga	+	S	SO
Bangerter	+	R	BE
Baumann Alexander	+	٧	TG
Baumann Ruedi	+	G	BE
Baumann Stephanie	+	S	BE
Beck	+	L	VD
Berberat	+	s	NE
Bernasconi	*	R	GE
Bezzola	+	R	GR
Bigger	+	v	SG
Bignasca	+	÷	TI
Binder	+	٧	ZH
Blocher	*	v	ZH
Borer	+	v	SO
Bortoluzzi	+	v	ZH
Bosshard		R	ZH
Brunner Toni	+	v	SG
	+	Ÿ	
Bugnon	+	_	VD
Bühlmann	+	G	LU
Bührer	+	R	SH
Cavaili	+	S	TI
Chappuis	+	S	FR
Chevrier	+	C	٧S
Chiffelle	+	S	VD
Christen	+	R	VD
Cina	+	C	VS
Cuche	*		NE
de Dardel	0	S	GΕ
Decurtins	+	ပ	GR
Dormann Rosemarie	+	С	LU
Dormond Mariyse	+	S	VD
Dunant	*	٧	BS
Dupraz	+	R	GE
Durrer	+	С	W
Eberhard	+	С	SZ
Egerszegi	+	R	AG
Eggly	+	L	GE
Ehrler	+	ပ	AG
Engelberger	+	R	W
Estermann	+	С	LU
Eymann	+	L	BS
Fasel	*	G	FR
Fässler	+	S	SG
Fattebert	+	v	VD
Favre	*		VD
		11	140

Fehr Hans	+	V ZH
Fehr Hans-Jürg	+	S SH
Fehr Jacqueline	+	S ZH
Fehr Lisbeth	+	V ZH
Fehr Mario	*	SZH
Fetz	+	SBS
Fischer-Seengen	+	R AG
Föhn	+	V SZ
Freund	+	V AR
Frey Claude	+	RNE
Frey Walter	+	V ZH
Gadient	+	V GR
Galli	*	C BE
Garbani	+	SNE
Gendotti	+	R TI
Genner	*	G ZH
Giezendanner	+	V AG
Glasson	+	RFR
Glur	+	V AG
Goll	+	S ZH
Gonseth	+	G BL
Grobet	+	SGE
Gross Andreas	*	S ZH
Gross Jost	-	S TG
Guisan	+	R VD
Günter	+	SBE
Gutzwiller	+	R ZH
Gysin Hans Rudolf	+	R BL
Gysin Remo	+	S BS
Haering Binder	+	S ZH
Haller	+	V BE
Hämmerle	*	SGR
Hassier	+	V GR
Heberlein	+	R ZH
Hegetschweiler	+	R ZH
Helm	+	C SO
Hess Berhard	+	- BE
Hess Peter	+	C ZG
Hess Walter	-	C SG
Hofmann Urs	+	S AG
Hollenstein	+	GSG
Hubmann	+	SZH
Imhof	+	CBL
Janiak	+	S BL
Joder	+	V BE
Jossen	+	S VS
Jutzet	+	SFR
Kaufmann	_	V ZH
Keller Robert	+	V ZH
Koch	+	S ZH
NOGI	T	ا اعر ب

Kofmel	+	R	SO
Kunz	+	Ÿ	LU
Kurrus	+	R	-
Lachat	+	C	
Lalive d'Epinay	+	R	SZ
Laubacher	+	v	LU
	+	Č	ED
Lauper	+		FR
Leu	+	C	LU
Leutenegger Hajo	+	R	ZG
Leutenegger Susann		S	BL
Leuthard	+	C	AG
Loepfe	+	C	Al
Lustenberger	*	C	LU
Maillard	*	S	VD
Maitre	+	C	GE
Mariétan	+	C	vs
Marti Werner	*	S	GL
Maspoli	+	-	TI
Mathys	+	٧	AG
Maurer	+	٧	ZH GE
Maury Pasquier	+	S	GE
Meier-Schatz	+	С	SG
Ménétrey Savary	+	G	VD
Messmer	+	R	TG
Meyer Thérèse	+	C	FR
Mörgeli	+	v	ZH
Mugny	+	Ġ	GE
Müller Erich	+	R	ZH
Müller-Hemmi	+	s	ZH
Nabholz	+	R	ZH
Neirynck	+	Ċ	VD
Oehrli	+	v	BE
Pedrina	+	Š	Ti
Pelli	+	R	Ti
Pfister Theophil	 . 	v	SG
	+	Ľ	
Polla	+	١	GE
Raggenbass		O	TG
Randegger	•	R	BS
Rechsteiner Paul	\vdash	S	SG
Rechsteiner-Basel	+		BS
Rennwald	+	S	IU
Riklin	+	O	ZH
Robbiani	+	C	TI
Rossini	+		vs
Ruey	•	L	VD
Sandoz Marcel	+	R	VD
Schenk	+	٧	BE
Scherer Marcel	+	٧	ZG
Scheurer Rémy	+	L	NE
	_		
Schlüer	+	>	ZH

Schmid Odilo	+	С	VS
Schmied Walter	+	V	BE
Schneider	+	R	BE
Schwaab	*	S	
Seiler Hanspeter	#	٧	BE
Siegrist	٠	V	AG
Simoneschi-Cortesi	+	C	TI
Sommaruga	+		BE
Speck	+	v	AG
Spielmann	+	Ė	GE
Spuhler	+	٧	TG
Stahl	+	Ÿ	ZH
Stamm Luzi	+	Ř	ĀG
Steinegger	+	R	UR
Steiner	+	R	SO
Strahm	+	S	BE
Studer Heiner	+	_	ĀĢ
Stump	+	S	ĀĞ
Suter	-	R	BE
Teuscher	+	G	BE
Thanei	+	S	
Theiler	+	_	ZH
Tilleanne	+		LU
Tillmanns	+	S	VD
Triponez	+	R	BE
Tschäppät	+	S	BE
Tschuppert	+	R	LU
Vallender	+		AR
Vaudroz Jean-Claud		_	GE
Vaudroz René	+	R	VD
Vermot	+		BE
Vollmer	+	S	BE
Waber Christian	+	ū	BE
Walker Félix	+	C	SG
Walter Hansjörg	+	٧	TG
Wandfluh	+		BE
Wasserfallen			BE
Weigelt	+		SG
Weyeneth	+	_	BE
Widmer	+		LU
Widrig	+	C	SG
Wiederkehr	+	U	ZH
Wittenwiler	+	R	SG
Wyss Ursula	*		BE
Zäch	+	С	AG
Zanetti	+	S	so
Zapfl	+	С	ZH
Zbinden	+		AG
Zisyadis	+		VD
Zuppiger	+	٧	ZH
Zwygart	+	U	BE

Ergebnisse / Résultats:

Gesamt / Complète / Tutto	1
ja / oui / si	173
nein / non / no	0
enth. / abst. / ast.	1
entschuldigt / excusé / scusato	25

Fraktion / Groupe / Gruppo	С	D	F	G	L	R	S	U	٧	-
ja / oui / sì	31	0	0	7	5	37	43	5	40	5
nein / non / no	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
enth. / abst. / ast.	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0
entschuldigt / excusé / scusato	4	0	0	3	1	6	8	0	3	0

Bedeutung Ja / Signification de oui: Bedeutung Nein / Signification de non:

Identif: 46.1 /22.12.1999 12:07:41

⁺ ja/oui/sì

entschuldigt / excusé / scusato, abwesend / absent / assente hat nicht teilgenommen / n'ont pas voté / non ha votato

⁼ nein / non / no o enth. / abst. / ast.

[#] Der Präsident stimmt nicht / Le président ne prend pas part aux votes



NATIONAL RAT

Ref. 0151

CONSEIL NATIONAL

Abstimmungsprotokoli

Namentliche Abstimmung / Vote nominatif

Procès-verbal de vote

Geschäft: Objet: Bundesgesetz über das Verwaltungsstrafrecht Loi fédérale sur le droit pénal administratif

Gegenstand:

Schlussabstimmung

Objet du vote:

Abstimmung vom / Vote du: 22.12.1999 12:08:40

Aeppli Wartmann	+	S ZH
Aeschbacher	+	U ZH
Antille	+	R VS
Baader Caspar	+	V BL
Bader Elvira	+	C SO
Banga	+	s so
Bangerter	+	R BE
Baumann Alexander	+	V TG
Baumann Ruedi	+	G BE
Baumann Stephanie	+	SBE
Beck	+	L VD
Berberat	+	SNE
Bernasconi	*	R GE
Bezzola	+	R GR
Bigger	+	V SG
Bignasca	+	- TI
Binder	+	V ZH
Blocher	*	V ZH
Borer	+	v so
Bortoluzzi	+	V ZH
Bosshard	+	R ZH
Brunner Toni	+	V SG
Bugnon	+	V VD
Bühlmann	+	G LU
Bührer	+	R SH
Cavalli	+	STI
Chappuis	+	S FR
Chevrier	+	c vs
CHEVIEL		CIVS
	_	
Chiffelle	+	SVD
Chiffelle Christen	+	S VD R VD
Chiffelle Christen Cina	+	S VD R VD C VS
Chriffelle Christen Cina Cuche	+ + +	S VD R VD C VS G NE
Chiffelle Christen Cina Cuche de Dardel	+ + + +	S VD R VD C VS G NE S GE
Chiffelle Christen Cina Cuche de Dardel Decurtins	+ + + + +	S VD R VD C VS G NE S GE C GR
Chiffelle Christen Cina Cuche de Dardel Decurtins Dormann Rosemarie	+ + + + + +	S VD R VD C VS G NE S GE C GR C LU
Chiffelle Christen Cina Cuche de Dardel Decurtins Dormann Rosemarie Dormond Marlyse	+ + + + +	S VD R VD C VS G NE S GE C GR C LU S VD
Chiffelle Christen Cina Cuche de Dardel Decurtins Dormann Rosemarie Dormond Marlyse Dunant	+ + + + + + + +	S VD R VD C VS G NE S GE C GR C LU S VD V BS
Chiffelle Christen Cina Cuche de Dardel Decurtins Dormann Rosemarie Dormond Marlyse	+ + + + + + +	S VD R VD C VS G NE S GE C GR C LU S VD V BS R GE
Chiffelle Christen Cina Cuche de Dardel Decurtins Dormann Rosemarie Dormond Marlyse Dunant Dupraz Durrer	++++++++++++	S VD R VD C VS G NE S GE C GR C LU S VD V BS R GE
Chiffelle Christen Cina Cuche de Dardel Decurtins Dormann Rosemarie Dormond Marlyse Dunant Dupraz Durrer Eberhard	+ + + + + + + +	S VD R VD C VS G NE S GE C GR C LU S VD V BS R GE C W
Chiffelle Christen Cina Cuche de Dardel Decurtins Dormann Rosemarie Dormond Marlyse Dunant Dupraz Durrer Eberhard Egerszegi	+++++++++++	S VD R VD C VS G NE S GE C GR C LU S VD V BS R GE C W C SZ R AG
Chiffelle Christen Cina Cuche de Dardel Decurtins Dormann Rosemarie Dormond Marlyse Dunatt Dupraz Durrer Eberhard Egerszegi Eggly	+++++++++++	S VD R VD C VS G NE S GE C GR C LU S VD V BS R GE C SZ R AG L GE
Chiffelle Christen Cina Cuche de Dardel Decurtins Dormann Rosemarie Dormond Marlyse Dunant Dupraz Durrer Eberhard Egerszegi Eggiy Ehrler	+++++++++++	S VD R VD C VS G NE S GE C GR C LU S VD V BS R GE C W C SZ R AG L GE
Chiffelle Christen Cina Cuche de Dardel Decurtins Dormann Rosemarie Dormond Marlyse Dunant Dupraz Durrer Eberhard Egerszegi Eggly Ehrler Engelberger	+ + + * + + + + + + + + + + +	S VD R VD C VS G NE S GE C GR C LU S VD V BS R GE C W C SZ R AG L GE C AG
Chiffelle Christen Cina Cuche de Dardel Decurtins Dormann Rosemarie Dormond Marlyse Dunant Dupraz Durrer Eberhard Egerszegi Eggly Ehrler Engelberger Estermann	++++++++++++++++	S VD R VD C VS G NE S GE C GR C LU S VD V BS R GE C S VD C S VD C S VD C C C C C C C C C C C C C C C C C C C
Chiffelle Christen Cina Cuche de Dardel Decurtins Dormann Rosemarie Dormond Marlyse Dunant Dupraz Durrer Eberhard Egerszegi Eggly Ehrler Engelberger Estermann Eymann	+ + + * + + + + + + + + + + +	S VD R VD C VS G NE S GE C C LU S VD V BS R GE C C SZ C R AG L GE C R W C LU L BS
Chiffelle Christen Cina Cuche de Dardel Decurtins Dormann Rosemarie Dormond Marlyse Dunant Dupraz Durrer Eberhard Egerszegi Eggly Ehrler Engelberger Estermann Eymann Fasel	++++++++++++++	S VD R VD C VS G NE S GE C C LU S VD V BS R GE V S C S GE C C S V C C S GE C C S C S GE C C S C C S C S C S C S C S C S C S C S
Chiffelle Christen Cina Cuche de Dardel Decurtins Dormann Rosemarie Dormond Marlyse Dunant Dupraz Durrer Eberhard Egerszegi Eggly Ehrler Engelberger Estermann Eymann Fasel Fässler	+++++++++++++++++++++++++++++++++++++++	S VD R VD C VS G NE S GE C C LU S VD V BS R GE V S C S AG L C AG R C LU L BS FR C S SG
Chiffelle Christen Cina Cuche de Dardel Decurtins Dormann Rosemarie Dormond Marlyse Dunant Dupraz Durrer Eberhard Egerszegi Eggly Ehrler Engelberger Estermann Eymann Fasel	++++++++++++++	S VD R VD C VS G NE S GE C C LU S VD V BS R GE V S C S AG L C AG R C LU L BS FR C S SG

Fehr Hans	Τ.	V ZH
Fehr Hans-Jürg	++	S SH
Fehr Jacqueline	+	S ZH
Fehr Lisbeth	+	V ZH
Fehr Mario	+	S ZH
Fetz	+	S BS
	<u> </u>	R AG
Fischer-Seengen	+	V SZ
Föhn	+	
Freund	+	
Frey Claude	+	RNE
Frey Walter	+	V ZH
Gadient	+	V GR
Galli	_	C BE
Garbani	+	SNE
Gendotti	+	RTI
Genner	-	G ZH
Giezendanner	+	V AG
Glasson	+	R FR
Glur	+	V AG
Goll	+	S ZH
Gonseth	+	G BL
Grobet	+	SGE
Gross Andreas	*	S ZH
Gross Jost	+	STG
Guisan	+	R VD
Günter	+	SBE
Gutzwiller	+	R ZH
Gysin Hans Rudolf	+	R BL
Gysin Remo	+	SBS
Haering Binder	+	S ZH
Haller	+	V BE
Hämmerle	*	SGR
Hassler	+	V GR
Heberlein	+	R ZH
Hegetschweiler	+	R ZH
Heim	+	C SO
Hess Berhard	+	- BE
Hess Peter	+	C ZG
Hess Walter	*	C SG
Hofmann Urs	+	S AG
Hollenstein	+	G SG
Hubmann	+	S ZH
Imhof	+	C BL
Janiak	+	S BL
Joder	+	V BE
Jossen	+	s vs
Jutzet	+	S FR
Kaufmann	+	V ZH
Keller Robert	+	V ZH
Koch	+	S ZH
	ٺ	

Kofmel	+	R	SO
Kunz	+	V	LU
Kurrus	+	R	BL
Lachat	+	C	IU
Lalive d'Epinay	+	R	SZ
Laubacher	+	V	LU
Lauper	+	С	FR
Leu	+	С	LU
Leutenegger Hajo	+	R	ZG
Leutenegger Susann	C +	S	BL
Leuthard	+	C	AG
Loepfe	+	O	ΑI
Lustenberger	*	C	LU
Maillard	*	ဟ	VD
Maitre	+	ပ	GE
Mariétan	+	O	vs
Marti Werner	*	S	GL
Maspoli	+	1	Η
Mathys	+	٧	AG
Maurer	+	>	ZΗ
Maury Pasquier	+	S	GE
Meier-Schatz	+	O	SG
Ménétrey Savary	+	G	۷D
Messmer	+	R	TG
Meyer Thérèse	+	C	FR
Mörgeli	+	>	ZH
Mugny	+	G	GE
Müller Erich	+	R	ZH
Müller-Hemmi	+	S	ZH
Nabholz	+	R	ZH
Neirynck	+	С	VD
Oehrli	+	٧	BE
Pedrina	+	S	TI
Pelli	*	R	TI
Pfister Theophil	+	٧	SG
Polla	+	L	GE
Raggenbass	*	C	TG
Randegger	*	R	BS
Rechsteiner Paul	*	S	SG
Rechsteiner-Basel	+	S	BS
Rennwald	+	S	IU
Rikiin	+	C	ZH
Robbiani	+	C	TI
Rossini	+	S	vs
Ruey		<u>L</u>	ΛĎ
Sandoz Marcel	+	R	VD
Schenk	+	٧	BE
Scherer Marcel	+	٧	ZG
Scheurer Rémy	+	L	NE
Schlüer	+	٧	ZH

Schmid Odilo	+	С	VS
Schmied Walter	+	٧	BE
Schneider	+	R	BE
Schwaab	*	S	VD
Seiler Hanspeter	#	٧	BE
Siegrist	+	V	AG
Simoneschi-Cortesi	+	С	TI
Sommaruga	+	s	BE
Speck	+	v	AG
Spielmann	+	-	GE
Spuhler	+	V	TG
Stahl	+	V	ZH
Stamm Luzi	+	R	AG
Steinegger	•	R	UR
Steiner	+	R	SO
Strahm	+	S	BE
Studer Heiner	+	Ū	
Stump	+	S	AG
Suter	+	R	BE
Teuscher	+	G	BE
Thanei	+	s	ZH
Theiler	+	Ř	LU
Tilimanns	+	s	VD
Triponez	+	R	BE
Tschäppät	+		BE
Tschuppert	+	Ř	LU
Vallender	+	R	
Vaudroz Jean-Claude		C	
Vaudroz René	+	R	
Vermot	+		BE
Vollmer	+	s	ΒE
Waber Christian	+	Ū	BE
Walker Félix	+	C	SG
Walter Hansjörg	+	٧	TG
Wandfluh	+	V	BE
Wasserfallen	*	R	BE
Weigelt	+	R	_
Weyeneth	+	V	BE
Widmer	+	S	LU
Widrig	+	C	SG
Wiederkehr	+	U	ZH
Wittenwiler	+	R	SG
Wyss Ursula	*	S	BE
Zäch	+	C	AG
Zanetti	+	S	SO
Zapfl	+	С	ZH
Zbinden	+	S	AG
Zisyadis	+	-	VD
Zuppiger	+	٧	ZH
Zwygart	+	U	BE
	لبنا	Ξ.	تتت

Ergebnisse / Résultats:

Gesamt / Complète / Tutto	1
ja / oui / si	176
nein / non / no	0
enth. / abst. / ast.	0
entschuldigt / excusé / scusato	23

Fraktion / Groupe / Gruppo	C	D	F	G	L	R	S	U	٧	-
ja / oui / sì	31	0	0	7	5	37	45	5	41	5
nein / non / no	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
enth. / abst. / ast.	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
entschuldigt / excusé / scusato	4	0	0	3	1	6	7	0	2	0

Bedeutung Ja / Signification de oui: Bedeutung Nein / Signification de non:

Ref.: (Erfassung) Nr:0151

⁺ ja/oui/sì

^{*} entschuldigt / excusé / scusato, abwesend / absent / assente hat nicht teilgenommen / n'ont pas voté / non ha votato

⁼ nein / non / no o enth. / abst. / ast.

[#] Der Präsident stimmt nicht / Le président ne prend pas part aux votes